Junius Alter

Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode



S.

J. F. Lehmanns Verlag München

Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode

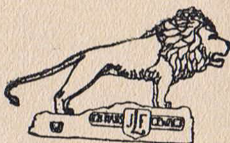
Eine Studie
Bethmann Hollweg'scher Politik
in Skizzen und Umrissen

von

Junius Alter

Leitspruch
So leicht es ist, einen scharfsichtigen Menschen die Notwendigkeit einer Sache mit guten Gründen zu beweisen, so schwierig, um nicht zu sagen, unmöglich, ist es, einen beschränkten Geist zu überzeugen, der sich selbst nicht traut und Furcht hat, die andern möchten ihn irreleiten.
Friedrich der Große, Denkwürdigkeiten aus Geschichte des Hauses Brandenburg.

Zweite Ausgabe



J. F. Lehmanns Verlag, München
1919

Druck von Dr. F. P. Datterer & Cie. (Arthur Sellier) München-Freising.

Inhalt.

Einleitung.

In den ersten Tagen des Juni 1916 habe ich einem engeren, sorgfältig ausgewählten Personenkreise die vorliegende Studie Bethmann'scher Politik unterbreitet. Sie war dem Kaiser und allen Bundesfürsten, dem Kanzler und den Staatssekretären, sämtlichen bundesstaatlichen Ministern und Bundesratsbevollmächtigten, den namhafteren Mitgliedern des Reichstages und der einzelstaatlichen Parlamente, den Führern von Heer und Flotte, den maßgebenden Persönlichkeiten in Industrie, Handel und Landwirtschaft, sowie endlich den hervorragendsten Vertretern unseres geistigen und öffentlichen Lebens — insgesamt etwa zweitausend Personen — mit der Bitte um vertrauliche Behandlung übersandt worden, und es verdient bemerkt zu werden, daß dieser Bitte ausnahmslos entsprochen worden ist. Während die von pazifistischen und demokratischen Kreisen ausgehenden Denkschriften, ungeachtet ihres oft staatsgefährlichen Inhalts, im Handumdrehen zur Kenntnis des neutralen und feindlichen Auslandes gelangten, ist die in Rede stehende Arbeit dank der vorsichtigen Auswahl und Abgrenzung des Empfängerkreises nicht über die Grenzen des Reichs hinausgekommen, obwohl sie für Tage und Wochen hinaus zum Gegenstande lebhaftester Erörterung geworden war.

Das Schicksal, welches der kleinen Schrift beschieden war, ist bekannt und soll hier nur mit wenigen Sätzen gestreift werden. Herr von Bethmann Hollweg war, wie erinnerlich, unmittelbar nach Kenntnisnahme der Broschüre, hochroten Kopfes in den Reichstag geeilt, um dort zur Überraschung aller Anwesenden jene bekannte „Preßpiraten-Rede“ vom 5. Juni zu halten, die nach Ton und Inhalt wohl das Stärkste darstellt, was an dieser Stelle jemals von einem Kanzler des Deutschen Reiches geleistet worden ist. Zusammen mit der bereits veröffentlichten Denkschrift des Generallandschaftsdirektors Geheimrats Dr. Wolfgang Kapp wurde meine Schrift von Herrn von Bethmann Hollweg unter Verwendung gröblichster Beschimpfungen einer „Kritik“ unterzogen, in welcher die Behauptung, drei bestimmte, von ihm heraus-

gegriffene Punkte seien „erstunken und erlogen" noch eine verhältnismäßig höfliche und gewählte Form bedeutet.

Ich lehne es ab, Herrn von Bethmann Hollweg in dem von ihm beliebten Tone zu erwidern. Ich begnüge mich vielmehr damit, zur Charakterisierung seiner damaligen Verteidigungsrede die Feststellung zu treffen, daß jene erwähnten drei Punkte von Herrn von Bethmann Hollweg wider besseres Wissen dem Reichstage als „erstunken und erlogen" bezeichnet worden sind. Denn es ist eine wissentliche Unwahrheit, wenn Herr von Bethmann Hollweg durch seine Abwehr indirekt zu behaupten sucht, er sei erstens kein Gegner der großen Wehrvorlage von 1913 gewesen, er habe zweitens die Mobilmachung nicht um kostbare drei Tage verzögert, und er sei drittens in seiner denkwürdigen Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord Edward Goschen vom 4. August 1914 nicht zusammengebrochen; wahr ist vielmehr in allen diesen drei Punkten das genaue Gegenteil, wie dies inzwischen ja auch mehrfach öffentlich, darunter von dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Bassermann, ausdrücklich festgestellt worden ist. Was aber von einem Kanzler als Beamter und Mensch zu halten ist, der die Stirn hat, nicht um der Sache, sondern lediglich um seiner eigenen Person und Stellung willen die gewählte Vertretung des Volkes in dieser geradezu hahnebüchenen Weise anzu—führen, bedarf wohl keiner weiteren Betonung. Im übrigen liefert in diesem Zusammenhange zur Charakteristik Herrn von Bethmann Hollwegs und zur Beleuchtung der Tatsache, wie sehr er sich durch die gegen ihn vorgebrachten Anklagen an empfindlichster Stelle getroffen fühlte, die ganze Art und Weise einen treffenden Beleg, in der er seinen politischen Gegner zu erreichen und unschädlich zu machen versuchte. Nicht weniger, als ein halbes Dutzend Staatsanwaltschaften wurden hinter ihm her gehetzt, Haussuchungen bei gänzlich Unbeteiligten waren an der Tagesordnung, und in mehr als einem Falle geschah es, daß amtliche Organe in Abwesenheit der Besitzer Wohnungen und Schreibtische erbrachen, um Anhaltspunkte für ihre weitere Verfolgung zu finden. Alles geschehen im Rechtsstaate Deutschland, im Jahre des Heils 1916 auf Weisung und Betreiben des „ehrlichen, vornehmen Charakters" seines damals leitenden Staatsmannes!

Die weitgehende Beachtung, welche meine Schrift — nicht zum wenigsten dank der Propagandarede Herrn von Bethmann Hollwegs — in politischen Kreisen und in der Presse gefunden, und die vielseitige Zustimmung, die sie, teilweise selbst bei politischen Gegnern, erfahren hat, mußten den Gedanken nahe legen,

sie nach Aufhebung der Zensur auch einer breiteren Öffentlichkeit zur Kenntnisnahme zu unterbreiten. Ein in dieser Hinsicht bereits im Jahre 1917 unternommener Versuch schlug jedoch fehl, da das bayrische Kriegsministerium selbst ein Jahr nach dem Sturze Herrn von Bethmann Hollwegs noch immer die Druckerlaubnis versagte. Erst jetzt sehe ich mich also in der Lage, die Schrift der Öffentlichkeit zu übergeben, und ich überlasse es der Beurteilung meiner Leser, ob sie so staatsgefährlich ist, daß sie selbst nach dem Rücktritte Herrn von Bethmann Hollwegs nicht an das Licht der Sonne durfte.

Die vorliegende Ausgabe entspricht bis auf einige wenige, unwesentliche Änderungen fast Satz um Satz der ursprünglichen Fassung vom Jahre 1916. Die Abweichungen, die sich finden, sind rein stilistischer und formaler Natur, berühren jedoch kaum den Wortlaut, geschweige den Charakter und die Tendenz der ersten, vertraulichen Ausgabe. Ein in diese letztere nachträglich, bzw. während der Drucklegung hineingearbeitetes Kapitel über den Rücktritt des Großadmirals von Tirpitz wurde in der vorliegenden Fassung organisch mit der Behandlung des U-Bootkrieges verbunden, und ebenso wurde das Material der ersten Ausgabe hinsichtlich der Kriegszielfrage neuerdings in dem Kapitel über die Tätigkeit der Diplomatie während des Krieges verwertet.

Der Zweck, den meine Arbeit bei ihrer ersten, vertraulichen Verbreitung verfolgte, hat damals leider keine Verwirklichung gefunden. Noch ein volles Jahr war es Herrn von Bethmann Hollweg vergönnt, seine verderbliche Tätigkeit fortzusetzen und unsere politische Entwicklung nach innen wie nach außen in Bahnen zu drängen, die sich im Schlußworte meiner Schrift bereits mit aller Deutlichkeit vorgezeichnet finden. Sprach ich 1916 davon, daß eine weitere Kanzlerschaft Herrn von Bethmann Hollwegs die Schleusen einer demokratischen und ochlokratischen Hochflut öffnen müsse, — einer Hochflut, die mit Sicherheit die Fundamente des Reiches, des preußischen Staates und der einzelnen Throne hinwegreißen werde, so hat sich diese Voraussage über mein eigenes Erwarten hinaus mit furchtbarer Schnelligkeit erfüllt. Und ebenso, wie der warnende, vielsagende Titel, den ich schon 1916 für meine Schrift wählen zu müssen glaubte, hat sich auch ihre Darstellung der reichsgefährdenden Tätigkeit Herrn von Bethmann Hollwegs nur als allzu berechtigt erwiesen. Wenn ich deshalb an die vorliegende Veröffentlichung einen Wunsch knüpfe, so ist es dieser: daß sie dazu helfen möge, die Erkenntnis zu verbreiten, daß

weder der Kaiser oder die „Alldeutschen“, weder Herr von Tirpitz oder Ludendorff, weder das „alte System“ noch der preußische Militarismus die Urheber der Katastrophe von 1918 waren, sondern daß wir die Totengräber der Reichsherrlichkeit vornehmlich in Herrn von Bethmann Hollweg und in dem von ihm vertretenen, weit über seine Amtsführung hinaus wirkenden System zu erblicken haben.

Herrn von Bethmann Hollwegs Wort: „Ich will Preußen schon klein kriegen“ ist traurige Wahrheit geworden; er hat nicht nur Preußen, sondern das ganze Deutsche Reich „klein gekriegt“, hat es so klein gekriegt, daß es Macht und Größe, Wohlstand und Lebensmöglichkeit, daß es am Ende sogar seine Ehre verlor.

Zum Schlusse sei es mir gestattet allen jenen politischen Gesinnungsfreunden meinen besonderen Dank zu sagen, deren Rat und Unterstützung mir die Drucklegung und Verbreitung meiner ersten, vertraulichen Denkschrift ermöglicht hat. Ebenso danke ich auch dem tapferen, aufrechten Professor Hans Freiherrn von Liebig, dessen ausgezeichnetem Werke („Die Politik v. Bethmann Hollwegs: Das B-System“. München, J. F. Lehmanns Verlag), ich manche wertvolle Anregung verdanke. Nicht zum wenigsten fühle ich mich aber auch meinem derzeitigen Verleger verpflichtet, der, an Charakter und nationalem Idealismus ein echter Nachfolger Palms, noch unter dem Walten des Bethmann'schen Gewissenszwanges, sich unverzüglich bereit erklärte, die vorliegende Schrift der Kenntnisnahme einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sobald er von dem Erscheinen der Originalausgabe gehört hatte.

Berlin, November 1918.

Junius Alter.

Deutschlands Stellung im Jahre 1909.

Der Entwicklungsgang, den Deutschlands auswärtige Politik seit Bismarcks Abgang genommen hat, liegt heute so klar vor aller Augen und ist so häufig zum Gegenstande eingehender Behandlung gemacht worden, daß es genügt, ihn mit wenigen Worten zu streifen. Er stellt einen Leidensweg von seltener und unerbittlicher Folgerichtigkeit dar, dessen Ausgangspunkt die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland bildet, und für den zu gleichen Teilen die mangelnde Zielklarheit, wie die entschlußlose Schwäche der späteren Kanzler richtunggebend geworden sind.

Von der grundsätzlichen Auffassung ausgehend, daß das Deutsche Reich auf absehbare Zeit hinaus „saturiert" sei und dringend der Ruhe für den inneren Ausbau bedürfe, hatte Bismarck in weiser Einschätzung unserer ungünstigen politisch-geographischen Lage, sowie angesichts der dauernden Gegnerschaft Frankreichs die deutsche Auslandspolitik vornehmlich unter defensive Gesichtspunkte gestellt. Trotzdem glaubte er, selbst mit einer solchen Beschränkung dem Sicherheitsbedürfnis des Reiches noch nicht genügend Rechnung getragen zu haben. Und so hatte er denn weiterhin, von dem Gespenst der Kaunitz'schen Koalition gequält, das ihn bis in die letzten Jahre seines Lebens verfolgte, auf die Schaffung weitestgehender Rückendeckung Bedacht genommen, indem er nicht nur die Dreibundverträge, vor allem das Bündnis mit Österreich-Ungarn schloß, sondern sie auch kühn, aber durchaus folgerichtig durch den Rückversicherungsvertrag mit Rußland ergänzte. Damit schien allerdings in der Tat, soweit es diplomatischer Kunst überhaupt möglich war, jede Angriffsgefahr für Deutschland aus der politischen Rechnung ausgeschaltet, während andererseits für die deutsche Diplomatie ein Zwickmühlenspiel eröffnet war, das ihr weit über unsere festländische Stellung hinaus eine entschiedene und zu Zeiten auch entscheidend geübte Einflußnahme auf den Gang der großen Politik gewährleisten mußte.

Aber es liegt auf der Hand, daß diese von genialster Staatsmannschaft gezeugte Mächtegruppierung, so wertvoll sie für Deutschland auch war, nicht in alle Ewigkeit aufrecht erhalten werden konnte. Früher oder später mußte sich der Zeitpunkt ergeben, der die gänzliche oder teilweise Auflösung des Bismarck'schen Bündnissystems brachte, sei es nun, daß innere Gegensätze zwischen einzelnen der Verbündeten zu bestimmendem Einfluß gelangten, sei es, daß neue Verhältnisse diesem oder jenem der Beteiligten den Wunsch nach anderen Verbindungen nahelegen mochten.

Auch für das Deutsche Reich mußten Rücksichten der gleichen Art in demselben Augenblick maßgebend werden, an dem das Gefühl der „Saturiertheit" verflogen war, — ein Begriff, von dem, wie bei jedem lebendigen Organismus, so auch bei einem Volkskörper naturgemäß immer nur in zeitlicher Begrenzung gesprochen werden kann. Sobald hier etwa der ständig wachsende Volkskörper nach größerer Bewegungsfreiheit und nach Bereitstellung erweiterter Ernährungsmöglichkeiten verlangte — und das war im Grunde schon gegen das Ende der Bismarck'schen Kanzlerschaft der Fall — mußte folgerichtig auch die bisher beobachtete defensive Politik ihren Charakter ändern und wenn nicht aggressiv, so doch zum mindesten wieder aktiv werden. Damit aber würden sich sofort für die deutsche Politik Probleme aufgeworfen haben, zu deren Lösung die bisherige Mächtegruppierung nicht unbedingt mehr tauglich zu sein brauchte, so daß die Folgerungen daraus auch für unsere eigene Bündnispolitik unabweisbar geworden wären. Es brauchte deshalb an sich kein Irrtum zu sein, daß der Nachfolger Bismarcks zu einer „Neuorientierung" unserer auswärtigen Politik schreiten zu sollen glaubte; der bis heute nachwirkende Fehler liegt vielmehr lediglich in dem Umstande begründet, daß weder er noch die späteren Erben Bismarcks die Gesichtspunkte erkannten, unter denen einzig und allein ein solcher Wechsel vorgenommen werden durfte.

Zwei Wege waren es, auf denen versucht werden konnte, den mit einer kräftig wachsenden Bevölkerungsziffer von Jahr zu Jahr stärker sich aufdrängenden Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes Befriedigung zu verschaffen. Der eine — organisch an sich gesündere — Weg mußte zum Zwecke der Verbreiterung der landwirtschaftlichen Grundlage unseres Volkes (und damit auch des inneren Marktes) auf eine Ausdehnung unserer Grenzen abzielen, die aus einer Vielheit von Gründen nur im Osten gefunden werden konnte und die deshalb über kurz oder lang zu einem Zusammen=

stoße mit Rußland geführt haben würde. Der andere Weg dagegen bot sich in der Möglichkeit einer Steigerung unserer Gütererzeugung und ihres Absatzes, mußte also eine stärkere Industrialisierung des Reiches, eine Ausdehnung seiner weltwirtschaftlichen Belange und damit in absehbarer Zeit naturnotwendig, oder doch mit außerordentlich hoher Wahrscheinlichkeit, eine Auseinandersetzung mit England bedingen. Unsere Bündnispolitik hatte demnach, je nachdem sich die Reichsleitung für die erste oder die zweite Möglichkeit entscheiden zu sollen glaubte, entweder eine Anlehnung an die Westmächte, oder aber, wie im zweiten Falle, eine weitgehende Annäherung an Rußland zu suchen.

Von allen Nachfolgern Bismarcks hat nun jeder den Gedanken einer Erweiterung unserer europäischen Grenzen mit Entschiedenheit von sich gewiesen, und von Caprivi bis zu Bülow zieht sich das Bestreben nach der Verbreiterung unseres Auslandsmarktes gleich einem roten Faden durch die gesamte äußere Politik. Obwohl der Zusammenstoß mit England dadurch zu einer kaum vermeidbaren Notwendigkeit wurde, schritt Caprivi unbekümmert um die naheliegenden Folgen zur Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland, wobei er überdies Sorge trug, durch verschiedene politische Begleitumstände das Zarenreich geradezu gewaltsam in Frankreichs Arme zu treiben. Der wertvollste Bundesgenosse in dem bevorstehenden Kampfe mit England war damit also geopfert, während andrerseits alle von Caprivi und seinen Nachfolgern unternommenen Versuche, nun wenigstens mit dem Inselreich in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten, an den wirtschaftlichen Gegensätzen und nicht minder auch an der durch eben diese Gegensätze bedingten Flottenpolitik zum Scheitern kommen sollten. Im Gegenteil: die englische Politik, welche die Notwendigkeit einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit dem deutschen Wettbewerber erkannt hatte, längst ehe unseren Staatsmännern der Ernst der bevorstehenden politischen Entwicklung auch nur von ferne klar geworden war, griff ihrerseits die von uns achtlos beiseite geworfene Bündnismöglichkeit auf und leitete zielbewußt die sogenannte Einkreisungspolitik in die Wege. Der „chauchemar des coalitions“, den Bismarck nur als die quälende Vorstellung einer überreizten Nachtstunde empfunden, war also zwanzig Jahre nach seinem Rücktritt bereits furchtbare Wirklichkeit geworden.

Es ist überflüssig, bei den einzelnen Stationen dieses Leidensweges unserer Auslandspolitik zu verweilen und an greifbaren Beispielen darzutun, wie in fast jeder auftauchenden weltpolitischen

Frage die zum Grundsatz erhobene Ziel- und Richtungslosigkeit zum Nachteil Deutschlands ausgeschlagen ist. Die Ereignisse sind hier sämtlich so jungen Datums, und sie stehen in so frischer Erinnerung, daß sie nicht im einzelnen berührt zu werden brauchen. Es genügt hier vielmehr die Feststellung der geschichtlichen Tatsache, daß Bismarcks kunstvoll aufgeführter Bau der weltpolitischen Stellung des Reiches in zwei knappen Jahrzehnten bis in die Grundmauern erschüttert worden war, und daß von seiner gesicherten Stellung nicht im entferntesten mehr gesprochen werden konnte.

*

Stellt somit die äußere Lage Deutschlands schon gegen das Ende der Bülow'schen Kanzlerschaft ein geradezu trostloses Trümmerfeld dar, so läßt sich von der inneren Politik leider kein erfreulicheres Bild entwerfen. Auch hier sind die Wege, die Bismarck gegangen war, und die er namentlich im Kampfe gegen die inneren Feinde beschritten hatte, sofort von seinen Nachfolgern verlassen worden, um eine hemmungslose Versöhnungspolitik an die Stelle derjenigen Mittel zu setzen, mit deren Hilfe der Eiserne Kanzler wenigstens einen Teil dieser Gegner niedergehalten hatte. Das gilt für die Polen ebensogut, wie für die Elsaß-Lothringer und Dänen, und hier wie dort trat der Erfolg schnell genug zutage. Von Jahr zu Jahr schloß sich das Polentum enger in einer entschiedenen Frontstellung gegen das Deutschtum zusammen; seine Kampforganisationen schossen wie Pilze aus der Erde, und immer bedrohlicher griff die polnische Verhetzung auch auf überwiegend deutsch besiedelte Landesteile, wie auf Schlesien und Westpreußen, über. Und wie in der Ostmark, so nahmen auch die Verhältnisse in den Reichslanden, wo die von oben herab begünstigte Notabelnwirtschaft zu einer immer tieferen Entfremdung vom Reiche führte, eine gleich gefährliche Entwicklung. Vergeblich wurde hin und wieder einmal der Hebel zu einer Besserung angesetzt; der praktische Erfolg blieb in jedem Fall gleich Null, denn durchgehends fehlte es an der Stetigkeit, die errungenen kleinen Vorteile festzuhalten und auszubauen, wie sie unter Köller in der Nordmark und unter Bülow stellenweise in der Polenpolitik verzeichnet werden konnten.

Hoffnungslos, wie in den Grenzmarken, hatte sich auch die Entwicklung im Innern des Reiches gestaltet. Während das Parteileben gänzlich in wirtschaftlichen Kämpfen und im ödesten Parteigezänk zu versumpfen drohte, ging gleichzeitig im Reichstage die Zahl der sozialdemokratischen Sitze in erschreckender Weise in

die Höhe. Umsonst wurde eine Gegenwirkung gegen dieses bedrohliche Erstarken der ochlokratischen Strömung von der Bildung des sogenannten Bülow-Blockes erhofft, der berufen schien, die staatserhaltenden Parteien zu gemeinsamer Abwehr zu sammeln; durch die Ausschaltung des Zentrums und durch Aufnahme des Freisinns trug er jedoch den Todeskeim von vornherein in sich und blieb eine Episode ohne irgendwie nachhaltende Wirkung. Erschwerend für die innere Entwicklung im Reiche trat dann ferner der Umstand hinzu, daß Hand in Hand mit dem Überwuchern der destruktiven Tendenzen eine — durch die Regierung selbst verschuldete — immer stärkere Herabminderung nicht nur der Regierungsgewalt, sondern auch des Ansehens der Krone Platz griff. Der bekannte Novembersturm des Jahres 1908 spricht in dieser Hinsicht Bände und wird für alle Zeiten eines der traurigsten Kapitel neudeutscher Kaisergeschichte bilden.

Nimmt man schließlich noch die Verflachung und Versumpfung des gesamten öffentlichen Lebens hinzu, und erinnert man sich der tiefgehenden Reichsverdrossenheit, wie sie um das Jahr 1909 in den Kämpfen um die Reichsfinanzreform zu sichtbarem Ausdruck kam, so erhält man als Ergebnis auch der inneren Politik eine Lage, die derjenigen der auswärtigen Politik an Trostlosigkeit wahrlich nicht nachsteht. Das von Bismarck hinterlassene große Kapital war in bedrohlichem Umfange angegriffen worden und schmolz unter den Händen der Verantwortlichen in geradezu erschreckender Weise zusammen. Der Tag der allgemeinen Bankerotterklärung schien deshalb nicht mehr fern, falls dem Reiche nicht bald der Staatsmann erstand, der an die Stelle des getriebenen Raubbaues eine weise, sparsame und erfolgreiche Wirtschaft zu setzen vermochte. Die Not der Zeit rief also nicht nur nach einem neuen Kanzler, sondern auch nach einem neuen System, und beide traten um die Juli-Mitte des Jahres 1909, vom Vertrauen des Volkes begrüßt, in Erscheinung. Inwieweit sie ihrer Aufgabe gerecht geworden sind, werden die nachstehenden Betrachtungen erweisen.

Der neue Herr.

Wenn auch Fürst Bülow mit seinem gegen die Rechtsparteien geschleuderten Anathema sich einen wirkungsvollen Abgang geschaffen hatte, so wurde doch sein Scheiden von allen Einsichtigen im Lande nicht ohne eine gewisse Befriedigung begrüßt. So viel-

seitig die Bildung und Belesenheit, so glänzend die rednerische Begabung und so bestechend die diplomatische und politische Gewandtheit des vierten Kanzlers gewesen sein mochten, — wer den Dingen auf den Grund gesehen hatte, wußte, daß mit der leichtherzig-spielerischen Art des Fürsten die Geschäfte eines großen und in ernster Lage befindlichen Landes nun und nimmer erfolgreich geführt werden konnten. Hinzu kam, daß alle Kaisertreuen und Royalisten auf das peinlichste die mangelnde Charakterfestigkeit empfanden, mit welcher der Fürst in der Not des großen Novembersturmes von 1908 seinen kaiserlichen Herrn schutzlos dem Unwillen einer irregeleiteten Öffentlichkeit preiszugeben bereit gewesen war. Vielerlei Umstände hatten mithin zusammengewirkt, die Sehnsucht nach einem Manne zu wecken, der, wenn auch kein Bismarck, so doch geeignet erscheinen mochte, mit klarem, entschlossenen Ernst, mit fester Hand, schlicht und jeder billigen Effekthascherei abhold, das Reichsschiff wieder in ruhiges Fahrwasser zu steuern.

Als Herr von Bethmann Hollweg am 14. Juli 1909 die Nachfolge des Fürsten Bülow übernommen hatte, wurde er, wie bisher jeder Vertrauensmann der Krone, von der gesamten öffentlichen Meinung mit lebhafter Sympathie begrüßt. Dabei durfte er im großen Ganzen als ein völliger homo novus gelten, von dem man wenig oder gar nichts wußte, obwohl er seit mehreren Jahren als Minister des Innern und später als Staatssekretär des Innern bereits an ragender Stelle gestanden. Er entstammte einem neugeadelten Frankfurter Geschlechte von etwas unklarer genealogischer Herkunft, das unter Friedrich Wilhelm IV. in Moritz August von Bethmann Hollweg zum ersten Male in leitende Staatsstellungen gelangt war. Ob Moritz August, der ein entschiedener Gegner Bismarcks, ein großer Englandfreund und ein Mann von unfehlbar daneben greifenden politischen Instinkten gewesen war, irgend welche seiner Anlagen auf den Enkel Theobald vererbt hatte, war bei dem Mangel jeder politischen Note im Leben des neuen Kanzlers vorderhand schwer zu entscheiden. Herr von Bethmann Hollweg war den Weg des preußischen Bürokraten gegangen wie Dutzende neben ihm, war Assessor und Landrat, kurze Zeit auch Mitglied des Reichstages gewesen, und die Aufmerksamkeit wandte sich ihm erst zu, als er bereits nach dreimonatiger Regierungspräsidentschaft in Bromberg in das als Durchgangsposten für ein Ministerium bekannte Potsdamer Oberpräsidium berufen ward. Rund fünf Jahre später (1905) übernahm der Neunundvierzigjährige das preußische Ministerium des Innern, um es 1907 mit dem Staatssekretariat des Reichsamts des Innern zu vertauschen.

Irgendwelche bleibende Spuren hatte seine Tätigkeit nun weder im Ministerium, noch im Reichsamt des Innern hinterlassen. Hier wie dort wurde während seiner Amtsführung die übliche tüchtige Verwaltungsarbeit geleistet, die sich ohne große und neue Ideen damit begnügt, die Staatsmaschinerie in geregeltem Gange zu erhalten. Rein persönlich begleitete ihn dabei der Ruf eines gewissenhaften, fleißigen und tüchtigen Verwaltungsbeamten, der in seinen Mußestunden den Wissenschaften, insonderheit den Philosophen nicht abhold sei, und der ein großes Maß persönlicher Liebenswürdigkeit besitze. Ob er freilich über irgendwelche staatsmännischen Fähigkeiten verfüge und ob er gegebenen Falles imstande sei, gegenüber stärkeren Einflüssen die erforderliche Widerstandskraft zu bezeigen, war ebensowenig bekannt, wie seine innerste Stellungnahme zu den einzelnen Parteien oder inner- und außenpolitischen Problemen; ein politisch unbeschriebenes Blatt also, wie es blütenweißer nicht leicht gefunden werden mag.

Nun, Herr von Bethmann Hollweg hat kaum fünf Jahre gebraucht, um das freundliche und ansprechende Bild, das sich die gesamte Öffentlichkeit bei seinem Amtsantritt von ihm machte, von Grund auf in das Gegenteil zu verkehren. Begrüßte ihn 1909 das einmütige Vertrauen aller bürgerlichen Parteien, so hatte er bereits 1913 sämtliche Parteien des Reichstages, mit Einschluß der Sozialdemokratie, in mehr oder minder offen zur Schau gestellter Gegnerschaft gegen sich vereinigt. Während die Konservativen ihn mit Mißtrauen auf Grund seiner blinden und schwächlichen Nachgiebigkeit gegenüber allen demokratischen und ochlokratischen Forderungen verfolgten, befehdeten ihn Freisinn und Sozialdemokratie, weil er angeblich nicht genügend bereit sei, ihren Wünschen gebührend Rechnung zu tragen. Und schroffer noch, als die Parteien, sagte die breitere Öffentlichkeit ihm Vertrauen und Gefolgschaft auf. Allzu deutlich empfand sie den Mangel jeder Führerfähigkeit und das Fehlen jedes staatsmännisch-schöpferischen Instinktes; und wenn sie sich auch nicht im klaren darüber war, in welchem Umfange selbst nach der Seite des Charakters hin das Bild des fünften Kanzlers nachträglicher Retouchen bedurfte, so taten die sich von Jahr zu Jahr häufenden Mißerfolge auf dem Gebiete der äußeren Politik ein übriges, ihn im Lande so unpopulär als nur möglich zu machen. Es ist deshalb durchaus nicht zu viel gesagt, wenn man feststellt, daß es vor Ausbruch des Kriegs im ganzen Deutschen Reiche keine im öffentlichen Leben an hervorragender Stelle befindliche Persönlichkeit gab, über die das Urteil so eindeutig und einhellig ungünstig gewesen wäre wie über Herrn von Bethmann Hollweg. Die Miß-

trauenserklärung, die ihm der deutsche Reichstag anläßlich des Zabern-falles mit 293 gegen 54 Stimmen überreichte, und der nur die Konservativen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus widersprachen, war in Wahrheit der Ausdruck der gesamten öffentlichen Meinung. Und niemals hat sich der hier sachlich allerdings durchaus falsch orientierte Reichstag mit der instinktiv richtig empfindenden Volks-stimmung in größerem Einklang befunden, als in diesem vernich-tenden Urteil.

Der Kanzler und die auswärtige Politik.

Für jeden unbefangenen Beurteiler der Weltlage mußte es außer Zweifel stehen, daß die unter dem Fürsten von Bülow vollendete Einkreisung des Reiches eine Periode der ernstesten internationalen Spannungszustände heraufbeschwören, und daß dem-entsprechend auf lange Jahre hinaus die auswärtige Politik im Brennpunkt des gesamten politischen Lebens zu stehen haben werde. Mit lebhafter Spannung durfte man deshalb den Taten des neuen Kanzlers gerade auf diesem, ihm bisher fremden Gebiete entgegen-sehen. Wie schwierig und bedrohlich sich die Lage des Reiches in Wirklichkeit bereits gestaltet hatte, wurde vorerst zwar nur von einem kleinen, meist außerhalb der Ämter stehenden Personenkreise erkannt; ihm jedoch galt es bereits im Jahre 1909 als unumstößliche Gewißheit, daß es sich für uns längst nicht mehr um's Biegen, sondern nur mehr um das Brechen handeln könne. Die Frage war also, ob Herr von Bethmann Hollweg sich einer so verzweifelten Lage gewachsen zeigen, und ob er vor allem imstande sein würde, das Reich politisch, militärisch und wirtschaftlich so gründlich auf den Eintritt der unausbleiblichen Katastrophe vorzubereiten, daß sie ohne unmittelbarste Lebensgefahr überstanden werden mochte.

Herr von Bethmann konnte, wie schon angedeutet, in den Ge-schäften der auswärtigen Politik als vollkommener Neuling gelten. Das Widerspiel der gegen einander ringenden Völkerkräfte hatte sich weitab von seinem bisherigen Wege vollzogen, und es war nicht anzunehmen, daß ihm die ungeheure Arbeitsfülle des Staats-sekretariats des Innern die erforderliche Muße gelassen haben würde, tiefer die diplomatische Technik, geschweige denn gar das Wesen unserer auswärtigen Politik zu erfassen. Ein solcher Mangel an persönlicher Vertrautheit mit den seiner harrenden Aufgaben mochte angesichts der Lage des Reiches auf der einen Seite zweifellos als bedenklich erscheinen; andererseits freilich durfte man sich damit

trösten, daß vielleicht gerade diese Unbefangenheit den Kanzler befähigen werde mit klarem und nüchternem Urteil den schwebenden Fragen und den sich aus ihnen herleitenden Notwendigkeiten gegenüberzutreten. Vor allem jedoch durfte man annehmen, daß der neue Mann das ihm fremde Gebiet nur mit größter Vorsicht und Zurückhaltung beschreiten, und daß er sich dabei nach Möglichkeit auf den Rat erfahrener Fachleute zu stützen suchen werde. Es bot deshalb gerade in dieser Hinsicht eine gewisse Beruhigung, daß er schon vor Ablauf des ersten Jahres seiner Amtstätigkeit an Stelle des Herrn von Schoen den Bukarester Gesandten von Kiderlen-Waechter in das Staatssekretariat des Äußern berief und damit nach dem Urteil eingeweihter Kreise das „beste Pferd aus dem Stalle" zog. Mit Herrn von Kiderlen-Waechter, der aus der bosnischen Krise in guter Erinnerung stand, der als ein Mann von starkem Wollen und Können, als ein mit allen Wassern des Balkans gewaschener Diplomat gerühmt wurde, konnte die Zukunft sich möglicherweise sehr wohl günstiger gestalten, als die Vergangenheit es leider gewesen war.

Um so größer war daher die Überraschung, als schon nach kurzer Zeit das Gerücht auftrat und immer festere Form gewann, Herr von Bethmann Hollweg beabsichtige, das Gebiet der auswärtigen Politik zu seiner ureigensten Domäne zu machen und auf neuen Wegen das Reich aus seiner bedrohten Lage zu retten. Daß diese Nachricht, die den neuen Kanzler so schnell den Stein der Weisen finden lassen wollte, ganz dazu angetan war, in den politisch weitsichtigen Kreisen berechtigtes Kopfschütteln zu erregen und lebhaftes Mißtrauen zu erwecken, liegt auf der Hand; denn aus der verzweifelten Lage des Reiches, wie sie durch die Schuld seiner Vorgänger geschaffen worden war, vermochten überhaupt nur mehr zwei Wege ins Freie zu führen, die offen vor aller Welt zutage lagen und die nach menschlicher Einsicht einen dritten oder Mittelweg auszuschließen schienen. Entweder, man entschloß sich zur gewaltsamen Zertrümmerung des Dreiverbandes durch einen Krieg, oder aber man versuchte seine Sprengung durch Mittel der Diplomatie: ein dritter Weg schien schlechterdings nicht denkbar. Dabei blieb jedoch zu beachten, daß jeder Versuch dieser letzteren Art angesichts der mehrfach bewiesenen Festigkeit des feindlichen Mächtebundes bisher gescheitert war und deshalb als ein Unterfangen gelten konnte, für dessen Gelingen eine geradezu geniale Staatsmannschaft die erste Voraussetzung war.

Nun, Herr von Bethmann Hollweg ist den von ihm entdeckten Weg mit beharrlicher Entschlossenheit und unbekümmert um alle Warnungen gegangen. Er hat dabei das Deutsche Reich an einen Abgrund geführt, von dem es ausschließlich durch die unvergleichliche

Tüchtigkeit des Heeres und des Volksganzen, sowie durch eine Reihe glücklicher und nicht vorauszusehender Zufälle bisher zurückgerissen werden konnte. Obwohl wir heute noch mitten im Kriege stehen, und die letzten Zusammenhänge und Einzelheiten seiner Politik sich erst in einer späteren Zukunft übersehen lassen werden, liegen die Grundlinien seines auslandspolitischen Systems doch bereits so klar und zweifelsfrei zutage, daß ein abschließendes Urteil darüber durchaus möglich erscheint.

Zwei offiziöse Federn, der ehemalige Londoner Vertreter des Wolff'schen Telegraphenbüros, Herr Dr. Hans Plehn, und der frühere Legationsrat, nunmehrige Geheime Legationsrat Dr. Kurt Riezler haben nämlich unmittelbar vor Ausbruch des Krieges das System der Bethmann'schen Auslandspolitik nach der praktischen, wie nach der theoretischen Seite hin in einer Ausführlichkeit begründet, daß dadurch allein schon ein brauchbarer Schlüssel für das Verständnis der weltpolitischen Gedankengänge Herrn von Bethmann Hollwegs gegeben ist.

„Weltpolitik und kein Krieg!" — so lautet der vielsagende Titel der ersten dieser beiden Schriften, und zwar einer anonymen Broschüre des Jahres 1913, die der Feder Dr. Hans Plehn's entstammt, und die gewissermaßen dem beschränkten Untertanenverstande die stark befehdete Kanzlerpolitik an greifbaren Zielen klarzulegen bestimmt war. Preisgabe der Türkei und unserer kleinasiatischen Interessen zugunsten einer stärkeren Konzentration auf mittelafrikanische Belange; äußerste Rücksichtnahme auf Frankreich und Rußland, um den bereits gelockerten (!) Dreiverband nicht künstlich wieder zu festigen; dabei gleichzeitige Verständigung mit England über Umfang und Inhalt der Flottenpolitik: das war nach den zuverlässigen Feststellungen dieses Kanzler-Herolds das Ziel, dem unsere Auslandspolitik zu dienen hatte, war gleichzeitig aber auch der Schlüssel, mit welchem Herr von Bethmann Hollweg dem eingekreisten Deutschland die Pforten einer größeren Zukunft entriegeln zu können wähnte.

Irgendein Werturteil über die innere Unmöglichkeit dieses Programms braucht nach den Ereignissen des Sommers 1914 wohl nicht mehr abgegeben zu werden; die Geschichte hat ihr Urteil gesprochen, und keine Kritik vermag die Wucht ihres Wahrspruches zu erreichen. Wohl aber ist es von Interesse, die Grundlagen kennen zu lernen, auf denen die angedeuteten praktischen Ziele des Bethmann Hollweg'schen Systems erstanden sind, und hier bietet die zweite der oben erwähnten Schriften einen in der Tat unübertrefflichen Berater.

Drei oder vier Monate vor Ausbruch des Krieges (!) erschien unter dem Titel „Grundlagen der Weltpolitik“ und unter dem Decknamen J. W. Ruedorffer eine außerordentlich geschickt geschriebene Arbeit des in der engsten Umgebung des Kanzlers befindlichen Legationsrates Dr. Kurt Riezler, die gewissermaßen die psychologische Begründung der vorerwähnten Plehn'schen Formeln enthält. Man ersieht aus dem Buche mit ständig wachsendem Erstaunen, wie gänzlich anders, als sonst in Menschenköpfen sich bei Herrn von Bethmann Hollweg die Welt gemalt, und man erkennt vor allem mit unvergleichlicher Klarheit, wie unsere gesamte auswärtige Politik sich unter seiner Kanzlerschaft in einem circulus vitiosus bewegt hat, dessen Mittelpunkt ein wunderliches Gemisch mißverstandener ethischer Grundsätze und nacktester Händlerrücksichten bildet. All die großen und bedeutsamen Triebkräfte, die das Innenleben der Völker und ihre gegenseitigen Beziehungen bestimmen, als da sind Lebenswille, Nationalstolz, Stark- und Ehrgefühl, Ausdehnungsdrang, Rasseneigentümlichkeiten und -gegensätze, kurzum all die ungeheuer vielgestaltigen und wichtigen sogenannten Imponderabilien haben in dem Weltbilde Herrn von Bethmann Hollwegs keinen Platz; hier gibt es lediglich einen Kampf um die „besten Futterplätze“, ein Feilschen um Handelsverträge und großkapitalistische Betätigungsgebiete, so daß man es von diesem Standpunkte aus sicherlich verstehen kann, wenn er der Meinung war, daß es sittlich verwerflich und insbesondere auch kaufmännisch unwirtschaftlich sei, sich wegen der Gewinnung von Absatzmärkten und wegen „offener Türen“ die Köpfe zu zerschlagen.

Hinzu kommt — was bei Riezler nur obenhin berührt wird —, daß das ganze System dieser einseitig nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientierten Politik nun nicht etwa nach den gleichen rücksichtslosen Methoden vorging, wie sie in der Kriegführung des Kapitals sonst gang und gäbe zu sein pflegen, sondern daß es im Gegenteil einen moralindurchtränkten Standpunkt vertrat, der ihm von vornherein in allen Auseinandersetzungen die Hinterhand sichern mußte. Wir wissen ja aus unzähligen Reichstagsreden Herrn von Bethmann Hollwegs, ein wie großes Gewicht er jederzeit darauf gelegt hat, auch in seiner Eigenschaft des Politikers und Staatsmannes als ein durchaus „ehrlicher“ Mensch zu gelten, und es war sicherlich eine der erhebendsten Stunden seines Lebens, als die ehrenwerten Herren Asquith und Grey sich zu der Erklärung verstanden, nur mit ihm, dem „einzigen vertrauenswerten Manne in Deutschland“ sei das Verständigungswerk zu Ende zu führen.

Ebenso aber wissen wir, daß er seine bürgerliche, vom Strafgesetz und Ehrenkodex umhegte Moral nicht minder für die Staatswesen als bindend erachtet und auch bei seinen diplomatischen Gegenspielen eine gleich harmlose Anschauungsweise kurzerhand als selbstverständlich vorausgesetzt hat.

Angesichts solcher Grundauffassungen und fundamentaler Irrtümer der leitenden Stelle ist es schließlich nicht weiter verwunderlich, wenn das von ihr getragene politische System der festen Überzeugung lebte, es werde, wie Riezler es ausdrückt, „im Wege gegenseitiger Verständigung eine parallele friedliche Expansion" der in Frage kommenden Groß- und Weltmächte möglich sein, und sie werde sich um so eher ermöglichen lassen, als „alle modernen Großmächte kriegerischen Verwicklungen durchaus abgeneigt seien und sich nur im Falle der Not zu solchen entschließen würden." Diesen Satz — man beachte und bewahre die Tatsache! — veröffentlicht der Famulus des damaligen Kanzlers drei oder vier Monate vor Ausbruch des Krieges, veröffentlicht ihn zu einer Zeit, als es in Deutschland längst kein Geheimnis mehr war, daß die sibirischen und turkestanischen Regimenter des Zaren sich nach der deutschen und österreichischen Grenze in Marsch gesetzt hatten!

Aber schließlich sind all diese Unbegreiflichkeiten aus dem angedeuteten System heraus nichts weniger als verwunderlich, denn es liegt auf der Hand, daß das oben skizzierte weltpolitische Zerrbild in seiner praktischen Auswirkung in jedem Falle nur die allerschwersten Mißgriffe im Gefolge haben konnte. Auch wenn Herr von Bethmann Hollweg der geschickteste Diplomat seiner Zeit gewesen wäre, so würde ihn eine derartige unstaatsmännische Verkennung der Wirklichkeit, oder besser gesagt: eine so gänzlich mißverstandene Auffassung der „Grundzüge der Weltpolitik" doch nun und nimmer zu greifbaren Erfolgen geführt haben. Wer das Lebensbedürfnis der Völker mit Handelsverträgen und „offenen Türen" befriedigen zu können glaubt, muß notgedrungen über kurz und lang mit seiner Politik zum Scheitern kommen, und das etwa vorhandene Maß diplomatischer Gewandtheit vermag in solchem Falle lediglich den Eintritt der Katastrophe für einen früheren oder späteren Zeitpunkt zu bedingen. Daß der Zusammenbruch des von Herrn von Bethmann Hollweg getragenen Systems trotz des Gegengewichtes unserer militärischen Machtmittel bereits nach knappen fünf Jahren erfolgt ist und nur durch eine bedingungslose Friedensliebe überhaupt bis zu diesem Zeitpunkt hinausgeschoben werden konnte, ist nach dieser Richtung wohl kennzeichnend genug.

Der Weg, welcher der praktischen Politik des Kanzlers bei einer so grundsätzlichen Verkennung der Sachlage vorgezeichnet war, liegt ohne weiteres zutage, und man kann Herrn von Bethmann Hollweg das Zeugnis nicht versagen, daß er mit einer Entschlossenheit, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, ja, daß er geradezu mit Starrköpfigkeit den Pfad der Irrungen und Wirrungen bis an das bittere Ende verfolgt hat. Da er nach den Worten seines Famulus Riezler der Überzeugung lebte, „daß alle modernen Großmächte kriegerischen Auseinandersetzungen abgeneigt seien", so vermochte er schlechterdings in der Gegnerschaft des Dreiverbandes gegen den Dreibund, namentlich aber in dem deutsch-englischen Gegensatz nichts anderes, als eine Kette von bedauerlichen Mißverständnissen zu erblicken, für die bei einigem guten Willen ein friedlicher Ausgleich unbedingt hätte gefunden werden müssen. Die weiteren Folgerungen einer solchen Auffassung ergeben sich von selbst, und so sehen wir denn in der Tat die gesamte Bethmann'sche Auslandspolitik unter das Zeichen der Versöhnung, und zwar einer Versöhnung um jeden Preis gestellt. Hatte Fürst Bülow seinerzeit für seine innere Politik das berühmte Wort geprägt: „Nur keine inneren Krisen", so wurde es nunmehr in entsprechender Form auch auf die auswärtige Politik abgewandelt, und selbst die Episode von Agadir bildet davon nur eine scheinbare Ausnahme.

Angesichts der Fülle wichtigster weltpolitischer Geschehnisse, die sich bis zum endlichen Ausbruche des Krieges in den fünf Jahren der Bethmann'schen Kanzlerschaft zusammendrängen, ist es bei dem knappen Rahmen der vorliegenden Schrift naturgemäß nicht möglich, die „via dolorosa" seiner Auslandspolitik in ihren einzelnen Leidensstationen zu verfolgen. Es erscheint das jedoch auch um so weniger notwendig, als die Ereignisse selber in viel zu lebendiger Erinnerung stehen, um hier noch einmal Schritt für Schritt erörtert zu werden. Vor allem aber darf man darauf verweisen, daß jede derartige kritische Nachprüfung vor dem Selbstbekenntnis verstummen müßte, das Herr von Bethmann Hollweg in seiner letzten Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord Edward Goschen abgelegt hat. Wenn in jener Schicksalsstunde sich dem leitenden Staatsmanne des Deutschen Reiches das Geständnis entrang, „die Politik, welcher er sich bei seinem Amtsantritt gänzlich gewidmet habe, sei nun wie ein Kartenhaus zusammengebrochen", — so vermag keinerlei kritische Untersuchung in ihrem Endergebnis die Wucht einer solchen Selbstanklage zu erreichen.

In der Tat: wie ein Kartenhaus ist das politische System Herrn

von Bethmann Hollwegs zusammengebrochen, und wenn wir die Dinge nüchternen Blickes betrachten, so haben wir alle Ursache, dem Schicksal obendrein dankbar zu sein, daß es uns durch die rechtzeitige, d. h. für den Gegner verfrühte Heraufführung der Katastrophe vor Schlimmerem und Schlimmstem bewahrt hat! Denn wie es scheint, hat es schlechterdings keinerlei Grenze gegeben, vor welcher das damalige System in seinem Versöhnungs- und Verständigungswahne Halt gemacht haben würde. Es ist uns z. B. aus den aktenmäßigen Feststellungen britischer Staatsmänner, die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ausdrücklich als zutreffend anerkannt worden sind, bekannt geworden, daß Herr von Bethmann Hollweg schon im Jahre 1912 durchaus bereit war, die englische Neutralität mit dem höchsten Preise zu erkaufen, den wir überhaupt zu zahlen vermochten: mit dem Opfer unserer Verteidigungsfähigkeit zur See! Dabei bleibt jedoch wohl zu beachten, daß diese Bereitwilligkeit zur Preisgabe „wichtigster Teile des deutschen Flottengesetzes“, wie es in den amtlichen Feststellungen heißt, nicht etwa von einer englischen Neutralitätserklärung schlechthin, sondern lediglich von dem Versprechen abhängig gemacht war, England werde neutral bleiben, sofern es von sich selbst aus die Überzeugung gewinnen sollte, daß Deutschland in einem europäischen Kriege tatsächlich nur der Angegriffene, nicht aber der Angreifer sei! Man male sich aus, was das Gelingen dieses Planes, der in der Hauptsache an dem Einspruche des Großadmirals von Tirpitz gescheitert ist, im August 1914 für uns bedeutet haben würde! Seit 1912 wäre die in Jahrzehnten und mit Milliarden mühsam geschaffene Flotte künstlich wieder verstümmelt worden, und zwar zu dem einzigen Zwecke, um England bei Kriegsausbruch die Möglichkeit zu geben, sich mit vollem äußeren Rechtsgrunde auf die Seite unserer Gegner zu schlagen! Denn da die diplomatische Kunst des damaligen Systems es nicht einmal zuwege gebracht hat, die unbequeme Pflicht der Kriegserklärung unseren Angreifern zuzuschieben, so hätte England im Rahmen jener völlig unverbindlichen Neutralitätsabmachung natürlich durchaus freie Hand gehabt, aus unserer Kriegserklärung an Rußland und Frankreich den Abwehrcharakter unseres Daseinskampfes in einen Angriffskrieg umzufälschen und dementsprechend seine Stellung an der Seite Frankreichs und Rußlands zu wählen.

An diesem Versuche gemessen, die Verteidigungsfähigkeit des Deutschen Reiches seinem schlimmsten Feinde gegenüber zu unterhöhlen, verblassen die übrigen Geschehnisse der Bethmann'schen Auslandspolitik fürwahr zu wesenlosen Schemen. Seine harmlos-vertrauensselige Beurteilung der Monarchenbegegnungen von Racconigi,

Potsdam und Baltischport, der Rückzug aus Marokko und Persien, die Preisgabe des Kopfstückes der Bagdadbahn und der Verzicht auf wichtige Orientinteressen zugunsten längst verbriefter, obendrein fragwürdiger afrikanischer Rechte, — was will all das und manches andere gegenüber dem kaum faßbaren Plane bedeuten, in zwölfter Stunde vor Ausbruch des Krieges wichtigste Mittel der Landesverteidigung einem bloßen Phantom zu opfern!

Es gehört für alle Zeiten der Geschichte an, zu welchen geradezu furchtbaren Erfolgen uns die Auslandspolitik Herrn von Bethmann Hollwegs geführt hat, und man kann nicht umhin, die Kühnheit zu bewundern, die ihm nach dem katastrophalen Zusammenbruche seiner Politik das Verbleiben im Amte erlaubte. Wie erinnerlich, hat Bismarck auf dem Schlachtfelde von Königgrätz erklärt, daß ihm ein Fehlschlag die Pistole in die Hand gedrückt haben würde; Herr von Bethmann Hollweg dagegen hat durch seine Auslandspolitik das deutsche Volk unmittelbar an den Rand des Abgrundes geführt, erklärt im Reichstage, er sei „noch heute seinem Schöpfer dankbar" für die von ihm verfolgte Versöhnungspolitik und sieht im übrigen mit scheinbarer Seelenruhe zu, wie das Volk mit Strömen edelsten Blutes versucht, das Reich vor dem Untergange zu retten!

Die innere Entwicklung bis zum Weltkriege.

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik bezeichnet ein Trümmerfeld die Spuren, die das System Herrn von Bethmann Hollwegs gewandelt ist. Dieselben Ursachen, welche den Kanzler in der auswärtigen Politik von Mißerfolg zu Mißerfolg geführt haben, sehen wir auch hier in verderblichster Weise wirksam werden: seine völlige Unfähigkeit, Menschen und Dinge in ihren wahren Absichten und Eigenschaften zu erkennen, seine Unbelehrsamkeit durch Tatsachen, wie durch wohlmeinende Ratschläge, und last not least seine mangelnde Widerstandsfähigkeit gegenüber allen Einflüssen, die auf stärkerem Willensboden, als auf dem seinen gewachsen waren. So konnte es schlechterdings nicht ausbleiben, daß seine Amtsführung auch innerpolitisch versagte, und daß er in allen Fragen, die — über den Rahmen der eigentlichen Verwaltungstechnik hinaus — in den Aufgabenkreis schöpferischer Staatsmannschaft fielen, Mißgriff auf Mißgriffe häufte.

Daß die innerpolitische Entwicklung des Reiches sich schon unter seinen Amtsvorgängern in einer stark absteigenden Linie bewegt

hatte, wurde in einem früheren Abschnitt bereits in der hier gebotenen Kürze betont. Und zwar machte sich der Niedergang auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens in gleich bedenklicher Weise fühlbar. Die wachsende Dekadenz und Versumpfung, die in unserer kulturellen Entwicklung mehr und mehr die Oberhand gewann; das Überwuchern materialistischer Gesichtspunkte, das zu einer immer größeren Verflachung des gesellschaftlichen Lebens, wie auch des geistigen Schaffens führte; eine lange Reihe sozialer Mißstände, die sich — trotz aller Sozialpolitik — teils aus der unnatürlichen und einseitigen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, teils aber auch als Folge ungesunder, sozialpolitischer Maßnahmen ergaben, — das alles und manches mehr bot einen zuverlässigen Maßstab dafür, daß wir auch in der innerpolitischen Entwicklung den Höhepunkt längst überschritten hatten und hemmungslos im Abstieg begriffen waren.

Am schärfsten spiegelte sich dies unerfreuliche Bild, das alle wahrhaft besorgten Vaterlandsfreunde mit banger Befürchtung erfüllte, naturgemäß im parlamentarischen Leben wider. Unter Zertrümmerung des Bülow-Blockes, der an der praktisch undurchführbaren Ausschaltung des Zentrums krankte, hatten die Kämpfe um die Reichsfinanzreform zur Bildung des sogenannten schwarz-blauen Blockes geführt und damit eine weitere tiefgehende Zerklüftung unseres gesamten innerpolitischen Lebens gezeitigt. Aufgabe des Kanzlers wäre es mithin gewesen, in dieser Hinsicht ausgleichend zu wirken und den Versuch zu machen, namentlich zwischen der Rechten und der gemäßigten Linken eine Brücke über die entstandene Kluft zu schlagen, da beide durch ihre nationale Grundrichtung berufen waren, die stärkste Stütze jeder national gerichteten Regierung zu bilden. Ein solches Ziel wäre natürlich am leichtesten erreichbar gewesen, wenn Herr von Bethmann Hollweg sich entschlossen haben würde, das Volk vor irgendeine große, es im tiefsten Innern berührende nationale Aufgabe zu stellen, durch welche die feindlichen Brüder ganz von selbst wieder zusammen geführt worden wären; — ja es steht außer Zweifel, daß ein derartiges Ziel, nach dem das Volk geradezu lechzte, sogar weit über diese engere Wirkung hinaus imstande gewesen wäre, eine Gesundung unseres gesamten innerpolitischen Lebens herbeizuführen. Aber Herr von Bethmann Hollweg hat dem Volke ein einigendes und emporreißendes Ziel dieser Art nicht nur nicht gezeigt, sondern er hat im Gegenteil jeden Versuch, aus dem Volke heraus irgendein nationales Hochziel aufzurichten, im Keime zu ersticken getrachtet. Wo immer die in der nach-bismarckischen Zeit wie Pilze aus dem Boden geschossenen nationalen Verbände den Finger auf eine offene Wunde legten und das Volk zur Sammlung

aufzurufen unternahmen, da schlug das Bethmann'sche System sofort mit Keulen tot, was sich an hoffnungsvollen Kräften erwachenden nationalen Bewußtseins und erstarkender Einmütigkeit zu regen begann.

Statt dessen glaubte der Kanzler der inneren Zerrissenheit dadurch steuern zu können, daß er, der selber so anlehnungsbedürftig war und so wenig fest auf eigenen Füßen stand, für sich eine Plattform „über den Parteien" zu konstruieren versuchte, — ein Unterfangen, das bekanntlich nicht einmal einem Bismarck durchgehends mit Erfolg gelungen ist. Und so wurde auch bald genug offenbar, daß dieses System, sich „über den Parteien" zu halten, nur in einem ganz besonderen Sinne verstanden sein wollte. Denn um dem Verdachte zu entgehen, er könnte sich in der Abhängigkeit des sogenannten schwarz-blauen Blockes befinden, legte Herr von Bethmann Hollweg sich stark auf die linke Seite und geriet damit unter Einflüsse, gegen deren Zielbewußtsein und Willensstärke er keine auch nur annähernd gleichwertigen Kräfte ins Feld zu führen hatte. Der Zug nach links riß ihn hemmungslos fort — halb zog es ihn, halb sank er hin —, und je stärker die Linke durch die erfolgenden Neuwahlen wurde, um so widerstandsloser wich er vor ihrem Drängen zurück. Diese nahezu bedingungslose Kapitulation vor dem demokratischen Machtwillen tritt besonders dort sinnfällig in Erscheinung, wo es gegolten hätte, die Regierungsgewalt gegenüber den parlamentarischen Machtgelüsten oder der Massenstimmung mit starker Hand zu behaupten; statt dessen bezeichnet eine lange Reihe von Niederlagen den Weg, den die Regierung auf ihrem Rückzuge vor dem ochlokratischen Ansturm gegangen ist. Vom Kieler Werft- und Krupp-Prozeß angefangen, über Wahlrechtsfrage und Wehrbeitrag bis zum Falle Zabern: nirgends auch nur die Spur eines Versuches, dem Massenwillen ein entschlossenes quos ego entgegenzusetzen.

Als besonders verhängnisvoll hat sich das innerpolitische Wirken des bisherigen Systems dann aber auch in den Grenzmarken erwiesen. Es ist bereits einleitend erwähnt worden, daß die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen sich unter den ersten Nachfolgern Bismarcks in einer wenig erfreulichen Weise entwickelt hatten, und es war kein Zweifel mehr möglich, daß das Land in der Tat auf dem besten Wege war, uns innerlich wieder vollständig verloren zu gehen. Selbst Herr von Bethmann Hollweg scheint sich bei seinem Amtsantritte dieser unverkennbaren Tatsache in hohem Maße bewußt gewesen zu sein; denn nur auf solche Weise wird es erklärlich, daß er gleich nach der Übernahme der Kanzlerschaft dem elsaß-loth-

ringischen Drängen nach einer Verfassungsverleihung den bestimmten Einwand entgegenstellte, daß es dazu „realer Garantien“ bedürfe, die „nur von Elsaß-Lothringen selbst geschaffen“ werden könnten. Um so kennzeichnender für die innere Ziel- und Haltlosigkeit seines politischen Systems ist es daher, daß er bereits drei Monate später bereit war, dem Lande die erstrebte Verfassung zu gewähren, — ein Schritt, dessen sofort zutage tretende verhängnisvolle Wirkung schon im nächsten Jahre zu der bekannten kaiserlichen „Scherben“-Rede führte.

Ein ganz ähnliches Schauspiel bietet die Politik, die das Bethmann'sche System in der Ostmark verfolgt hat. Auch hier wußte der Kanzler bei seinem Amtsantritt Worte voller Kraft und Zielbewußtsein zu finden, sprach er das „nunquam retrorsum“ und versicherte, daß er „an der bewährten Politik seines Vorgängers festhalten“ werde, der sich mit der Durchbringung des Enteignungsgesetzes endlich und fast in zwölfter Stunde zu einer entschiedenen Abwehr gegen das Polentum aufgerafft hatte. Leider ist aber auch hier den Worten niemals die Tat, wohl aber binnen kürzester Frist ein gänzlicher Umfall gefolgt. Das Enteignungsgesetz, unsere schärfste Abwehrwaffe, das seinerzeit erst nach schweren Kämpfen zur Annahme gelangt war, blieb ein wesenloses, lediglich geschichtlich bemerkenswertes Aktenstück und wurde nur in zwei gänzlich untergeordneten Fällen zur Anwendung gebracht, während seine natürliche Ergänzung, das Parzellierungsgesetz, noch heute im Schreibtisch irgendeines Ministerialrates schlummert. Auch hier hat es nicht an Mahnungen und Warnungen gefehlt, kann sich das Bethmann'sche System nicht darauf berufen, in Unkenntnis der wahren Verhältnisse belassen zu sein. Mehr als einmal hat der Ostmarkenverein, unterstützt von anderen nationalen Kreisen, seine warnende Stimme erhoben und auf das rapide Steigen der polnischen Flut verwiesen; aber die unbequemen Mahner wurden nicht gehört, sondern unsanft zur Ruhe verwiesen. Die Polenpolitik hatte eben wieder einmal — zum wievielten Male? — einen grundlegenden Wechsel erfahren, wofür die Abschiebung des einsichtsvollen und um die Ostmark hochverdienten Oberpräsidenten von Waldow den schlagendsten Beweis erbrachte. Daß schließlich auch hier die Folgen nicht ausgeblieben sind, bedarf kaum der besonderen Betonung. Die Haltung, welche das politische Polentum während des Weltkrieges eingenommen hat, bietet dafür so einwandsfrei Belege, daß es sich erübrigt, den angesichts der Zeitumstände nur mit Zurückhaltung zu behandelnden Gegenstand des näheren zu erörtern.

Zeigen nun schon die bisherigen kurzen Betrachtungen, daß das politische System Herrn von Bethmann Hollwegs auch den inner-

politischen Aufgaben gegenüber vollständig versagte, und daß es weder imstande war, das Volk mit sich empor zu reißen, noch es kraftvoll auf einer mittleren Linie gesunder Weiterentwicklung zu halten, so wird sein Wirken geradezu verhängnisvoll, sobald wir das durch die Weltlage wichtigste Gebiet, dasjenige der Rüstungspolitik, betrachten.

Bisher hatte es bei uns stillschweigend als Selbstverständlichkeit oder als eine Art ungeschriebenen Gesetzes gegolten, die Entwicklung des Heerwesens mit besonderer Sorgfalt zu pflegen und ihm jederzeit einen gewissen Vorsprung wenigstens vor den Rüstungen Frankreichs zu sichern. Das erschien nicht nur mit Rücksicht auf die ständige Angriffslust der französischen Republik geboten, sondern ein solcher Kräfteüberschuß berücksichtigte bis zu einem gewissen Grade auch die zahlenmäßige Überlegenheit des russisch-französischen Bündnisses, die unsererseits — soweit es überhaupt möglich war — nur auf dem angedeuteten Wege, sowie durch äußerste Steigerung der Schlagkraft des Heeres ausgeglichen werden konnte.

In diesem fast zwei Jahrzehnte aufrecht erhaltenem und vom deutschen Standpunkt aus halbwegs gesundem Kräfteverhältnis trat nun plötzlich seitens Frankreichs eine starke Verschiebung ein. Ungefähr gleichzeitig mit der Vollendung des englischen Einkreisungswerkes ging die französische Republik dazu über, sich militärisch so stark in die Sielen zu legen, daß sie dem deutschen Vorsprung mehr und mehr aufkam, ja ihn unmittelbar zu überholen begann.

Nur mit ernstester Besorgnis konnten die an sich bewundernswerten Anstrengungen der Republik im nationalen Deutschland vermerkt werden, und mit gesteigerter Eindringlichkeit wurden denn auch seitens der Militärs, wie der weitsichtigeren Politiker entsprechende Gegenmaßnahmen gefordert. Aber das politische System der Wilhelmstraße führte das Wörtchen „Krieg" nicht in seinem Wörterbuch, und wiederum wurde deshalb tauben Ohren gepredigt. Zwar sah der Etat des Jahres 1911 einige Heereskredite vor, doch die Forderungen hielten sich in derart bescheidenen Grenzen, daß von einem Schritthalten mit den Anstrengungen Frankreichs nicht im entferntesten gesprochen werden konnte. Erst das folgende Jahr — 1912 — brachte eine eigentliche Heeresvorlage, und man hätte nun um so eher meinen können, daß wenigstens dieser zweite Entwurf den Anforderungen unserer nationalen Sicherheit Genüge geleistet hätte, da Herr von Bethmann im Reichstage die ausdrückliche Feststellung traf, daß die Vorlage als das „Ergebnis eingehender Prüfungen und Arbeiten der zuständigen Ressorts" zu betrachten sei. Aber auch diesmal war wiederum nur Viertel-A...

geleistet worden, denn schon das nächste Jahr — 1913 — brachte eine dritte Vorlage, die nun endlich den größten Teil derjenigen Forderungen enthielt, die schon seit Jahren als dringend notwendig von allen sachverständigen Beurteilern der internationalen militärisch-politischen Verhältnisse aufgestellt waren.

Es würde nun aber eine vollständige Verkennung der Sachlage bedeuten, wenn man etwa annehmen wollte, diese letzte Wehrvorlage sei von Herrn von Bethmann Hollweg mit Rücksicht auf die gegebenen Notwendigkeiten einer fast schon verzweifelten Lage geschaffen. Davon kann leider nicht die Rede sein. Allerdings war der vormalige Kanzler geflissentlich bestrebt, gerade diese Vorlage auf sein Haben-Konto zu verbuchen, da sie geeignet schien, seinen politischen Weitblick in eine etwas hellere Beleuchtung zu rücken; aber dem tatsächlichen Sachverhalt entspricht eine solche Darstellung nicht. Wahr ist vielmehr — allen „Preßpiraten"-Reden zum Trotz —, daß Herr von Bethmann Hollweg nicht nur nicht der Vater dieser Wehrvorlage ist, die uns im Weltkrieg vor dem Abgrund gerettet hat, sondern daß sie sogar gegen seinen erbitterten Widerstand erkämpft werden mußte.

Wenige Daten werden das über jeden Zweifel hinaus belegen.

Noch am 17. Dezember 1912 hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" festgestellt, daß in dem militärischen Nachtragsetat" andere Forderungen als solche für Luftschiffe und Flugzeuge nicht enthalten sein würden; dann kam der übliche Neujahrsempfang der Kommandierenden Generale, und am 8. Januar war die „Post" in der Lage, den Entwurf der späteren Wehrvorlage in allen wesentlichen Einzelheiten zu veröffentlichen.

Woher die „Post" ihre Kenntnis besaß, und wer die Heinzelmännchen waren, die in diesem kurzen Zeitraum eine so umfangreiche Vorlage auszuarbeiten vermochten, mag vorerst aus naheliegenden Gründen unerörtert bleiben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Wilhelmstraße an diesem Werke mehr als unschuldig war, und so brachte denn auch zwei Tage später die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ein geharnischtes Dementi, in dem es bezeichnenderweise hieß:

> „daß gegenwärtig eine Vorlage überhaupt nicht vorhanden ist. Es handelt sich einstweilen nur um Vorarbeiten dazu, mit denen die Militärressorts beschäftigt sind. Daß aber die Vorlage, die als Nachtragsetat gedacht ist, unmöglich einen Umfang annehmen kann, von dem in der „Post" die Rede gewesen ist, leuchtet ohne weiteres ein, wenn man sich die Deckungsfrage überlegt."

Vier Wochen später war dann allerdings der erbittert geführte Kampf zuungunsten Herrn von Bethmann Hollwegs und des hinter ihm stehenden, bei allen Rüstungsausgaben ewig bremsenden Reichsschatzamtes entschieden, so daß der Kanzler auf dem Festmahl des Landwirtschaftsrates Veranlassung nehmen konnte, „seine" große Wehrvorlage zur Ankündigung zu bringen, von deren Notwendigkeit, wie er am 9. April im Reichstag betonte, er sich bereits im November des Vorjahres überzeugt haben wollte ....!

Angesichts solcher Tatsachen, die durch nichts zu erschüttern sind, ist es einigermaßen unverständlich, auf Grund welcher Unterlagen Herr von Bethmann Hollweg ihre einfache aktenmäßige Feststellung als „erstunken und erlogen" bezeichnet, wie es in seiner Reichstagsrede vom 5. Juni 1916 geschehen ist. Erinnert man sich, daß er fast in jeder zweiten seiner Reden die absolute „Ehrlichkeit" seines Wollens und Handelns zu betonen liebte, und vergleicht man damit dieses offenkundige Mißverhältnis zwischen Tatsache und Darstellung, so sieht man sich hier vor ein psychologisches Rätsel gestellt, dessen Auflösung getrost dem Urteil der Geschichte anheimgegeben werden kann.

Daß bei einem so mangelnden Verständnis für die Notwendigkeiten unserer Rüstungspolitik, wie es uns unter dem System Herrn von Bethmann Hollwegs entgegentritt, die Marine noch weniger Seide spann als das Heer, darf nach dem soeben und früher Gesagten eigentlich ohne weiteres als selbstverständlich gelten. Nur der Vollständigkeit halber sei deshalb darauf verwiesen, daß das schöne Wort vom „Wahnsinn unseres Flottenbaues" dem Munde Herrn von Bethmann Hollwegs entstammt, und daß gleichzeitig mit dem Meister fast das ganze diplomatische Gefolge von der Überzeugung durchdrungen war, ohne das Vorhandensein einer deutschen Flotte werde der Himmel der deutsch-englischen Freundschaft in wolkenloser Bläue erstrahlen. Wenn deshalb Herr von Bethmann Hollweg sich im Jahre 1912 bereit erklärte, „wichtigste Teile des deutschen Flottengesetzes" auf dem Altar der deutsch-englischen Verständigung zu opfern, so entsprach dieser Entschluß lediglich einer tiefgewurzelten Überzeugung, die durch den scharfen persönlichen Gegensatz zum Großadmiral von Tirpitz eine weitere Verstärkung erfuhr. Wäre es allein nach ihm gegangen, so hätte damals zweifellos Lord Haldane mit dem durchlöcherten Bauplan des deutschen Flottengesetzes gleichzeitig auch den Kopf des Großadmirals erhalten, der ja bekanntlich im Zusammenhang dieser Vorgänge bereits sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte; so aber hielt der Kaiser den verdienten Paladin im Amte, und der britische Emissär mußte sich mit dem Gewinn

von drei Schlachtschiffen begnügen, die aus der Flottenvorlage jenes Jahres gestrichen und dem edlen Lord als Morgengabe der deutsch-britischen Freundschaft mit auf den Heimweg gegeben wurden.

Weiteres Unheil in der angedeuteten Richtung zu stiften, war das System dann nicht mehr in der Lage. Die politischen Ereignisse kamen allzu schnell in Fluß, und der Weltkrieg warf seine Schatten bereits zu drohend voraus, als daß die verantwortlichen militärischen Stellen nicht jeden Versuch einer Rückwärtserei von vornherein im Keime erstickt haben würden. Immerhin blieb bis in die allerletzten Tage vor Ausbruch des Krieges in sämtlichen militärischen Fragen der Grundsatz äußerster Sparsamkeit das A und das O der maßgebenden zivilen Stellen, und noch am 31. Juli 1914, also dem Tage vor der Mobilmachung wurde das Kriegsministerium durch ein Schreiben des Reichsschatzamtes zu größerer Zurückhaltung in den Munitionsbestellungen (!) ermahnt, sollte also gerade an demjenigen Heeresbedarf gespart werden, der sich wenige Wochen später infolge der unvorhergesehenen Verbrauchsmengen als ohnehin zu knapp bemessen erwies!

Schlagender, als mit dieser geschichtlichen Urkunde kann das mangelnde Verständnis des damaligen Systems für die sich aus der Weltlage herleitenden Aufgaben der Rüstungspolitik wohl nicht erwiesen werden.

Vor der Mobilmachung.

Was von weitschauenden nationalen Politikern seit Jahren vorausgesehen und vorhergesagt worden war, was das Volk selber in mehr oder minder instinktmäßiger Ahnung als ein Unabweisbares hatte kommen sehen, und was lediglich von der Regierung und der ihr ergebenen Presse als unverantwortliche Kriegstreiberei gebrandmarkt, günstigsten Falles als unbegründete Gespensterseherei verspottet wurde, ist am 1. August 1914 blutige Wirklichkeit geworden. Mit furchtbarer Gewalt entlud sich das Wetter, das — bald von Marokko, bald vom Balkan her — fast zehn Jahre hindurch den Himmel Europas verhangen hatte, und wenige Monate später stand bereits der halbe Erdball in Flammen.

Es kann im Zusammenhange dieser Schrift dahingestellt bleiben, ob die Schüsse von Serajewo um ein oder zwei Jahre zu früh gefallen sind, oder ob die englische Diplomatie eine Niederringung Deutschlands wirklich ohne bewaffnete Auseinandersetzung für möglich gehalten hat und deshalb durch die Entwicklung der Ereignisse vom 28. Juni selber bis zu einem gewissen Grade überrascht

worden ist. Tatsache ist jedenfalls, daß die englische Regierung während aller diplomatischen Krisen der letzten Jahre und ungeachtet der mit Deutschland geführten Verständigungsverhandlungen in Rekordarbeit die Fäden weiter gesponnen hat, die schon vor der Zeit Eduards VII. geknüpft worden waren, und Tatsache ist ferner, daß man in London auch nicht um eines Augenblickes Länge gezögert hat, die äußersten Folgerungen der bisher beobachteten Politik zu ziehen, sobald die Ereignisse sich anschickten, ihre kriegerische Wendung zu nehmen.

Für die Beurteilung der Haltung des Kanzlers und der Reichsregierung in dieser schwersten aller Krisen ist es nun von äußerster Wichtigkeit, sich den Gang der entscheidenden Ereignisse noch einmal in aller Kürze vor Augen zu führen.

Seit dem Juli 1911 hatte die europäische Lage ihr ohnehin nur mehr labiles Gleichgewicht völlig verloren und war nicht mehr zur Ruhe gekommen. Zwar behielten das Abenteuer von Agadir und der italienische Vorstoß nach Tripolis zunächst und an sich einen episodenhaften Charakter, wurden aber sehr bald für die spätere Entwicklung insofern bedeutsam, als sie den unmittelbaren Anstoß zur Aufrollung der Orientfrage gaben. Damals, als die Welt durch die Kunde von der Existenz eines unter russisch-englischem Patronat gebildeten Balkanbundes überrascht wurde, und dieser sich zum Losschlagen gegen die Türkei entschloß, — damals mußte es auch dem politisch Blindgeborenen offenbar werden, daß die Weltenuhr nunmehr zum Schlage der letzten, entscheidenden Stunde ausholen wollte. Denn mochte immerhin als das äußere Ziel des ersten Balkankrieges auch nur die Verdrängung der Osmanen-Herrschaft vom Boden Europas erscheinen, so lag es doch für jeden tiefer Blickenden zutage, daß damit gleichzeitig die beiden mitteleuropäischen Kaisermächte nicht minder empfindlich getroffen werden sollten. Ihre Abdrängung von der befreundeten Türkei, die Verriegelung der österreichisch-deutschen Expansionswege nach dem Orient, die Bindung starker österreichischer Kräfte an der Südgrenze der Monarchie und folgerichtig die Herabminderung der Stoßkraft der beiden Verbündeten Heere: das ungefähr waren die Ziele, die sich für Rußland-England aus der Bildung des Balkanbundes ergaben.

Die deutsche Regierung dürfte nun spätestens im Frühjahr 1914 durch ihre Gewährsleute in Petersburg von dem Ernst einer Lage unterrichtet worden sein, deren unausbleibliche Weiterentwicklung die russischen Spatzen von den Dächern pfiffen. Zwar war es für die diplomatischen Missionen unter dem System Herrn von Bethmann Hollwegs verpönt, unangenehme Dinge nach Hause zu melden; dessenungeachtet darf man aber wohl annehmen, daß in diesem be-

sonderen Falle Graf Pourtalès den herrschenden Brauch durchbrochen, oder daß zum mindesten der damalige Militärattaché in seinen Immediatberichten über die wahre Natur der militärischen Vorgänge in Rußland keinerlei Zweifel belassen haben wird. Zudem veröffentlichte gerade damals die „Kölnische Zeitung" einen aus Petersburg gegebenen, durch Sperrdruck als besonders gewichtig gekennzeichneten Alarmaufsatz, der vollinhaltlich eine Bestätigung aller jener zahlreichen privaten Meldungen enthielt, die jeder Reisende aus Rußland mitzubringen wußte: daß die Mobilmachung bereits im vollen Gange sei, und daß der Ausbruch des Krieges spätestens für den Herbst mit Sicherheit erwartet werden dürfe.

Trotz dieser bereits im April und Mai bis zum Zerreißen gespannten Lage hielt Herr von Bethmann Hollweg an seiner hoffnungsvollen Beurteilung der politischen Gesamtsituation fest. Mochte auch alle Welt von dem Bewußtsein durchdrungen sein, daß eine Schicksalswende für Europa bevorstand, — die „Realpolitiker" seines Systems waren von der gegenteiligen Überzeugung durchdrungen. Und so konnte noch am 28. Juni, dem Tage der Ermordung des österreichischen Thronfolgerpaares die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" eine kurz zuvor in Basel gehaltene Rede des Admirals Breusing bekritteln, in welcher dieser zu der Möglichkeit und zu den Aussichten eines europäischen, vor allem eines englisch-deutschen Krieges Stellung genommen hatte.

Vielleicht bietet nun gerade diese Kritik des halbamtlichen Blattes einen Fingerzeig dafür, wo man die Ursachen des erstaunlichen Vertrauens zu suchen hat, das Herr von Bethmann Hollweg in die Unbedenklichkeit der politischen Lage bekunden zu dürfen glaubte.

Wie erinnerlich, war während der beiden Balkankriege die deutsche Diplomatie mit der britischen Staatskunst durch Dick und Dünn marschiert, um durch Einwirkung auf Österreich-Ungarn ein Weitergreifen des Balkanbrandes und damit die vom Dreiverband für jenen Zeitpunkt noch nicht gewünschte allgemeine europäische Auseinandersetzung zu vermeiden. Zum ersten Male seit dem schlimmen Sommer von Agadir hatten also die britische und die deutsche Diplomatie wieder einträchtig zusammen gewirkt und in einer fraglos ernsten Lage einen unbestrittenen Erfolg — freilich ad majorem gloriam Britanniae — errungen. Was Wunder, daß seit jener Zeit der Himmel in Berlin wieder voller englischer Dudelsäcke hing, und daß jede Anspielung auf einen etwaigen deutsch-englischen Zusammenstoß als Sünde wider den heiligen Geist der Verständigung empfunden werden mußte. Überdies war soeben das deutsch-britische Asien-Abkommen paraphiert worden, der Abschluß ähnlicher Ab-

machungen über Afrika stand unmittelbar vor der Tür, — in der Tat, nur ein phantasiebegabter „Alldeutscher", zu denen Breusing ja wohl gehörte, vermochte bei solcher Sachlage die Möglichkeit eines deutsch-englischen Krieges ins Auge zu fassen und mit seiner unzeitgemäßen Brandrede die feinen Zirkel realpolitischer Staatskunst zu stören.

Aber Herr von Bethmann Hollweg ging in seiner optimistischen Beurteilung der politischen Gesamtlage noch um einen ganz erheblichen Schritt weiter. Gestützt auf die deutsch-britische Friedensarbeit während der beiden Balkankriege, glaubte er sich zu der Annahme berechtigt, daß es ihm mit englischer Unterstützung auch fernerhin gelingen werde, eine etwa auftauchende ernstere kontinentale Krisis jederzeit und von vornherein im Keime zu ersticken. Daß diese Rechnung schlüssig war, sofern sie sich auf die für England während der letzten Balkankriege gegebenen Voraussetzungen gründete, braucht nicht einmal bestritten zu werden; jeder britische Dämpfer mußte naturgemäß in Paris und Petersburg die gleiche friedensfördernde Wirkung üben, die ein sänftigender Einfluß Berlins am Wiener Ballplatz zeitigen würde. Die Frage war nur, ob die britische Diplomatie unter allen Umständen und in jedem Falle bereit war, sich an einer neuen Friedensaktion zu beteiligen, und gerade hier zeigt das Register Herrn von Bethmann Hollwegs ein ebenso breites, wie bedenkliches Loch. Denn daß England es etwa ablehnen könnte, seinen Verbündeten in den Arm zu fallen, oder daß es gar selber durch seine Bereitwilligkeit zur Teilnahme am Kriege einen drohenden Weltbrand schüren werde, war für ihn ein schlechterdings unfaßlicher Gedanke. Nicht nur, daß ihm in dieser Hinsicht die Verständigungsverhandlungen eine unerschütterliche Gewähr boten, — auch sein ganzes Weltbild wäre ins Wanken geraten, wenn er — sei es auch nur theoretisch — die Möglichkeit einer englischen Angriffsabsicht anerkannt hätte.

Gestützt auf dieses felsenfeste Vertrauen in die absolute Friedensliebe der britischen Politik läßt sich denn auch die Reichsregierung durch die Bluttat von Serajewo nicht im mindesten aus ihrer beschaulichen Ruhe bringen. Ganz Deutschland fühlte und wußte es, daß nunmehr die Schicksalsstunde geschlagen habe, — nur die leitenden zivilen Stellen hielten unentwegt an ihrer Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des „Zwischenfalles", zum wenigsten aber an der Überzeugung fest, daß es gelingen werde, eine etwaige bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Österreich und Serbien örtlich zu begrenzen. —

Über die amtliche Tätigkeit des Kanzler in den letzten Tagen

vor Ausbruch des Krieges, soweit sie durch die Veröffentlichung des umfangreichen Depeschen- und Notenmaterials bekannt geworden ist, braucht hier im einzelnen nichts gesagt zu werden. Es ergibt sich daraus als Gesamteindruck die Tatsache, daß sein Streben bis zur letzten Stunde — unbekümmert um die militärischen Folgen — darauf gerichtet war, den Eintritt der längst unvermeidlich gewordenen Katastrophe um jeden Preis zu verhindern. Umsonst drängten Generalstabschef, Kriegsminister und die maßgebenden Marinestellen auf den Befehl zur Mobilmachung; es gelang ihnen zwar, den Kaiser am Donnerstag (30. Juli) von der unabweisbaren Notwendigkeit dieser Maßnahme zu überzeugen, so daß am Nachmittage Berliner Polizeiorgane und der „Lokalanzeiger" die Mobilmachung bereits bekannt gaben, aber das Eingreifen Herrn von Bethmann Hollwegs brachte es zuwege, die Ausführung des entscheidenden Befehls nochmals in letzter Stunde zu vereiteln. Nach wie vor und unerschütterlich hielt er an seiner Hoffnung fest, daß es ihm mit englischer Unterstützung gelingen müsse, eine Einigung zwischen Wien und Petersburg zu erzielen, und wiederum gingen zwei kostbare Tage verloren, die uns nicht nur einen Teil des Elsaß, sondern auch Ströme von Blut gekostet haben. Und in gleicher Weise wäre zweifellos auch der 1. August ungenützt vorüber gegangen, wenn an ihm nicht schließlich die leitenden militärischen Stellen im Schlosse erklärt hätten, bei längerer Hinauszögerung des Mobilmachungsbefehls nicht mehr imstande zu sein, die auf ihnen ruhende schwere Verantwortung zu tragen. Dabei hatten erwiesenermaßen die Franzosen bereits am Frühnachmittage die Mobilmachung ausgesprochen und ebenso wie die Russen die deutsche Grenze an mehreren Stellen überschritten! Selbst nach erfolgter Mobilmachung hat Herr von Bethmann Hollweg dann noch einen letzten Versuch unternommen, die Zurücknahme des Befehls zu erwirken; aber es war nunmehr zu spät: die im kleinen Finger politisch einsichtsvolleren Militärs waren mit ihrem Hinweis auf die ungeheuren Gefahren jeder weiteren Verzögerung durchgedrungen.

Was uns jene Tage des vom Kanzler verschuldeten Zauderns politisch und vor allem militärisch gekostet haben, ist ziffernmäßig nicht zu erfassen. Der bedeutsame Vorteil, den wir auf Grund unserer schnelleren Mobilmachung vor den Gegnern, in erster Reihe vor Rußland, voraus hatten, ging dank der Unentschlossenheit Herrn von Bethmann Hollwegs verloren, und welche sonstigen militärischen Folgewirkungen seine Haltung gezeitigt hat, wird einst zwischen den Zeilen des späteren Generalstabswerkes zu lesen sein.

Im Rahmen dieser Schrift kann es mit der Feststellung sein

Bewenden haben, daß wohl kaum jemals in entscheidender Stunde den verantwortlichen Militärs ihre Aufgabe so unmittelbar und bis aufs äußerste erschwert worden ist, als bei Beginn unseres Daseinskampfes durch den damaligen leitenden Staatsmann. Will man durchaus nach einer Parallele suchen, so muß man in der Geschichte schon um hundert Jahre zurückgehen und sich des Namens Haugwitz erinnern, mit dem sich das Andenken an Preußens tiefste Erniedrigung verbindet.

Die Mängel der diplomatischen Vorbereitung des Krieges.

Es ist eine durch keinen Gegenbeweis zu erschütternde Wahrheit: noch ehe an der Ost- und Westgrenze der erste Schuß gefallen war, gab es bereits einen vollkommen Geschlagenen, — die deutsche Diplomatie. So bedauerlich diese Feststellung ist, und so unerquicklich es sein mag, zum Ankläger der eigenen Regierung zu werden, so wenig kommt man an den gegebenen Tatsachen vorbei. Blindlings war, wie wir gesehen haben, die deutsche Regierung in den ihr aufgezwungenen Krieg hineingetaumelt, und blind stand sie seinen ersten politischen Anforderungen gegenüber.

Der gänzliche Mangel jedweder diplomatischen Vorbereitung auf die kommenden Ereignisse trat schon am 1. August zutage. Und zwar offenbarte er sich in der unglaublich klingenden Tatsache, daß man im Auswärtigen Amte zunächst nicht einmal wußte, ob man einen Einfronten- oder Zweifrontenkrieg zu führen haben werde. (Der Dreifrontenkrieg, wie ihn das Eingreifen Englands bedeuten mußte, wurde dabei vorerst als lächerliche Utopie überhaupt außer Berechnung gelassen.) Obzwar die französische Mobilmachung bereits am Frühnachmittag ausgesprochen war, klammerte man sich immer noch ängstlich an die Hoffnung, daß diese Maßnahme nicht unbedingt den eigentlichen Krieg zu bedeuten brauche, ebenso wie aus den diplomatischen Akten bekannt geworden ist, daß Fürst Lichnowsky noch am 1. August versucht hat, den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu retten. Unbedenklich übernahm er die absurde Idee Sir Edward Greys, „daß wir und Frankreich uns im Falle eines russischen Krieges bewaffnet gegenüber bleiben sollten", obwohl schon Bismarck 1888 der Ansicht war, daß zwar einem deutsch-französischen Kriege kein deutsch-russischer Feldzug zu folgen brauche, daß aber „umgekehrt der Krieg mit

Frankreich ganz sicher sei, sobald wir in eine Auseinandersetzung mit Rußland verwickelt werden würden; denn keine französische Regierung würde stark genug sein, ihn zu hindern, auch wenn sie den guten Willen dazu hätte". Immerhin, die deutsche Regierung hielt, trotz Bismarcks Warnung, an ihrer Hoffnung fest, daß Frankreich in der Neutralität verbleiben werde, und so wurde noch am Spätnachmittage des 1. August, d. h. gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der deutschen Mobilmachung, an die Presse die bestimmte Weisung gegeben, „nur ja kein Wort gegen Frankreich" zu schreiben. Und dabei waren aus dem Elsaß die Meldungen bereits unterwegs, daß die deutsche Grenze an mehreren Stellen von französischen Truppen überschritten, der Kriegszustand damit also effektiv geworden sei!

Was aber in dieser Hinsicht Frankreich recht war, mußte England gegenüber natürlich doppelt und dreifach billig sein. Auch hier wurde deshalb der Presse die strengste Zurückhaltung zur Pflicht gemacht, und jeder Versuch, an dem Neutralitätswillen Englands zu zweifeln, begegnete in der Wilhelmstraße einem überlegenen, abweisenden Lächeln. Erst der 4. August hat diesem frommen Wahn ein Ende gemacht, und dem holden Verständigungstraume folgte nun allerdings ein furchtbares Erwachen. Wir wissen, daß Herr von Bethmann Hollweg geradezu zusammengebrochen ist, als ihm Lord Edward Goschen namens der englischen Regierung am Spätnachmittage, unmittelbar nach der Rückkehr des Kanzlers aus dem Reichstage, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bekannt gab, und wir wissen fernerhin, daß er in höchster Erregung, die sogar die Anwesenheit des zum Feinde gewordenen Gastes vergaß, den Schritt der englischen Regierung als den „Zusammenbruch seines Lebenswerkes" benannt hat. Der Auftritt ist geschichtlich und unbestreitbar; denn er wurde seinerzeit — ohne Widerspruch des Kanzlers — von Lord Edward Goschen selber berichtet. Zweifellos, die Szene hätte zur Tragödie werden können, wenn eben die Hauptperson — ein Held gewesen wäre. Im übrigen war es nicht nur der Kanzler allein, den die Kriegserklärung Englands aus allen Himmeln frommen Wahnes riß; auch der damalige Unterstaatssekretär fürs Auswärtige, Herr Zimmermann, stürzte atemlos zum englischen Botschafter und überfiel ihn mit der ebenso kennzeichnenden, wie der Gelegenheit angepaßten Frage, ob der Abbruch der diplomatischen Beziehungen denn nun auch wirklich den Krieg bedeuten müsse ....

War die deutsche Regierung somit in einem völligen Irrtum über die Haltung unserer beiden hauptsächlichen Gegner befangen, so

trat der Mangel diplomatischer Vorbereitung besonders sinnfällig hinsichtlich der Haltung der Neutralen zutage. Es ist bekannt, wie meisterhaft nach dieser Richtung Bismarck den Krieg von 1870 vorbereitet hat; und selbst wenn ein Volk nicht in jedem Kriege von einem Bismarck geführt werden kann, so darf es doch mit Recht verlangen, daß sein leitender Staatsmann sich vor Kriegsausbruch wenigstens darüber auf das sorgfältigste zu vergewissern sucht, wen er im Kampfe als Freund, wen er als Feind zu betrachten hat. Welche Antwort aber wußte das damalige System auf diese sehr naheliegende und brennende Frage zu geben? Wie stand es mit Italien, mit Japan, der Türkei, den einzelnen Balkanstaaten oder den nordischen Reichen? Wie auch mit dem von vornherein nicht unwichtigen Amerika? Hatten die beiden Mittelmächte von irgendeiner Seite bewaffnete Unterstützung oder Gegnerschaft zu erwarten, und wer würde sich wohlwollend, wer in unfreundlichem Sinne neutral verhalten? Man sieht: mehr als ein Dutzend wichtigster Fragen wurden auf einen Schlag mit Ausbruch des Krieges brennend, und auf keine, nicht auf eine einzige von ihnen vermochte der Kanzler eine halbwegs sichere Antwort zu geben.

Die erste Überraschung und Enttäuschung erlebte er in dieser Hinsicht an unserem früheren Bundesgenossen Italien, das kühl aber bestimmt die Zumutung von sich wies, aus seinem Bündnisvertrage die gegebenen Folgerungen zu ziehen. Zwar hat die deutsche Regierung versucht, nach dem Eintritt Italiens in den Weltkrieg den Glauben zu erwecken, als ob sie sich über die Haltung dieses Verbündeten niemals im Zweifel befunden habe; aber auch hier steht die offiziöse Darstellung im krassesten Widerspruch zu allen bekannten Tatsachen. Denn gesetzt den Fall, die Reichsregierung hätte wirklich schon seit längerer Zeit mit dem Ausscheiden Italiens aus dem Dreibunde oder gar mit seiner möglichen feindseligen Haltung gerechnet, — wie war es dann möglich, daß noch im Herbst 1913 der Herzog der Abruzzen und der italienische Admiralstabschef Bettolo an den sonst ängstlich vor fremden Augen gehüteten deutschen Flottenmanövern teilnehmen durften? Und wie erklärt es sich weiterhin, daß das Jahr 1913 in den Beziehungen Deutschlands und Österreichs zu Italien einen Überschwang sah, wie ihn das Verhältnis der Verbündeten selbst in der Blütezeit des Dreibundes niemals kennen gelernt hatte? Zudem zeugt aber auch in dieser Frage Herr Geheimrat Riezler gegen die halbamtlich vertretene Lesart. Er erklärt nämlich in dem mehrfach erwähnten Buche über die „Grundzüge der Weltpolitik" mit dem ganzen Nachdruck seiner kanzler-offiziösen Stellung, daß das bestehende Bündnissystem zweifellos dazu neige, den

„Charakter einer dauernden Institution“ anzunehmen, und daß „sensationelle und plötzliche Änderungen, weil „nicht im Charakter der Zeit“ gelegen, „keinesfalls zu erwarten“ seien. Diese von Riezler vertretene Auffassung hat das damalige System in allen seinen Gliedern bis zum Ausbruche des Krieges gehegt; und als wider Erwartenn in der Haltung Italiens dann doch eine „sensationelle Änderung“ erfolgte, wurde gute Miene zum bösen Spiel, daneben aber auch der Versuch gemacht, selbst aus dieser Giftblüte Honig zu saugen. Man erklärte Italiens Verbleiben in der Neutralität für einen höchst willkommenen Entschluß, da wir uns auf solche Weise vor der Möglichkeit sähen, unsere überseeische Einfuhr und Nachrichtenverbindung sicher zu stellen, ganz abgesehen davon, daß Italien ja auch im Zustande der Neutralität jederzeit eine Anzahl französischer Armeekorps von unserer Westgrenze abziehen werde. Leider haben sich diese Erwartungen ebensosehr als blauer Dunst erwiesen, wie so manche andere Hoffnung des stets zum Optimismus aufgelegten Systems; denn weder haben wir zu Beginn des Krieges seitens Italiens eine nennenswerte wirtschaftliche Erleichterung erfahren, noch hat es uns auch nur im geringsten von französischen Truppenkörpern entlastet. Im Gegenteil; schon zu Anfang August 1914 wurde von deutschen Besuchern Oberitaliens und der westlichen Alpen die bedenkliche Tatsache einwandfrei festgestellt, daß Italien seine Westgrenze militärisch vollkommen entblößte, um die frei gewordenen Truppenkörper gegen Österreich-Ungarn in Marsch zu setzen. Die Nachricht wurde damals persönlich und ohne Verzug der deutschen Botschaft in Rom überbracht, und wiederum begegnet uns die durch den Fürsten Lichnowsky öffentlich bezeugte Tatsache, daß der Vertreter des Botschafters zur Weitergabe der bedeutsamen Meldung förmlich gezwungen werden mußte, da „dergleichen Nachrichten in Berlin weder erwartet, noch als erwünscht betrachtet würden“!

Ein Kapitel für sich bilden sodann die Verhandlungen, die über die italienische Neutralität auf der Grundlage einer Abtretung österreichischer Gebietsteile geführt wurden. Sie gingen zunächst von der Voraussetzung aus, daß es doch noch gelingen könne, Italiens bewaffnetes Eingreifen zu unseren Gunsten zu bewirken, sofern man sich dazu verstehen würde, ihm von vornherein und vorbehaltlich der späteren Siegesbeute ein gewisses Entgegenkommen in Wälschtirol und im österreichischen Küstengebiet zu bezeigen. Der Entstehungsort dieses Planes ist nach allem, was darüber bekannt geworden ist, in Berlin zu suchen, während man sich in Wien gegen den Gedanken anfangs völlig ablehnend verhielt und ihm erst

näherzutreten bereit war, als die deutsche Regierung ihrerseits eine Landentschädigung an Österreich in Aussicht zu stellen versuchte. Inzwischen kamen dann allerdings die militärischen Ereignisse — die Eroberung ganz Galiziens durch die Russen — dem Berliner Plane ausschlaggebend zu Hilfe, so daß die österreichische Regierung sich schließlich bereit erklärte, auch ohne eine Gebietsentschädigung durch Deutschland in die Abtretung der italienischen Teile Tirols, Kärntens und gewisser Küstenstriche — unter Ausschluß Triests — zu willigen.

Immerhin, so nahe der Gedanke eines solchen Ausgleichs an und für sich lag, — er stellte zweifellos eine ungeheuer zweischneidige Waffe dar, sofern man sich der italienischen Volksstimmung, wie der Absichten der Consulta nicht völlig sicher wußte. Sobald die Berliner Zentrale in dieser Hinsicht falsch unterrichtet war, konnte der Plan folgerichtig nur dazu führen, die italienische Begehrlichkeit künstlich zu reizen und solchergestalt zum Ausgangspunkt eines Erpressungsmanövers allergrößten Stiles zu werden. Leider — fast könnte man sagen: natürlich — hatte man in Berlin von der italienischen „Mentalität" wiederum nicht die geringste Ahnung. Man war, trotz der eindringlichen Warnung des Fürsten Bülow, aufs tiefste von dem „fair play" der römischen Gegenspieler durchdrungen, geriet infolgedessen bei den Verhandlungen von vornherein in die Hinterhand und sah sich schließlich auf der einmal betretenen schiefen Ebene von der rücksichtslosen Expressertaktik der Salandra und Sonnino immer weiter und weiter gestoßen. In demselben Maße, in welchem die italienischen Ansprüche wuchsen, verminderte sich gleichzeitig die von uns geforderte Gegenleistung, bis man endlich nach viermonatlichem Verhandeln dahin gelangt war, fast alle Wünsche Italiens — aus österreichischer Tasche — zu befriedigen, ohne damit noch etwas anderes als seine nahezu wertlos gewordene Neutralität erkaufen zu wollen. Zum Glück ist der Schacher, der ebenso unwürdig wie skrupellos war, da er zum größten Teil auf Kosten deutschen Siedelungsbodens gegangen wäre, an der Überspannung der italienischen Forderungen und vor allem an dem vorzeitigen, schon im April 1916 vollzogenen Anschlusse Italiens an den Dreiverband gescheitert.

Ein ähnlicher, wiederum auf Kosten der Donaumonarchie geführter Handel wurde dann auch Rumänien gegenüber — freilich ebenfalls erfolglos — versucht. War schon die Haltung Italiens bei Ausbruch des Krieges mehr als ungewiß und von der deutschen Diplomatie in keiner Weise rechtzeitig geklärt, so hatte das in erhöhtem Maße von Rumänien zu gelten, das mit uns — entgegen

der landläufigen Annahme — durch keinerlei Militärkonvention, geschweige denn gar durch ein Bündnis, sondern lediglich durch einen sogenannten Souveränvertrag von Staatsoberhaupt zu Staatsoberhaupt verbunden war und das seit dem Bukarester Frieden in tiefster Verstimmung gegen Österreich-Ungarn verharrte. In demselben Maße nun, in welchem nach König Carols plötzlichem Tode die dreiverbandfreundliche Stimmung in Bukarest die Oberhand gewann, verstärkten sich die Berliner Bemühungen, Österreich und Ungarn nicht nur zu einem Entgegenkommen in der Nationalitätenfrage, sondern schließlich auch zu einer Abtretung ihrer rumänisch besiedelten Gebietsteile zu bewegen. Aber die magyarischen Minister, namentlich der eisenharte Graf Tisza, waren aus anderem Holze geschnitzt, als ihre Wiener Kollegen. Und während man in Ofenpest bezeichnenderweise gegen Opfer der österreichischen Reichshälfte durchaus nichts einzuwenden hatte, suchte man sich dem Zwange eigener Zugeständnisse nach Möglichkeit zu entziehen, bis auch in Bukarest schließlich das englische Gold und die Kriegsstimmung der Straße ihre Wirkung getan und ein russisches Ultimatum — sehr zur Unzeit für Rumänien — die kriegerische Wendung herbeigeführt hatten.

Was die Haltung und Stellungnahme Bulgariens anbetrifft, so hat hier zweifellos das deutsche Schwert, nicht aber die Berliner Wilhelmstraße die beste diplomatische Arbeit geleistet. Es heißt die gegebenen Tatsachen geradezu in ihr Gegenteil verkehren, wenn man den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte, wie es von interessierter Seite geschehen ist, als einen Erfolg der deutschen Diplomatie und als eine politische Niederlage der Dreiverbandmächte bezeichnet. Niemals würde unsere Diplomatie, auch wenn sie mit Engelszungen geredet hätte, das Bündnis mit Bulgarien bewirkt haben, wenn ihr nicht die militärischen Erfolge auf den Schlachtfeldern Rußlands zu Hilfe gekommen wären. Im Gegenteil; es gab zunächst mehr als einen Augenblick, in welchem nicht nur Griechenland, sondern auch Bulgarien gewillt schien, sich gegen die Türkei in Bewegung zu setzen. Daß schließlich in Athen, wie vor allem in Sofia doch noch ein Wandel erfolgte und daß dieser einzig und allein durch das Vertrauen in die Tüchtigkeit des deutschen Heeres bewirkt worden ist, erhellt wohl am besten aus der Tatsache, daß der Anschluß Bulgariens in dem gleichen Augenblicke zur Wirklichkeit wurde, als die verbündeten Heere zur ernstgemeinten Offensive gegen Serbien schritten. Man vertrat eben in Sofia in dieser Hinsicht vollkommen den gleichen Standpunkt, der selbst in Bukarest zeitweilig zum Ausdruck gebracht wurde: daß man nach den bisher mit der deutschen Diplomatie gemachten Erfahrungen bei ihr nicht ohne wei-

teres den festen Willen zur Niederzwingung der Gegner voraussetzen könne, und daß ohne diesen entschlossenen Willen zur Ausnutzung des Sieges ein Auftreten gegen den Dreiverband, insbesondere gegen Rußland, als ein zu gefährliches Wagnis erscheine.

Die Probe auf das Exempel gestatten zur Genüge die beiden Tatsachen, daß in Sofia die Würfel fielen, sobald der deutsche Balkanzug gesichert war, und daß mit dem gleichen Augenblicke auch in Athen, trotz englischer und französischer Landungen in Saloniki, der König zur Ausschiffung des allgewaltigen Venizelos zu schreiten wagen konnte.

Als ein besonderer, gleichsam parademäßiger Erfolg des Bethmann'schen Systems wird sodann der Eintritt des Osmanischen Reiches in den Weltkrieg gewertet. Nun, die Dinge lagen hier zunächst insofern verhältnismäßig einfach, als die weitblickenderen Köpfe der Türkei sich nicht im Zweifel darüber befanden, daß auf den Schlachtfeldern Frankreichs und Rußlands unmittelbar auch über das Wohl und Wehe des Osmanenreiches entschieden werden würde. Trotzdem, und das ist nicht zu verkennen, bedeutete es für sie einen schweren Entschluß, sich offen auf die Seite der Mittelmächte zu schlagen und dadurch das Schicksal gewaltsam in die Schranken zu fordern. Haben nun aber wirklich die diplomatischen Künste Herrn von Bethmann Hollwegs das ihre getan, die Hohe Pforte zu dem folgenschweren Schritte der Teilnahme am Weltkriege auf Seiten Deutschlands und der Donaumonarchie zu bewegen? Die Antwort darauf wird zweckmäßig durch eine Gegenfrage gegeben, die am besten den Weg erhellt, auf dem das militärische Bündnis mit der Türkei in Wahrheit zustande gekommen ist. Wie in aller Welt hätte wohl die zur See ohnmächtige, durch die Dardanellenwerke kaum gegen die englisch-französische Flotte gesicherte Türkei es wagen sollen, der russischen Schwarzen-Meer-Flotte gegenüberzutreten, der es eine Kleinigkeit sein mußte, die kurze, höchst mangelhaft befestigte Bosporusstrecke zu forcieren und sich damit den Zugang nach Konstantinopel zu sichern? In dieser rein örtlichen Frage, die allerdings politische Folgewirkungen von unabsehbarer Weite umschloß, ist allein der Angelpunkt der türkischen Entschließungen gegeben, und sie in befriedigender Weise gelöst zu haben, ist nicht etwa das Verdienst der Berliner Diplomatie, sondern in erster Reihe der türkischen Minister Enver Pascha und Talaat Bey, sowie des damaligen Botschafters Freiherrn von Wangenheim und des ihm als Marineattachée beigegebenen, mit Enver eng befreundeten Korvettenkapitäns Humann. In dem gleichen Augenblicke, in welchem die türkische Regierung sich unter der Einwirkung Wangenheims und Humanns ent-

schlossen hatte, der „Göben" und „Breslau" die Dardanellendurchfahrt zu gestatten und ihnen im Marmarameer vor den verfolgenden feindlichen Streitkräften Asyl zu gewähren, waren in Konstantinopel — unabhängig von Berliner Einwirkungen — die Würfel gefallen, und hatte man den Bosporus-Schutz gewonnen, dessen man gegen die Schwarze-Meer-Flotte dringend bedurfte. Die weitere Entwicklung der Dinge war nunmehr zur diplomatischen Kleinarbeit geworden, die sich von selbst erledigen mußte, — über deren Behandlung aber Enver Pascha, wie Djavid Bey noch mancherlei zu sagen haben dürften.

In gleicher Weise liegt es auf der Hand, daß nach erfolgtem Anschlusse der Türkei und vor der Entscheidung Bulgariens ein Einvernehmen auch zwischen diesen beiden Mächten vermittelt werden mußte. Hier ist es in erster Reihe den Bemühungen des Herzogs Johann Albrecht von Mecklenburg zu danken, daß die entgegenstehenden Schwierigkeiten in verhältnismäßig kurzer Zeit behoben werden konnten.

Was die übrigen europäischen Staaten anbetrifft, so sind sie sämtlich in einer Neutralität verblieben, die in ihrer Ausprägung mehr oder minder von der Einflußnahme Englands, zum Teil und zu Zeiten allerdings auch sehr wesentlich von unseren Waffenerfolgen in West und Ost bestimmt worden ist. Am ehesten wäre vielleicht noch bei Schweden auf ein bewaffnetes Eingreifen zu unseren Gunsten zu rechnen gewesen, und es hat nicht an schwedischen Stimmen gefehlt, die mit Wärme und Überzeugungskraft den Anschluß an Deutschland vertraten. Aber die günstige Stimmung vermochte sich auf die Dauer nicht durchzusetzen, da in der Regierung, geführt vom Minister des Äußeren Wallenberg, starke Gegenkräfte am Werke waren, und da ein Zusammengehen mit uns zudem einer diplomatischen Vorarbeit bedurft hätte, für die leider weder das System in Berlin, noch sein Stockholmer Vertreter, Herr von Lucius, rechtzeitig zu haben gewesen waren.

Während über unsere Beziehungen zu Amerika zweckmäßig im Zusammenhang mit der U-Bootfrage zu sprechen sein wird, erfordert an dieser Stelle unser Verhältnis zu Japan eine wenn auch nur kurze Betrachtung.

Es ist bekannt, daß das japanisch-englische Bündnis nach dem ostasiatischen Kriege nicht nur viel an seiner inneren Festigkeit eingebüßt hatte, sondern daß der Bündnisvertrag selber auch nicht unwesentlichen Abschwächungen unterzogen worden war. Mochten diese für uns in praktischer Hinsicht zunächst auch weniger von Belang sein, so waren sie doch als Stimmungszeichen von unverkennbarem Wert. Denn es ergab sich aus dem ganzen Sachverhalt, daß die Eifersucht

der beiden Mächte auf ihre ostasiatische Stellung noch innerhalb des Bündnisvertrages den Keim zu schweren Unstimmigkeiten gelegt hatte, wobei hinzukam, daß die Volksstimmung in England und Australien, die sich scharf gegen jedes Zusammengehen mit Japan äußerte, ihre Rückwirkung auf die gegenseitigen Beziehungen ebenfalls nicht zu verfehlen vermochte. Unter diesen Umständen nahm man es in Deutschland als ziemlich feststehend an, daß es unserer Diplomatie gelingen werde, sich zum wenigsten der japanischen Neutralität und damit des Besitzes von Kiautschou zu versichern. Die Überraschung war deshalb um so größer, als wenige Wochen nach Kriegsausbruch auch Japan sich offen auf die Seite unserer Gegner schlug. Die Frage, ob eine solche Entwicklung nötig gewesen wäre, ist damals viel erörtert worden und sie kann mit gutem Grunde verneint werden, nachdem aus zuverlässiger Quelle bekannt geworden ist, daß zum mindesten die japanische Neutralität gegen die Gewährung einer geldlichen Unterstützung zu sichern gewesen wäre.

Haben somit die vorstehenden Ausführungen an einer Reihe praktischer Beispiele dargetan, daß die deutsche Diplomatie dem Kriege in keiner Weise vorgearbeitet hatte, sondern von ihm als einem gänzlich Unerwarteten völlig überraschend betroffen worden ist, so findet diese Feststellung eine weitere gewichtige Stütze in der Wehrlosigkeit, mit welcher man amtlicherseits dem plötzlich gegen uns entfesselten Lügenfeldzuge gegenüberstand.

Seit Jahren war von Politikern, wie von Männern der Presse unablässig die Forderung erhoben worden, das Deutsche Reich vom ausländischen Nachrichtendienste unabhängig zu machen, ferner durch eine eigene große Nachrichtenstelle das Ausland mit zuverlässigen deutschen Meldungen zu versorgen und ebenso die unmittelbaren Beziehungen zur neutralen Auslandspresse besser zu pflegen, als es bisher leider in der Mehrzahl der Fälle geschehen war. Warnend hatte man auf das geradezu vorbildliche Wirken einzelner feindlicher Botschafter, vor allem auf dasjenige Barrère's in Italien verwiesen. Aber wie in mancher anderen Beziehung, so waren auch hier die wohlgemeinten Ratschläge unbeachtet geblieben. Es ist deshalb schließlich nur folgerichtig, daß uns auch hier der Krieg vor peinliche und peinlichste Erfahrungen gestellt hat. Mit verschwindend geringen Ausnahmen sahen wir uns in der ganzen Welt einem geschlossenen Ringe der Lüge und Verleumdung gegenüber, und als man bei uns endlich begann, nach dem Beispiele der Gegner das Gold in Bewegung zu setzen, war es entweder zu spät, oder diese zwar peinliche, im Auslande aber unumgängliche Form der Beeinflussung wurde durch ungeschickte Emissäre vom Schlage Herrn Erzbergers

in so plumper Weise geübt, daß sie das Gegenteil der erhofften Wirkung erzielte.

In einem Punkte vermag nun freilich die feindliche und neutrale Lügenpresse eine Entschuldigung für sich in Anspruch nehmen: es wurde ihr von amtlicher deutscher Seite herzlich leicht gemacht, ihr verleumderisches Handwerk zu üben. Die Zahl der Mißgriffe, die nach dieser Richtung hin in amtlichen oder halbamtlichen Erklärungen, Reden und Interviews begangen wurden, ist Legion, und doch genügt es völlig, den Sachverhalt an einem einzigen Beispiele zu erörtern.

Nichts, weder die bekannten Greuelmärchen, noch sonstige Verdächtigungen haben uns in den Augen der neutralen Welt so sehr geschadet und herabgesetzt, wie die politisch unverständliche, rechtlich unhaltbare Erklärung Herrn von Bethmann Hollwegs vom 4. August 1914, in welcher er den Einmarsch in Belgien als einen Vertragsbruch und damit als ein Unrecht erklärte, das nach dem Kriege seine volle Sühne durch uns zu finden haben werde. Es wird für alle Zeiten eines der größten Rätsel dieses Krieges bleiben, wie der deutsche Reichskanzler seinem Vaterlande den Bruch eines Vertrages andichten konnte, der von Belgien selber längst zerrissen war. Wenn daher etwas den Tiefstand unseres diplomatischen Nachrichtendienstes zu kennzeichnen vermag, so ist es zweifellos die Tatsache, daß erst die Brüsseler Aktenfunde der deutschen Regierung enthüllen mußten, was in Paris und London seit Jahren offenes Geheimnis war. Aber nicht einmal damit ist die Erklärung vom 4. August im vollen Maße gerichtet; sondern sie gewinnt ihre eigentliche Bedeutung erst durch die Tatsache, daß zur selben Zeit, in der Herr von Bethmann Hollweg zum Ankläger seines Vaterlandes wurde, in den Archiven des Auswärtigen Amtes ein Staatsvertrag schlummerte, der für den Kriegsfall das ausdrückliche Durchzugsrecht durch Belgien unserem freien Ermessen anheim gab! —

Herr von Bethmann Hollweg und dienstbeflissene Federn sind später allerdings mit Hochdruck bemüht gewesen, die peinlichen Eindrücke zu verwischen, die unser diplomatischer Zusammenbruch im ganzen Volke hervorgerufen hatte. Die Unzuverlässigkeit Italiens, die Scheelsucht und Unaufrichtigkeit Englands, sowie die panslavistischen Angriffsabsichten Rußlands: das alles sollten für das damalige System durchaus geläufige Begriffe gewesen sein, die man beizeiten erkannt und ihrem vollen Umfange nach in die politische Rechnung aufgenommen habe. Man braucht über diese Versuche, feststehende Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren, eigentlich kein

weiteres Wort zu verlieren; aber konnte durch sie die Stellung des vorigen Kanzlers denn überhaupt in irgendeiner Weise gebessert werden? Wenn Herr von Bethmann Hollweg die politische Gesamtlage tatsächlich mit derjenigen Klarheit und Weitsicht beurteilt hatte, die er und seine Trabanten späterhin glauben machen wollten, so konnte er sich doch wohl unmöglich im Zweifel darüber befunden haben, daß der Krieg für uns unvermeidlich war und uns spätestens 1916/17 aufgezwungen worden wäre. Ebenso selbstverständlich mußte es dann aber auch sein, daß der große Daseinskampf von ihm militärisch, wirtschaftlich und innerpolitisch so sorgfältig und umfassend vorbereitet wurde, daß bei der Tüchtigkeit des Volksganzen die äußere und innere Kriegshandlung sich mit höchster Genauigkeit und Folgerichtigkeit, ohne Hemmungen und Reibungen abzuwickeln vermochten. Sollte Herr von Bethmann Hollweg angesichts dieser unabweisbaren Schlußfolgerung ernstlich an seiner Behauptung festhalten wollen, daß es ihm vor Kriegsausbruch weder an politischer Einsicht, noch an staatsmännischer Voraussicht gemangelt habe? Die Frage aufwerfen, heißt wohl für jeden Urteilsfähigen, sie im gleichen Augenblicke verneinen; denn schon die ersten Kriegsjahre mit ihren tiefbedauerlichen Erfahrungen, mit ihren mannigfachen Reibungen und Hemmungen sind in dieser Hinsicht Gegenbeweis genug.

Die Diplomatie im Kriege.

Erst in einer Reihe von Jahren, wenn wir zu den gewaltigen Ereignissen, deren Augenzeuge wir waren, eine gewisse Distanz gewonnen haben werden, — erst dann wird es uns möglich sein, im vollen Umfange die ungeheure Leistung zu ermessen, die unser Volksheer und seine Führer in diesem Ringen sondergleichen vollbracht haben. Und dennoch: schon heute ist das, was sich unserem Vergleich und Urteil erschließt, so gewaltig und über die Maßen heroisch, daß kaum das Genie eines neuen Nibelungendichters imstande wäre, diese spätgeborene größte Leistung germanischen Heldentumes zu feiern. Weder zahlenmäßig, noch in technischer Hinsicht auf der vollen Höhe erreichbarer Möglichkeit gehalten; durch eine verzögerte Mobilmachung der besten Vorteile ihrer überlegenen Schlagkraft, wie der Durchführung des genialen Schlieffen'schen Operationsplanes beraubt; überraschend in einen politisch nicht im entferntesten vorbereiteten Feldzug geworfen und im steten Kampfe mit einem hemmenden, statt fördernden politischen System: so haben unsere siegreichen Heere

einer feindlichen Übermacht getrotzt, die nach vorsichtigem neutralen Urteil auf über 30 Millionen Streiter beziffert werden muß!

Es wäre sicherlich eine ebenso interessante, wie dankbare Aufgabe, hier näher auf die bedeutsame Frage einzugehen, inwieweit der Feldzugsbeginn und damit auch die spätere Entwicklung der militärischen Operationen durch die vorstehend angedeuteten Zusammenhänge beeinflußt, bzw. bestimmt worden sind. Aber aus naheliegenden Gründen muß vorerst auf eine solche — vorwiegend militärische — Betrachtung verzichtet werden, die zudem unvollständig bleiben würde, solange nicht das Ende des Krieges ein Urteil darüber gestattet, ob und mit welchen Abirrungen die durch das Problem des Weltkrieges vorgezeichnete strategische Linie innegehalten werden konnte. Dagegen ist es sehr wohl möglich, unbeschadet der militärischen Interessen, schon heute die Rolle zu behandeln, welche die Diplomatie in einigen bestimmten Fragen des Krieges gespielt hat, — Fragen, die nicht sowohl auf rein militärischem Gebiet, als auf militärisch-politischem Grenzland liegen.

Nur ein politischer Kindskopf oder ein militärischer Fanatiker wird die Notwendigkeit verkennen, daß während eines Feldzuges die politische und die militärische Leitung grundsätzlich in steter Fühlung zu verbleiben und in dauernder Wechselwirkung einander zu ergänzen haben, wobei es allerdings stillschweigend als Voraussetzung zu gelten hat, daß beide auf der Höhe ihrer Aufgaben stehen und über wirkliche Führereigenschaften verfügen. Daß trotzdem in dieser Frage auch eine gegenteilige Auffassung möglich ist und sich mit Nachdruck durchzusetzen versuchen kann, beweist zur Genüge die von Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" lebhaft beklagte Haltung der militärischen „Halbgötter" des großen Hauptquartiers im deutsch-französischen Kriege. Und dabei hatte Bismarck doch wirklich gegründeten Anspruch darauf, gehört zu werden, nachdem er nicht nur durch seine glänzende politische Vorbereitung des Krieges, sondern auch durch seine Haltung in verschiedenen rein militärischen Einzelfragen genugsam dargetan hatte, daß von ihm wohl jede Förderung, keinesfalls aber eine Erschwerung des operativen Zieles erwartet werden durfte.

Wie stand es nun aber in dieser Hinsicht bei Ausbruch des Weltkrieges, und welche Voraussetzungen waren in ihm für ein erfolgreiches Zusammenwirken von politischer und militärischer Leitung gegeben?

Wie die Dinge für uns lagen, und wie es der gegebenen strategischen Aufgabe entsprach, war auch in ihm — wie fast in allen Koali-

tionskriegen — trotz des Abwehrcharakters unseres Daseinskampfes die glückliche Entscheidung nur in einer kraftvoll geführten Offensive zu suchen. Eine solche Notwendigkeit hatte unsere Heeresleitung denn auch seit langen Jahren vorausgesehen und sich infolgedessen, nach Fritzischem und Napoleonischem Vorbild, sofort mit allen verfügbaren Kräften auf den im Augenblick stärksten, wenn auch nicht gefährlichsten Gegner geworfen. Dieselbe Notwendigkeit der offensiven Führung des Krieges bestand nun aber in mindestens dem gleichen Maße für unsere oberste politische Leitung, und hier, in einer der wichtigsten grundsätzlichen Fragen des ganzen Feldzuges, trat die erste folgenschwere Diskrepanz zwischen politischer und militärischer Führung bereits in einem verhängnisvollem Umfange zutage.

Wir haben schon bei früherer Gelegenheit, lange vor Ausbruch des Krieges, gesehen, wie das politische System, dem Herrn von Bethmann Hollweg zur Herrschaft verholfen, in seiner Grundstimmung durchaus passiv gerichtet und jedem zielklaren Wollen, bzw. jedem entschlossenen Handeln entschieden abhold war. Wo immer es galt, in Abwehr fremden Übergriffes und zur Wahrung der deutschen Interessen den Mut zur Tat zu finden, sahen wir das ängstliche Bestreben, im Wege der „Verständigung", d. h. auf Grund einer bis zur Selbstverleugnung getriebenen Preisgabe der eigenen Belange, einen Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden. Auch in der diplomatischen Vorbereitung des Krieges und in der Behandlung verschiedener anfänglich (oder dauernd) neutraler Mächte ist uns mit beharrlicher Beständigkeit diese saft- und kraftlose Politik begegnet, die nirgends Freunde und Vertrauen warb, weil sie allzusehr des Vertrauens in die eigene Kraft entbehrte. Und dieses System, das kaum zur Selbstverteidigung taugte, sollte berufen sein, an wichtigster, mit jedem weiteren Monat an Bedeutung gewinnender Stelle zur Lösung einer Aufgabe mitzuwirken, die nur in angriffsweisem Vorgehen gefunden werden konnte!

Die Wirkung eines so schweren Mißstandes zeigte sich bald und trat in gleicher Weise nach innen, wie nach außen zutage.

Selten hat wohl ein Volk mit mehr Begeisterung zu den Waffen gegriffen, als das unsrige im August 1914, und wer die Hochstimmung jener Zeit offenen Auges und Herzens erlebt hat, wird der Meinung gewesen sein, daß die damals lodernde Flamme nie und nimmer zur schwelenden Glut gedämpft werden könne. Und dennoch, das seitherige System hat auch dieses Wunder vollbracht! Dabei darf ruhig zugegeben werden, daß Begeisterung keine Pökelware ist, und daß ein Volk, welches Jahr um Jahr unter schwereren

Opfern und Lasten seufzt, nicht täglich in Feiertagsstimmung einher zu gehen vermag. Aber trotz alledem: daß der Winter unseres Mißvergnügens eine solche Strenge gewann, wäre unschwer vermeidbar gewesen. Mit der bloßen Parole des Durchhaltens und der Abwehr ist eben ein Volk nicht dauernd im Zuge zu halten, besonders, wenn es die Kraft in sich fühlt, sich eine neue, größere Zukunft zu schaffen. Man hätte deshalb getrost, genau wie die englische und französische Regierung es tun, das Volk vor greifbare, seine Phantasie und Sehnsucht befriedigende Ziele stellen sollen, an denen es sich in den schweren Stunden der Not und Entbehrung wieder aufzurichten vermochte; denn wenn neben der Verärgerung über manchen bürokratischen Mißgriff etwas lähmend auf die allgemeine Stimmung gewirkt hat, so sind es die stete Mahnung zum Verzicht auf den Lohn seiner Opfer und Mühen, und die dauernde Aufforderung zum Durchhalten ohne den Hinweis auf erkennbare Gegenwerte gewesen.

Aber auch nach einer anderen Richtung hin hat die Verzichtpolitik der Regierung bittere Früchte getragen.

Noch in jedem unserer Feldzüge des vorigen Jahrhunderts hat sich die Erscheinung gezeigt, daß sehr bald nach den ersten erfolgreichen Anfangsoperationen bestimmte Kreise mit der Anschauung hervortraten, man dürfe im Friedensschlusse dem Gegner nicht wehe tun, sondern müsse alles versuchen, ihn durch Nachgiebigkeit versöhnlich zu stimmen. Es war deshalb hundert gegen eins zu wetten, daß sich auch während des Weltkrieges, nach dem Verrauchen des anfänglichen Überschwangs, dieselben Stimmen und Kreise vernehmen lassen würden. So kam denn alles darauf an, ihrer entnervenden Flaumacherei jene emporreißende Aufklärungsarbeit entgegenzustellen, wie sie einst von den Besten unseres Volkes, insonderheit von einem Ernst Moritz Arndt oder später von einem Treitschke, und zwar mit offener Unterstützung Bismarcks, geübt worden war. Wie aber verhielt sich das politische System Herrn von Bethmann Hollwegs gegenüber dieser elementaren Notwendigkeit, der inneren Front die absolute Siegeszuversicht zu erhalten und damit der fechtenden Truppe den unbedingt gebotenen Rückhalt und eine dauernde Kraftquelle zu sichern? Nun, die Antwort darauf geben die Verhältnisse, die sich im Verlaufe von zwei Kriegsjahren heraus gebildet haben und die in einem kurzen Satze umschrieben werden können. Obwohl unsere Heere im Westen, Osten und Süden tief in Feindesland stehen, und obwohl der flüchtigste Blick auf die Kriegskarte keinerlei Zweifel darüber belassen kann, welche der beiden kriegführenden Parteien allein berechtigt ist, militärisch von einem Siege zu sprechen, ver-

tritt heute in der ganzen Welt nur noch ein verhältnismäßig kleines Häuflein von Deutschen die Überzeugung, daß der Frieden von uns dem geschlagenen Gegner in einer Form diktiert werden könne, wie sie in Wahrheit der militärischen Sachlage und dem Verhältnis von Sieger und Besiegten entspricht. Sieht man von der Handvoll Unzurechnungsfähiger ab, die sich aus Verbohrtheit oder aus schlimmeren Motiven um die „Unabhängigen" der Sozialdemokratie scharen, so ist die größere Mehrheit des deutschen Volkes zweifellos von der ihr drei Jahre lang eingehämmerten Überzeugung durchdrungenn, daß der Frieden zwar nicht auf der Grundlage einer Scheidemann'schen und Erzbergerschen Verzichterklärung, wohl aber nur unter Abstrich von mancher ursprünglichen Forderung, und vor allem nur im Wege der ehemals so sehr verpönten allgemeinen Friedenskonferenz geschlossen werden könne. Der harte, unbeugsame Siegeswille, der ehedem eine Selbstverständlichkeit war, ist unter dem verwirrenden und lähmenden Einfluß einer von Herrn von Bethmann Hollweg offenkundig geförderten Flaumacherei ganz ohne Zweifel stark herabgemindert worden, und es wird aller Anstrengung bedürfen, den auch für die Truppe naturgemäß nicht förderlichen Zustand einer vorübergehenden und glücklicherweise nicht unheilbaren Willensdepression zu beseitigen.

Eine noch schlimmere Wirkung, als im eigenen Volke, hat die rein defensive Kriegspolitik des seitherigen Systems dann aber auch im feindlichen und neutralen Auslande gezeitigt. Obwohl sich dort niemand der eindringlichen Sprache verschließen kann, welche die Kriegskarte für jeden halbwegs Urteilsfähigen führt, würde man doch vergeblich mit der Laterne nach der Überzeugung suchen, daß Deutschland oder seine Verbündeten irgendeinen greifbaren Gewinn aus ihren bisherigen Erfolgen mit nach Haus bringen könnten. So beschämend diese Tatsache für uns ist, so sehr entspricht sie dem Urteil der gesamten neutralen Welt innerhalb und außerhalb Europas, die zwischen der defensiven, sich auf reine Abwehr beschränkenden Kriegspolitik der Mittelmächte und der im stärksten Maße offensiven, noch heute von ihrem Sieg durchdrungenen Politik des Vierverbandes die gegebene Diagonale zieht und solchergestalt zur unbedingten Überzeugung einer partie remise gelangt.

Man mag deshalb die Dinge drehen, wie man will, und man mag den fraglos vorhandenen, nicht zu unterschätzenden Schwierigkeiten der politischen Gesamtverhältnisse im weitesten Umfange Rechnung tragen, — niemals wird man an der Feststellung vorbeikommen, daß unsere Diplomatie während der ersten zwei Jahre des Feldzuges der militärischen Leitung die gebotene politische Unterstützung nicht

nur nicht gewährt, sondern daß sie sich vielmehr in ihrer defensiven Einstellung im Zuge der militärischen Operationen lediglich als tote Last erwiesen hat.

Es wäre nun allerdings weit gefehlt, wenn man annehmen wollte, daß es während des Krieges der Diplomatie nur in dieser mehr allgemeinen und abstrakten Richtung gelungen sei, sich im negativen Sinne zu betätigen. Im Gegenteil; durch die Entwicklung der militärischen Ereignisse wurde sie sehr bald vor höchst konkrete Fragen gestellt, von denen hier zunächst diejenigen beleuchtet sein mögen, die halb auf diplomatischem, halb auf verwaltungstechnischem Gebiete liegen.

Die erste Aufgabe dieser Art ergab sich, als unsere Heere belgischen Boden betraten und dann in raschem Siegeslauf das ganze Königreich in deutsche Hände brachten. Damit war unsere Diplomatie im gleichen Augenblick vor ein Problem von höchster Wichtigkeit gestellt; denn es lag klar auf der Hand, daß der für die französisch-englischen Heere als Aufmarschraum gedachte Staat nie mehr für diese Zwecke freigegeben, d. h. in seiner bisherigen Unabhängigkeit belassen werden dürfe. Nun hatte Herr von Bethmann Hollweg sich zwar formell durch seine Erklärung vom 4. August 1914 der Handlungsfreiheit stark begeben, aber das Verhalten der belgischen Bevölkerung und vor allem die Brüsseler Aktenfunde wären fraglos Grund genug gewesen, die unbedacht gegebene Zusage ohne weiteres zurückzunehmen und die ganze Frage nur mehr unter Berücksichtigung der deutschen Interessen zu behandeln. Dennoch hat der vormalige Kanzler die ihm vom Schicksal geradezu sperrangelweit geöffnete Rettungspforte nicht benutzt, sondern er verblieb nach wie vor bei seiner Auffassung, daß er günstigsten Falles nur als der Treuhänder für die Krone und Regierung Belgiens betrachtet werden dürfe. Die Dinge waren denn auch in Brüssel unter dem ersten Generalgouverneur, Generalfeldmarschall von der Goltz-Pascha, bereits im besten Zuge, sich infolge offenkundiger Begünstigung der Wallonen zum unlösbaren Knäuel zu verwirren, als ein politischer Kopf ersten Ranges, Generaloberst Freiherr von Bissing, die Zügel der Regierung übernahm. Ihm ausschließlich ist es zu danken, wenn in der späteren Entwicklung die belgischen Verhältnisse ein wesentlich freundlicheres Aussehen gewannen, und wenn vor allen Dingen die für uns hochwichtigen Flamen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, den Weg zu uns fanden. Dabei wäre es jedoch ein großer Irrtum, wollte man annehmen, Freiherr von Bissing habe diese Erfolge nur im Kampfe gegen die ihm anvertraute Materie, also gewissermaßen dem Feinde gegenüber er-

rungen; es hat vielmehr von ihm in dieser Hinsicht zu gelten, was einst Bismarck einem neugierigen Frager auf dem Frankfurter Bundestage von seinen Orden sagen konnte: sie alle wurden in der Tat gegen den Feind, nämlich hier gegen das politische System Herrn von Bethmann Hollwegs erworben. Leider vermag der verstorbene Generaloberst die Frage nicht mehr zu beantworten, von welcher Seite ihm bei der Durchführung seines Werkes die größten Schwierigkeiten erwachsen sind, ob seitens der belgischen Bevölkerung und ihrer politischen Führer, oder seitens der von Berlin ausgegangenen, in der belgischen Zivilverwaltung zum Niederschlag gekommenen Direktiven; aber wer um die stillen, Nerven und Kräfte zerreibenden Kämpfe weiß, die sich nur allzu oft im Brüsseler Generalgouvernement abgespielt haben, der wird nicht im Zweifel darüber sein, wie die Antwort dieses in Wahrheit hervorragenden Mannes gelautet haben würde, dessen hinterlassenes politisches Testament zudem eine offene Anklage gegen das belgische Programm Herrn von Bethmann Hollwegs bildet.

Eine zweite Kriegsaufgabe ähnlicher Art war unserer Diplomatie sodann in der Behandlung der polnischen Frage erwachsen. Statt die Polen, an deren feindseliger Gesinnung ein Zweifel nicht gut möglich war, in aller Ruhe an uns herankommen zu lassen, und statt die Erfüllung gewisser, von ihnen gehegter Wünsche von ihrem Wohlverhalten abhängig zu machen, soweit diese überhaupt mit den deutschen Interessen in Einklang zu bringen waren, wurde auch hier unsere Politik Hals über Kopf auf den bekannten Versöhnungs- und Verständigungskurs gesetzt. Trotz der Warnungen aller einsichtigen Kenner der Verhältnisse und trotz der Vorstellungen unseres Ostmarkendeutschtums, wie der eingeborenen Deutschen im ehemaligen Russisch-Polen wurde ihre Unabhängigkeitserklärung vorbereitet, die das Todesurteil über das von ihm betroffene eingeborene Deutschtum bedeutet.

Dasselbe krankhafte Bestreben, mit einer ausgesprochen deutschfeindlichen Bevölkerung, wie den Polen und Wallonen, zu paktieren und sie durch eine gänzlich aussichtslose, auf Kosten des Deutschtums getriebene Versöhnungspolitik zu gewinnen, tritt uns selbst in Kurland und Litauen entgegen. Auch hier, wo die Verhältnisse doch wirklich nicht allzu schwer zu übersehen waren, weiß das eingesessene Deutschtum ein Lied von der Verhätschelung der Fremdstämmigen, in erster Linie der Letten, zu singen. Gäbe es neben den zivilen Stellen nicht eine Militärverwaltung, die sich, wie auch in den übrigen besetzten Gebieten, mit praktischem Blick und gesundem Menschenverstand bemüht hat, den Fehlern des poli-

tischen Systems nach bestem Vermögen zu begegnen, so würden wohl selbst die Balten, trotz aller Sehnsucht nach der alten Heimat, die Wiedervereinigung mit dem Reiche nur mehr mit einem heiteren und einem sehr nassen Auge erwarten.

Wo immer wir also das System Bethmann Hollweg in den politischen Fragen des Krieges am Werke sehen, — stets treten uns, aus den gleichen Ursachen geboren, die gleichen Fehler entgegen. Kurzsicht, Starrköpfigkeit und Schwäche — diese drei, aber die Schwäche ist die größeste unter ihnen.

Nun muß man der früheren politischen Leitung allerdings insofern Gerechtigkeit widerfahren lassen, als sie sich damit entschuldigen kann, über die einschlägigen Verhältnisse zunächst nur mangelhaft oder gar nicht unterrichtet gewesen zu sein. Wer wußte denn schließlich überhaupt in Deutschland — seien wir ehrlich — vor dem Kriege etwas über das belgische Bevölkerungsproblem oder über die entsprechenden Verhältnisse in den östlichen Gebieten? Ein paar Fachgelehrte und ein kleiner Kreis nationaler Politiker in den der Pflege des Auslandsdeutschtums gewidmeten Vereinen, die auf die Regierung weder einen unmittelbaren, noch einen mittelbaren Einfluß besaßen. In denjenigen Regionen jedoch, in denen die oberste amtliche Weisheit thront, waren diese gewissermaßen außerhalb der höchsten Zunftgeheimnisse liegenden Fragen so gut wie unbekannt, und die Kenntnislosigkeit ging hier beispielsweise so weit, daß lange nach der erfolgten Besetzung Kurlands der zuständige Staatssekretär von Jagow weder von den dortigen konfessionellen Verhältnissen, noch von der Boden- und Besitzverteilung auch nur die Spur einer Ahnung besaß. Der Großgrundbesitz Kurlands und Litauens überwiegend in polnischer Hand, die deutschen Balten griechisch-orthodox, die Letten römisch-katholisch: so malte sich in seinem von Amts wegen zur Kenntnis der Materie verpflichteten Kopfe die frühere ordensländische Welt!

Und auf diesen Mangel an positiver Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse oder des sicheren Gefühls für die Dynamik einer fremden Volksseele, der uns auf Schritt und Tritt begegnet, wurden politische Experimente gestützt und mit einer Starrköpfigkeit festgehalten, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre. Mochte der eingetretene Mißerfolg auch tausendmal die Fehlerhaftigkeit der grundlegenden Voraussetzung erwiesen haben, — das System hielt mit eiserner Beharrlichkeit an ihr fest. Das gilt von großen Fragen nicht minder, als von kleinen. Ob man hier an die auch während des Krieges verfolgte Politik der Verständigung mit England denkt, oder ob man den Traum von einem „Schulter-an Schulter-Gehen“

mit Amerika heranzieht; ob man die verfehlte Politik der Friedensangebote oder die sogenannten Lösungen der belgischen und polnischen Frage betrachtet, — immer tritt uns die gleiche Unbelehrbarkeit, sei es auch durch gewichtige Tatsachen, und das gleiche starre Festhalten an der einmal vorgefaßten Meinung entgegen. Es schien in der Tat leichter, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr ging, als daß Herr von Bethmann Hollweg zur Abstellung eines erkannten Fehlers zu bewegen gewesen wäre. Wer denkt hier nicht, um ein nur kleines, aber nach vielen Richtungen kennzeichnendes Beispiel anzuführen, an den Fall des früheren Botschafters in Konstantinopel, Grafen Wolff-Metternich, der sich schon auf der Hinreise nach dem Bosporus in Sofia als Anglomane reinsten Wassers entpuppt und dort durch seine Bemerkung über die Notwendigkeit eines Groß-Serbien, sowie durch seine Kritik an unserer Orientpolitik den besten Befähigungsnachweis für seinen neuen Posten erbracht hatte? Obwohl Graf Wolff-Metternich schon nach wenigen Wochen in Konstantinopel zur unmöglichen Figur geworden war, und obwohl die türkische Regierung, die den Verkehr mit ihm auf ein unumgängliches Maß beschränkte, wahre Bittprozessionen zum Zwecke seiner Abberufung unternahm, war die Berliner Zentrale zu einem Wechsel in dieser höchst wichtigen Botschaft nicht zu bewegen, so daß es erst eines ziemlich brüsken Eingreifens des tatkräftigen Enver bedurfte, um den deutschen Interessen Geltung zu verschaffen. Man meint, es handle sich hier um eine nebensächliche Episode? Doch nicht ganz. Denn so unbedeutend der Vorfall an sich auch ist, so zeigt er doch in einer Fülle von Ausblicken, was in unserer Diplomatie unter dem System Herrn von Bethmann Hollwegs möglich gewesen ist.

Nimmt man zu all diesen verschiedenen Momenten dann schließlich noch die beispiellose Schwäche hinzu, die bereits eingangs gestreift wurde, so wird es klar, daß uns ein so belastetes politisches System niemals zum Siege zu führen vermochte. Wenn heute, nach zwei Kriegsjahren voller beispielloser und territorial belegter militärischer Erfolge die fast in allen Schlachten unterlegene Gegenpartei noch immer der festen Überzeugung leben kann, daß die Rückgabe Elsaß-Lothringens für uns nicht nur diskutabel sei, sondern daß sie geradezu die Voraussetzung für etwaige Friedensverhandlungen bilde, so ist diese eine Tatsache Beweis genug. Längst wären, nach menschlicher Voraussicht, die Gegner bereit gewesen, die durch unsere Waffenerfolge geschaffene Lage anzuerkennen und mit uns über einen billigen Ausgleich zu verhandeln, wenn nicht das diplomatische System, unterstützt vom blinden Hödur in Parlament und Presse, die militärischen Trümpfe entwertet und stets

von neuem den Eindruck erweckt hätte, daß es in absehbarer Zeit mit unserem Latein zu Ende sei.

Natürlich hat eine solche Wirkung nicht in der Absicht des Systems gelegen. Aber die bona fides mildert im vorliegenden Falle die Schuld in keiner Weise herab; denn auch hier kann Herr von Bethmann sich nicht über den Mangel einer rechtzeitigen Warnung beklagen. Sieht man von dem „Berliner Tageblatt“ und der „Frankfurter Zeitung“ ab, so hat fast die gesamte bürgerliche Presse, geführt vom Grafen Reventlow, von Heinrich Rippler, Georg Bernhard und anderen hervorragenden Publizisten, in überraschender Einstimmigkeit und mit geradezu mathematischer Genauigkeit auf die unausbleiblichen Folgen der verfehlten Versöhnungspolitik verwiesen und damit, wie in unzähligen anderen Fällen, ihrer vaterländischen Pflicht in hohem Maße Genüge getan.

Aber auch ganz abgesehen von allen Warnungen, — besaß Herr von Bethmann Hollweg nicht an Englands Vorgehen das beste Beispiel einer erfolgreichen Kriegspolitik? Zeigten ihm die Kriegserklärungen Italiens und Rumäniens, sowie das Verhalten mancher anderen, in der Neutralität verbliebenen Staaten nicht zur Genüge, daß auch im Kriege — und dort erst recht — nur der Starke gläubige Gefolgschaft findet, und daß nur ein rücksichtloser Wille, der sich frei von des Gedankens Blässe weiß, gegründete Aussicht hat, ein angestrebtes hohes Ziel zu erreichen? In der Tat: wenn man die unleugbar glänzende diplomatische Position, in der sich England trotz seiner militärischen Niederlagen auch heute noch befindet, mit unserer eigenen politischen Lage vergleicht, so dürfte die Frage zur Genüge gelöst sein, welches der beiden diplomatischen Systeme sich als das erfolgreichere, wenn auch nicht als das ethisch überlegene erwiesen hat. Die von Herrn von Bethmann Hollweg vertretene politische Ethik in allen Ehren, — ein paar Feinde weniger und einige Bundesgenossen oder wohlwollend Neutrale mehr: das wäre sicherlich ein größerer Gewinn, als die Aussicht auf die Verleihung der Tugendrose gewesen.

Der Kanzler und die Kriegführung.

Diejenige Einrichtung staatlichen Lebens, die auch unter den Nachfolgern Bismarcks verhältnismäßig unangetastet geblieben war, und auf die wir fast allein noch Ursache hatten, stolz zu sein, war das Heer. Es gehörte nun einmal zur besten und unverbrüchlichen preußischen Überlieferung, um jeden Preis die Schlagkraft des Heeres

sicher zu stellen, und der Geist, der die preußische Armee Jahrhunderte hindurch von Sieg zu Sieg geführt hatte, war naturgemäß nach der Reichsgründung ganz von selbst auf die übrigen deutschen Heeresgruppen übergegangen. Der Kitt, durch den die einzelnen Kontingente 1870 zusammengeschweißt waren, hatte gehalten, Mannschaft wie Führung waren auf der Höhe der Zeit geblieben, so daß das deutsche Volk nach dieser Richtung hin den kommenden Ereignissen mit unerschütterlichem Vertrauen entgegensehen durfte.

Nicht ganz so günstig stand es freilich hinsichtlich des Ausmaßes der von den verantwortlichen Stellen, vor allem durch Roon und Bronsart von Schellendorf, wie durch Moltke, Schlieffen und ihre Schüler in geradezu vorbildlicher Weise geschaffenen Rüstung. Die große Wehrvorlage von 1913, von deren Schicksal und Kämpfen wir oben gesprochen haben, hatte gerade ausgereicht, den bedeutenden Vorsprung — ungefähr wenigstens — wieder einzuholen, den Frankreich in den letzten Jahren vor uns gewonnen hatte. Aber ein Kräfteüberschuß war auf unserer Seite an der Westfront um so weniger vorhanden, als die Heeresleitung hier mit dem Auftreten auch belgischer und englischer Streitkräfte zu rechnen hatte. Sollte deshalb für den Fall eines Mehrfrontenkrieges die Ostgrenze nicht von vornherein als hoffnungslos gefährdet gelten, so mußte der Heeresführung einerseits die Möglichkeit gesichert werden, die umständliche und langwierige russische Mobilmachung als zuverlässigen Posten in Rechnung stellen und andrerseits etwaige Einbrüche vorgeschobener Korps mit genügend starken Grenzschutztruppen abwehren zu können. Die Entschlußfähigkeit zum rechtzeitigen Losschlagen hätte also mit der vorsorgenden restlosen Ausnutzung unseres Wehrpflichtgesetzes in gleicher Weise bei dem leitenden politischen Beamten zusammen wirken müssen, um einen vorzeitigen Russeneinfall in unsere Ostmark zu verhindern, der seinerseits naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf den westlichen Kriegsschauplatz hätte bleiben können.

Es ist bekannt, daß unser Wehrgesetz die militärische Dienstpflicht für 1% der Bevölkerung vorsieht, und daß darüber hinaus eine jährliche Übungspflicht der in der Ersatzreserve zusammengefaßten Mindertauglichen vorgeschrieben ist. Nicht minder bekannt ist es jedoch, daß aus Sparsamkeitsgründen weder die volle Zahl der Dienstpflichtigen eingestellt, noch seit dem Anfang der neunziger Jahre von der Übungspflicht der Ersatzreserve Gebrauch gemacht wurde. In beiden Fällen aber hat sich die getriebene Sparsamkeitspolitik bitter gerächt, um so bitterer gerächt, als auch in technischer Hinsicht aus den gleichen Gründen das Heer nicht auf die Höhe der Zeit gebracht worden war. Das kam sehr schnell und vor allem in dem

peinlich empfundenen Munitionsmangel zum Ausdruck, der im Westen bereits nach den ersten Schlachten zutage trat, und der im Zusammenwirken mit anderen Umständen in erster Linie dazu geführt hat, daß der blitzartig geführte Angriff gegen Frankreich mitten in der Durchführung abgestoppt werden mußte. So kam es, daß in Verbindung mit der fast gleichzeitig notwendig gewordenen Abzweigung stärkerer Kräfte nach Osten jene bedenkliche Schwächung der Kampfkraft unserer Westarmee eintreten konnte, die der ursprüngliche, noch auf Schlieffen zurückgehende Feldzugsplan um jeden Preis vermieden sehen wollte. Erst im Januar 1915 konnte der sehr beträchtliche Munitionsmangel als ungefähr behoben gelten, und das Verdienst daran gebührt in erster Reihe der deutschen Industrie, die sich in unvergleichlicher Weise binnen kürzester Frist den besonderen Bedürfnissen des Krieges anzupassen gewußt hatte.

Man wird hier vielleicht einwenden wollen, daß ein Munitionsverbrauch in solchem Umfange, wie ihn der Weltkrieg gezeitigt hat, von den verantwortlichen militärischen Stellen nicht vorausgesehen werden konnte und tatsächlich auch nicht vorausgesehen worden sei. Gewiß, das ist richtig und ist von jenen Stellen selber zugegeben worden. Trotzdem bleibt die Tatsache bestehen, daß auch hier die Sparsamkeitspolitik der Regierung insofern verhängnisvoll gewirkt hat, als bei richtiger Erkenntnis der außenpolitischen Lage die bei Kriegsausbruch vorhandenen Munitionsbestände ungleich größer hätten sein können. Daß sie, an den Verhältnissen des Weltkrieges gemessen, äußerst knapp gehalten waren, ist in der Hauptsache die Schuld des früheren Kriegsministers von Heeringen, aber in die Verantwortung teilen sich mit ihm nicht minder der Reichsschatzsekretär wie auch der leitende Staatsmann. Es klingt wie ein blutiger Scherz, ist aber traurige Wirklichkeit, daß noch am 31. Juli 1914, also dem Tage unmittelbar vor der Mobilmachung, im Kriegsministerium ein Schreiben des Reichsschatzamtes eingehen konnte, in dem der neue Kriegsminister von Falkenhayn dringend ersucht wurde, künftighin in der Munitionsbestellung größere Zurückhaltung zu üben! Dieses Schreiben, das eines der denkwürdigsten Aktenstücke des ganzen Krieges bildet, kennzeichnet am besten nicht nur die von der Regierung den Heereserfordernissen gegenüber dauernd geübte Sparsamkeit, sondern es bestätigt geradezu lapidar die gänzliche Ahnungslosigkeit, mit welcher man an den leitenden zivilen Stellen noch im letzten Julidrittel der politischen Lage gegenüberstand.

Die ungünstigen Einwirkungen der Bethmannschen Politik auf das militärische Gebiet gehen jedoch erheblich über die mangelhafte Vorbereitung des Krieges hinaus und treten auch in der Krieg-

führung selber zutage. Nicht nur, daß es auf seine Vorstellungen zurückzuführen ist, wenn England erst verhältnismäßig spät — zu spät — die Wirkung der Zeppelinbomben zu spüren bekam, — sichtbarer, als hier und in der Beeinflussung mancher strategischer Operationen hat sich seine Einflußnahme auf den Gang der Kriegshandlung in der Frage des Unterseebootkrieges erwiesen.

Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man über Wesen und Wirkungsmöglichkeit des U-Bootkrieges noch irgendein Wort verlieren. Der Gegenstand ist im Verlaufe zweier Kriegsjahre so eingehend und vielseitig erörtert, daß ihm neue Gesichtspunkte kaum mehr abzugewinnen sind. Auch die wechselvolle Geschichte der U-Bootfrage ist so oft behandelt worden und steht zudem in so frischer Erinnerung, daß es genügt, sie als Hintergrund für die weiteren Ausführungen nur in großen Strichen zu skizzieren und dabei vielleicht einige weniger bekannte Einzelheiten nachträglich zu ergänzen, soweit es die Berücksichtigung naheliegender Gründe gestattet.

Wie erinnerlich, findet sich das Problem des Unterwasser-Handelskrieges zum ersten Male literarisch, und zwar in einer reichlich phantasievollen Erzählung des bekannten englischen Schriftstellers Conan Doyle behandelt, womit sich für den Verfasser natürlich keinerlei Anspruch auf die Priorität des Gedankens verbindet. In die Praxis wurde es dann durch die Note der deutschen Regierung vom 4. Februar 1915 übersetzt, welche in Erwiderung der englischen sogen. erweiterten Blockade die Gewässer um Großbritannien zum Kriegsgebiet erklärte und sie damit der freien Schiffahrt entzog. Die Wirkung der deutschen Maßnahme trat unvermittelt und in einem kaum erhofften Umfange zutage. Ein panischer Schrecken durchfuhr die schiffahrttreibende Welt, und die Meere um England drohten in kürzester Frist zu veröden. In diesem für die britische Regierung zweifellos kritischen Augenblicke erstand ihr nun aber jenseits des Ozeans ein hochwillkommener Helfer. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika traten mit ihrem Einspruch hervor, und als die schwer mit Munition beladene „Lusitania" unseren U-Booten vor das Rohr lief, steigerte sich der Protest zu offenkundiger Drohung. Und prompt trat nunmehr ein, was man in London und Washington zutreffend vorausberechnet hatte: die deutsche Regierung empfand die Notwendigkeit eines Rückzuges, der sich im Verlaufe des diplomatischen Hin und Her dann schließlich zu einer hemmungslosen Flucht vor der eigenen Courage auswuchs.

Es ist bekannt, daß der Umfall der deutschen Regierung, die in ihrer Selbstentwürdigung schließlich so weit ging, für ihre Schlußnote im „Lusitania-"Fall das vorherige Agrément des Präsidenten

Wilson zu erbitten, nur unter dem lebhaften Widerspruche der zuständigen militärischen Stellen erfolgt ist. Niemand anders, als Herr von Bethmann Hollweg hat der Welt die Kenntnis dieses schweren Konflikts vermittelt, indem er dem Vertreter einer amerikanischen Zeitung die Erlaubnis gab, durch Vermittlung der Nauener Funkenstation seinem Blatte zu melden, der Kanzler habe mit seiner Politik zwar gesiegt, es sei jedoch darüber zu ernsten Mißhelligkeiten im Schoße der Reichsregierung gekommen. Man erinnert sich, wie diese Unstimmigkeiten damals beseitigt worden sind: der Chef und stellvertretende Chef des Admiralstabes, die Admirale Bachmann und Behnke, erhielten eine andere Verwendung, während der Großadmiral von Tirpitz — sehr zum Schaden der Sache und seiner eigenen späteren Stellung — noch einmal zum Bleiben bewogen werden konnte.

Was aber hatte Herrn von Bethmann Hollweg bestimmt, im Gegensatze zu allen leitenden Marinestellen, im schärfsten Widerspruche zur gesamten öffentlichen Meinung und trotz entgegenstehender gewichtigster militärischer Bedenken schon im Jahre 1915 den Forderungen Amerikas glatt und ohne Rücksicht auf unsere nationale Würde zu entsprechen? Nun, es ist amtlicherseits darauf verwiesen worden, die Unionsregierung sei fest entschlossen gewesen, ihre diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reiche zu lösen, und ebenso habe Bulgarien die Beilegung des deutsch-amerikanischen Konflikts zur Voraussetzung seines Anschlusses an die Mittelmächte gemacht. Aus einer doppelten Zwangslage heraus hätten wir uns also dem amerikanischen Standpunkt anbequemen müssen, wenn anders eine schwere Schädigung des Reiches vermieden werden sollte. Demgegenüber darf man aber wohl die naheliegende Frage aufwerfen, ob man sich in Berlin auch nur im entferntesten bemüht hat, zu einer zuverlässigen Einschätzung der amerikanischen Drohungen zu gelangen. Genaue Kenner der innerpolitischen Verhältnisse Amerikas und zuverlässige Beurteiler seiner Heeres- und Flottenmacht, darunter auch der österreichische Botschafter Dumba, haben mit aller Bestimmtheit versichert, daß damals ein bewaffnetes Eingreifen Amerikas in den europäischen Konflikt völlig ausgeschlossen gewesen sei, und daß die einzige praktische Wirkung eines Bruches sich auf die Beschlagnahme der in amerikanischen Häfen liegenden deutschen Handelstonnage beschränkt haben würde. Wesentlich anders wird man wohl auch im Auswärtigen Amt die militärische Wirkung einer amerikanischen Kriegserklärung nicht eingeschätzt haben; und so unerfreulich die Aussicht einer Beschlagnahme seiner Schiffe für Herrn Ballin gewesen sein mag, — für die Haltung Herrn von

Bethmann Hollwegs ist sie nicht bestimmend gewesen. Maßgebend waren hier vor allem — neben der schwächlichen Charakterveranlagung des Kanzlers — jene „hoch- und realpolitischen Erwägungen", die bei uns immer dann ins Treffen geführt zu werden pflegten, wenn es galt, eine besonders ausgesprochene Torheit nach außen hin zu begründen. Namentlich Herr Helfferich kann das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, entscheidend in die Behandlung des deutsch-amerikanischen Zwistes eingegriffen zu haben, wobei er es mit zweifellosem Geschick verstand, die maßgebenden Stellen von den bedeutsamen Vorteilen eines Eingehens auf die amerikanischen Forderungen zu überzeugen. Der sofortige Abbruch der damals schwebenden englisch-französisch-amerikanischen Anleiheverhandlungen, das Eingreifen Amerikas zugunsten der Freigabe unserer Baumwolleinfuhr und manche andere schönen Gegenleistungen: all das sollte von Amerika mit Sicherheit zu erwarten sein, sofern ihm nur erst durch unser Entgegenkommen die erforderliche „Plattform" geschaffen worden sei. Umsonst haben einsichtige Köpfe vor diesen offenbaren Trugschlüssen gewarnt; Herr Helfferich setzte sich mit Unterstützung des Ballin'schen und Dernburg'schen Einflusses durch, und das Ergebnis war die im Herbst 1915 erfolgte fast gänzliche Einstellung des Tauchbootkrieges in allen englischen Gewässern.

Die Folgewirkungen, welche die Amerika-Politik Herrn von Bethmann-Hollwegs zeitigen mußte, und die nur er selbst und seine engeren Ratgeber verkannt haben, sind schnell zutage getreten. Weit davon entfernt, sich durch die bis zur Selbstentmannung getriebene Berliner Politik auch nur im geringsten in seiner deutschfeindlichen Haltung beeinflussen zu lassen, war Herr Wilson im Gegenteil bemüht, seinen Triumph noch weiter auf Kosten des als so schwach erwiesenen Deutschen Reiches zu steigern. Er zog einen dicken Strich durch die kühnen Helfferich'schen Berechnungen, und nicht genug damit, erzwang er auch die Abberufung der ihm mißliebig gewordenen deutschen Militärattachés, die ihm abermals ohne Widerspruch oder Gegenseitigkeitsverlangen zugestanden wurde. Und dabei pfiffen es in Berlin die Spatzen von den Dächern, daß die amerikanische Botschaft in Wahrheit nichts anderes, als ein regelrechtes feindliches Spionagenest sei, daß sie einen großartigen Vertrieb falscher Pässe organisiert, und daß in ihren Postsäcken und Telegrammen manches deutsche Geheimnis, — darunter auch der Verrat Sir Roger Casements — seinen Weg ins Ausland genommen habe.

In der Tat: niemals seit den Tagen von Olmütz und selbst nicht in der an Kläglichkeiten reich gesegneten Zeit von Agadir ist die Würde des Deutschen Reiches weniger gewahrt worden, als im Ver-

laufe dieser verschiedenen deutsch-amerikanischen Konflikte. Haben wir es doch staunend und beschämt erfahren müssen, daß die Aussage fremder Schiffer für die damalige Regierung schwerer wog, als der Diensteid deutscher Offiziere! Nur mit tiefster Beschämung kann man all dieser Vorgänge gedenken, und das Gefühl wird um so peinlicher, wenn man sich erinnert, wie tapfer und elegant der österreichische Außenminister Baron Burian es bei der gleichen Gelegenheit verstand, die Ehre der Monarchie und ihres Offizierkorps zu wahren.

Immerhin, England hatte mit amerikanischer Hilfe zunächst seinen Zweck erreicht und war auf Monate hinaus seiner Furcht vor den U-Booten ledig. Da aber entwickelte sich plötzlich, fast über Nacht, eine neue Krisis, die ernster werden zu wollen versprach, als alle vorherigen Konflikte.

Als den Ausgangspunkt der um die Wende des Jahres 1915/16 erneut akut gewordenen Frage darf man zunächst den Umstand bezeichnen, daß der damalige Chef des Großen Generalstabes, Herr von Falkenhayn, sich im Laufe des Winters von dem Wert eines uneingeschränkt geführten Tauchbootkrieges vollinhaltlich überzeugt und sich demgemäß rückhaltlos dem Standpunkt des Großadmiral von Tirpitz angeschlossen hatte. Damit hatte dieser schon in rein persönlicher Hinsicht eine Stütze gewonnen, deren Wichtigkeit für niemand betont zu werden braucht, dem das hohe Vertrauen bekannt ist, dessen sich Herr von Falkenhayn auch heute noch bei seinem Obersten Kriegsherrn erfreut. Aber nicht genug damit, hatte sich auch in sachlicher Beziehung ein Umstand von größter Bedeutung ergeben, der den Plänen des Großadmirals ihre endliche Verwirklichung zu sichern versprach.

Die Verluste der englischen Handelsflotte durch Mine und Torpedo einerseits und ihre Abgabe von mehreren tausend Fahrzeugen an die Kriegsflotte für Troß- und Wachtzwecke andererseits hatten in England zu einem ständig wachsenden Mangel an Schiffsraum für Frachtzwecke geführt. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1915 war dieser Ausfall so fühlbar geworden, daß beispielsweise für die wichtigste Zufuhr — die Versorgung mit Weizen und Weizenmehl — ein wöchentlicher Fehlbetrag von 50000 Tonnen zu verzeichnen war. Das ganze Problem des weltgeschichtlichen Kampfes zwischen England und Deutschland schien sich mithin in der einen Formel zusammenzudrängen, ob die deutsche Marineleitung sich imstande fühlte, durch die Waffen des Unterseekrieges eine so starke Verkürzung der Zufuhren nach England zu gewährleisten, daß in absehbarer Zeit entweder die Ernährung des englischen Volkes

oder die ausreichende Versorgung mit Kriegsmaterial ins Stocken kommen mußte. Wurde die Frage bejaht, so war damit nicht nur das Schicksal Englands besiegelt, sondern mit der Niederwerfung dieses unseres zähesten und auf andere Weise wohl kaum angreifbaren Feindes wäre gleichzeitig auch der Widerstand der übrigen Gegner in sich zusammengebrochen.

Nun, der deutsche Admiralstab hat, wie bekannt, nach sorgfältigster Prüfung aller in Betracht kommenden Faktoren diese schicksals- und entscheidungsvolle Frage unumwunden bejaht, unter der Voraussetzung allerdings, daß es ihm gestattet werden würde, von den zu seiner Verfügung stehenden Waffen einen rücksichtslosen, d. h. „durch keinerlei außermilitärische Rücksichten" behinderten Gebrauch zu machen. Diese bedeutsame Erklärung, die Herr von Bethmann Hollweg nicht nur der breiteren Öffentlichkeit, sondern auch dem Reichstage wohlweislich verschwieg, und die erst durch die Presse ans Tageslicht gezogen wurde, war der zweite starke Bundesgenosse, auf den Herr von Tirpitz in seinem Kampfe um den uneingeschränkten Tauchbootkrieg sich neuerdings zu stützen vermochte. Die Dinge hatten also inzwischen in jeder Hinsicht eine Entwicklung genommen, daß allen Ernstes damit gerechnet werden durfte, die ganze Frage werde in einem neuen Kriegsrate eine den vorjährigen Beschlüssen entgegengesetzte Lösung finden.

Es ist bekannt, daß die am 4. März 1916 im Großen Hauptquartier getroffene Entscheidung — wider Erwarten — gegen Herrn von Tirpitz ausgefallen ist und einen vollen Sieg der Bethmann'schen Politik bedeutet. Auf die Einzelheiten der folgenschweren Sitzung braucht und soll aus naheliegenden Gründen nicht näher eingegangen werden; die Feststellung mag genügen, daß Herr von Tirpitz zu ihr überhaupt nicht mehr hinzugezogen wurde, und daß auch diesmal Herr Helfferich, wie der amerikanische Botschafter nicht ohne Einfluß auf die getroffene Entscheidung waren. Die Dinge haben sich dann, soweit sie Herrn von Tirpitz persönlich betreffen, sehr schnell und folgerichtig entwickelt. Der Großadmiral meldete sich angesichts der erfahrenen Zurücksetzung krank, Herr von Bethmann Hollweg drang auf die Verabschiedung des ihm ob seiner staatsmännischen Überlegenheit, seiner Erfolge und Volkstümlichkeit bitter verhaßten Gegners, und der Enderfolg war, daß Herr von Tirpitz denselben Weg beschritt, den einst auch Bismarck gegangen war.

Trotz der gewichtigen militärischen Gegengründe ist Herr von Bethmann Hollweg also am 4. März 1916 auf der ganzen Linie Sieger geblieben, und die Wirkungen seines Erfolges traten schnell genug in Erscheinung. Das erste Ergebnis seines Verzichtes auf

eine wirksame Absperrung Englands war, daß das Inselreich Zeit und Gelegenheit fand, seine gerade damals völlig erschöpften Weizenvorräte in größtem Maßstabe neu zu ergänzen. Mit bewunderswerter Umsicht und Schnelligkeit wurde von ihm die Verschiffung der in Argentinien aufgekauften Ernte in die Wege geleitet, die vom Ende des Februar an — ungehindert durch deutsche Tauchboote — in die englischen Häfen einzuströmen begann. Vier Wochen später war die Arbeit getan, war England, dank der Unterstützung Herrn von Bethmann Hollwegs, wieder auf lange Monate hinaus mit Brotgetreide versorgt, und der Krieg aufs neue in unabsehbare Fernen verlängert.

Neben dieser sehr ernsten außenpolitischen Seite, über deren Bedeutung kein weiteres Wort verloren zu werden braucht, erhielt die ganze Frage nun aber auch ein nicht minder bedenkliches innerpolitisches Gepräge. Hatte man schon im voraufgehenden Jahre im Volke den Verzicht auf eine als so brauchbar und überlegen erwiesene Waffe nur mit lebhaft geäußerten Unmut vermerkt, so steigerte sich jetzt der Unwille zu offener Empörung, die ihren Höhepunkt fand, als die Verabschiedung des Großadmirals von Tirpitz bekanntgegeben wurde. Vergeblich griff Herr von Bethmann Hollweg zu dem ihm nächstliegenden Mittel der Zensur, um den in bedenklicher Stärke anschwellenden Strom der allgemeinen Entrüstung in Schranken zu halten; der Versuch mißlang, denn mittlerweile waren auch die parlamentarischen Körperschaften auf dem Plan erschienen und hatten sich zum Sprecher der nationalen Sorgen gemacht. Sowohl im Preußischen Abgeordnetenhause, als auch im Reichstage griffen die Vertreter der bürgerlichen Parteien auf die U-Bootfrage zurück, und es ist bekannt, mit welchem Gegenzuge Herr von Bethmann Hollweg den parlamentarischen Ansturm zu unterbinden versuchte. Wiederum griff er nämlich zu dem bedenklichen und verwerflichen Mittel, den Träger der Krone in die politische Arena zu ziehen, indem er durch die ihm gefügigen demokratischen und sozialdemokratischen Organe die Entschließungen der bürgerlichen Parteien als Eingriff in die kaiserliche Kommandogewalt und als eine gegen den Kaiser persönlich gerichtete Opposition zu verketzern, bzw. auszumünzen versuchte. Aber auch dieses Bestreben wurde dank der schnellen Abwehr der nationalen Parteien vereitelt, und nun erfolgte, als letzte Reserve, das Aufgebot der Sozialdemokratie, die im Reichstage plötzlich mit der Erklärung hervortrat, sie werde eine öffentliche Erörterung der U-Bootfrage mit der Aufrollung der gesamten Kriegs- und Kriegszielfragen erwidern. Leider haben die bürgerlichen Parteien den psychologischen Augen-

blick damals verpaßt, eine reinliche Scheidung der Geister in Regierung, Parlament und Volk zu bewirken; der Erfolg für die nationale Sache wäre zweifellos außerordentlich gewesen.

Fragt man nun nach den Einwänden, mit deren Hilfe Herr von Bethmann Hollweg und seine Gefolgen ihren Widerstand gegen den uneingeschränkten Tauchbootkrieg neuerdings zu stützen bestrebt waren, so stößt man auf eine Vielheit von Gründen, deren Fadenscheinigkeit schon eine oberflächliche Betrachtung erweist.

Zunächst begegnet man hier einer Reihe von Einwürfen technischer Natur, die namentlich in der Hetze gegen den Großadmiral von Tirpitz eine bedeutsame Rolle gespielt haben. Danach sollten, dank der Unterlassungssünden des Großadmirals, unsere U-Boote schon in ziffernmäßiger Hinsicht ihrer Aufgabe nicht gewachsen sein, wie auch ihre konstruktive Entwicklung, gleichfalls dank der Zaudertaktik des vormaligen Staatssekretärs, nicht auf der Höhe voller Leistungsfähigkeit stehe. Des weiteren sollte es bald an Betriebsstoff, bald an ausgebildeten Besatzungen fehlen, und was dergleichen Einwände mehr sind. Demgegenüber ist nun aber daran festzuhalten, daß die einzig und allein zuständigen Stellen, und zwar sowohl der Admiralstab, als auch das Reichsmarineamt, in jedem Zeitpunkte der ersten Kriegsjahre die Möglichkeit einer Vernichtung der englischen Handelstonnage und damit gleichzeitig der Niederzwingung Englands mit Hilfe der jeweils verfügbaren Mittel mit aller Entschiedenheit bejaht und außer Zweifel gestellt haben. Stillschweigende Voraussetzung dürfte für sie dabei nach den Lehren der Zeppelinangriffe allerdings gewesen sein, daß man den U-Bootkrieg nicht ebenfalls solange hinauszögere, bis der Ausbau der englischen Abwehrmittel seine Wirkung zu einem guten Teile aufheben mußte, und zum zweiten haben die amtlichen Berechnungen sich jederzeit nur auf die versenkbare Tonnage des Vielverbandes, nicht aber auch auf die Handelsflotten der Neutralen bezogen.

Ein zweites beliebtes Argument war sodann der Hinweis auf unsere Verbündeten, die sich angeblich ablehnend gegen den Gedanken des uneingeschränkten Tauchbootkrieges verhalten haben sollten. Auch hier führen die Tatsachen jedoch eine wesentlich andere Sprache. Was dabei zunächst Österreich-Ungarn betrifft, so braucht man nur an die bekannte „Ancona"-Note Baron Burians zu erinnern, um zu einem Urteil darüber zu kommen, wie die maßgebenden Stellen der Donau-Monarchie in Wahrheit — und vor der Einwirkung Berlins — zum U-Bootkriege standen. Darüber hinaus liegt nun aber auch noch das ausdrückliche, öffentlich abgelegte Bekenntnis des Generalfeldmarschalls Conrad von Hötzendorff vor, das jeden in dieser

Richtung gehegten Zweifel beseitigt. Und wie der österreichische Feldherr für die Donaumonarchie, so hat Ministerpräsident Radoslawow für die Haltung Bulgariens durch die Erklärung gezeugt, daß die bulgarische Regierung hinsichtlich des uneingeschränkten Tauchbootkrieges niemals um ihre Meinung befragt worden sei und sich deshalb auch niemals gegen ihn ausgesprochen habe. Von der Türkei aber wagte selbst Herr von Bethmann Hollweg eine ablehnende Haltung nicht zu behaupten, da es ihm sicherlich bekannt war, daß sie schon mit Rücksicht auf das in Kleinasien investierte amerikanische Kapital dem Bruch mit den Vereinigten Staaten nichts weniger als unfreundlich gegenüberstand.

Wenden wir uns nun zu dem Hauptargument, dem Hinweis auf den Bruch mit den Vereinigten Staaten, so fielen hier neuerdings wiederum gewisse finanzpolitische Erwägungen ins Gewicht, die sich abermals auf Herrn Helfferich zurückführen und die mit dem Gedanken spielten, für eine nach Friedensschluß aufzunehmende Auslandsanleihe den amerikanischen Kapitalmarkt nicht durch das störende Zwischenspiel eines deutsch-amerikanischen Krieges zu vergrämen.

Dabei ist nun jedoch wohl zu beachten, daß Herr von Bethmann Hollweg im Grunde seines Herzens der Frage äußerst skeptisch gegenüberstand, ob es gelingen werde, Amerika auf die Dauer in seiner — ohnehin mehr als unfreundlichen — Neutralität zu erhalten. Denn kein anderer, als der Kanzler, hat in Gegenwart von vierzig Vertretern der deutschen Presse die Erklärung abgegeben, daß nach seiner Meinung ein Bruch mit Amerika schließlich doch nicht zu vermeiden sein werde. Es zeigt sich also auch hier, was für die ganze äußere Politik Herrn von Bethmann Hollwegs charakteristisch ist: daß selbst eine gelegentliche, vielleicht instinktiv richtig erfaßte Anschauung der tatsächlichen Lage letzten Endes doch wieder von dem Glauben überwuchert wird, die Verhältnisse würden sich nach seinem Wunsche formen, — in diesem Falle: es werde ihm gelingen, „Schulter an Schulter“ mit Herrn Wilson den Frieden, vielleicht sogar den Weltfrieden, unter allen Umständen aber die Verständigung mit England herbeizuführen.

Dieser unselige Traum, aus dem Herr von Bethmann Hollweg niemals — oder doch nur vorübergehend in den ersten Augusttagen von 1914 — erwacht ist, bildet denn auch in Wahrheit den letzten und tiefsten Grund seiner dauernden Gegnerschaft gegen eine rücksichtslose Bekämpfung unseres zähesten und gefährlichsten Gegners. Und wenn wir uns erinnern, daß der Kanzler schon im Jahre 1915 in einem Rundschreiben an die bundesstaatlichen Einzelregierungen den Standpunkt der Reichsregierung in der U-Bootfrage dahin zu

begründen versuchte, „man dürfe England nicht zum äußersten treiben“, so lernen wir verstehen, weshalb auch diese wertvolle Waffe, ähnlich wie die Zeppeline, erst verspätet und als sie um ihre beste Wirkung gebracht war, zum Einsatz gelangte.

Die wirtschaftliche Organisation des Krieges.

Zwei Größen verdanken wir, abgesehen von der Tüchtigkeit des Volksganzen, die Möglichkeit unseres Durchhaltens und des siegreichen Ausgangs dieses Krieges: unserem unvergleichlichen Heere und daneben den beiden großen gütererzeugenden Zweigen unserer Volkswirtschaft, der Landwirtschaft und der Industrie. Was beide mit verminderten Arbeitskräften und unter den sonstigen Erschwerungen des Krieges in diesem Daseinskampfe unseres Volkes geleistet haben, wird für alle Zeiten ein Ruhmesblatt ihrer Geschichte bilden. Bot uns die Landwirtschaft zwei Jahre hindurch die von ihren Gegnern oft bestrittene Möglichkeit, das Volk ohne wesentliche Zufuhr vom Auslande her zu ernähren, und schuf sie uns dadurch dem englischen Aushungerungskriege gegenüber die wirksamste Waffe der Verteidigung, so lieferte uns die Industrie all die tausendfältigen Trutzwaffen, deren wir in ungeahntem Maße bedurften. Dabei kam für beide Teile erschwerend hinzu, daß auch sie vom Ausbruch des Krieges überrascht wurden, denn kein amtlicher Wink hatte sie in die Lage versetzt, sich beizeiten auf die ungeheure Mehrleistung vorzubereiten, die plötzlich von ihnen verlangt werden mußte. So sahen sie sich bei Ausbruch des Krieges nur auf sich selbst gestellt, sahen sich abgeschnitten von jeder Zufuhr von außen, zahlreicher und wertvoller Kräfte wie Arbeitsmittel beraubt, ohne jede Möglichkeit eines ausreichenden Ersatzes, sahen sich ferner vor teilweise stark veränderte Arbeitsbedingungen, vor eingeschränkte Verkehrsmöglichkeiten gestellt, — und sollten trotzdem von heute auf morgen das Doppelte und Dreifache leisten. Gebieterisch wurde deshalb das Improvisieren, das Schaffen aus dem Handgelenk zur Pflicht. Aber gerade hier zeigten sich die außerordentlichen schöpferischen Kräfte, die von jeher in unserem Volke lebendig waren. Hatten deutscher Fleiß und deutsche Tüchtigkeit schon vorher die Welt in Staunen gesetzt, so ward jetzt in den Monaten des Krieges ein Hohes Lied der Arbeit gesungen, dem noch Enkel und Enkelkinder voll Andacht lauschen werden.

Wie war es nun angesichts dieser erstaunlichen Leistungen unserer Gütererzeugung möglich, daß sich trotzdem das wirtschaftliche Kapitel

des Krieges über alle Maßen beschämend gestalten konnte, und daß es der ganzen Opferfreudigkeit des Volkes bedurfte, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu vermeiden? Wiederum bleibt, im letzten Grunde, die Schuld an der Reichsregierung haften, die trotz der von manchen Organen bewiesenen Unzulänglichkeit bestrebt war, untaugliche, aber bequeme Mitarbeiter gegen die nahezu einstimmige Verurteilung der öffentlichen Meinung im Amte zu erhalten.

Wie in diplomatischer Hinsicht, so war der Krieg natürlich auch in wirtschaftlicher Beziehung in keiner Weise vorbereitet worden. Weder hatte man an die rechtzeitige Sicherstellung der erforderlichen Rohstoffmengen gedacht, wie sie vor Jahren in den bekannten und von der Linken ausgelachten Antrag Kanitz in Anregung gebracht wurde, noch hatte man auf die Vorbereitung des ungeheuren Organisations-Apparates Bedacht genommen, der mit dem ersten Tage des Krieges zur Bewältigung der tausend auftauchenden Fragen notwendig werden mußte. Vergeblich hatte der weitblickende Lübecker Senator und Großkaufmann Possehl noch im tiefsten Frieden die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges in Anregung zu bringen versucht; seine diesbezüglichen Vorschläge verstaubten Monate hindurch in den Akten, und als man sich in der Wilhelmstraße endlich entschloß, eine erste, vorberatende Konferenz für den — August 1914 einzuberufen, war mittlerweile der Krieg leider bereits zum Ausbruch gekommen. Gleich der Industrie und Landwirtschaft sah sich deshalb auch die Regierung zu Improvisationen gezwungen, da die vielgestaltigen, ungeheuer verwickelten Fragen der Heeresversorgung und Volksernährung, die längst im Frieden hätten vorbereitet werden müssen, nunmehr gleichsam im Handumdrehen gelöst werden wollten. Aber während in dieser Hinsicht Industrie und Landwirtschaft in ihren Interessenvertretungen und Berufsorganisationen schon vom Frieden her eine geeignete Grundlage für die Bewältigung der plötzlich an sie herangetretenen Aufgaben besaßen, sah die Regierung sich gezwungen, ihre wirtschaftliche Kriegsorganisation aus dem Nichts zu schaffen und die hier in erster Reihe sich aufwerfende Personenfrage lediglich unter dem Gesichtspunkte größtmöglicher Beschleunigung zu lösen.

Die Folgen der notwendigerweise überstürzten Personenauslese, bei welcher das jüdische Element zweifellos in starkem Maße bevorzugt wurde, sowie der nicht minder überhasteten Inangriffnahme der Geschäfte konnten nicht ausbleiben und sind schnell zutage getreten. Sie äußerten sich zunächst einmal und in peinlichem Umfange bei der Vergebung der Heereslieferungen, bei denen der Staat auch in diesem Kriege um Millionen und Abermillionen geprellt wurde. Statt dar-

auf bedacht zu sein, an den naturgemäß einträglichen Vergebungen nach Möglichkeit die Allgemeinheit zu beteiligen, und statt sich für Angebote wie für Aufträge der kaufmännisch zuverlässigen Handels- und Handwerkerkammern oder der sonstigen vorhandenen wirtschaftlichen Organisationen zu bedienen, wurde das ganze Heereslieferungsgeschäft dem sogenannten wilden Handel überlassen, der denn auch rasch genug geradezu abenteuerliche Verhältnisse herbeizuführen wußte. Elemente, die niemals mit dem Handel auch nur das geringste zu tun gehabt hatten, erhielten Lieferungsaufträge im Werte von Hunderttausenden und Millionen, während man Fabrikanten von der Schwelle wies, um ihnen später durch irgendeinen „Kommissionär" den vorenthaltenen Auftrag überweisen zu lassen. Pelzlieferungen wurden an Zahnärzte, Schokoladenbestellungen an Damenmäntelgeschäfte vergeben, und was dergleichen aktenmäßig belegte Vorkommnisse mehr sind. Erst als der allgemeine Unwille zu lebhafterem Ausdruck kam, besann man sich auf die gegebenen wirtschaftlichen Vermittlungsstellen, die nunmehr einen großen Teil der Heereslieferungen zugewiesen erhielten. Und Hand in Hand damit wurde es jetzt endlich erreicht, daß der kleine Handwerker nicht mehr zu einem Spottpreis für irgendeinen Kommissionär zu arbeiten brauchte, sondern an den Lieferungsaufträgen seinen angemessenen Verdienst besaß. In vollem Umfange ist das Übel freilich niemals ausgerottet worden; denn noch nach achtzehn Monaten der Kriegsdauer wurde von Fabrikantenverbänden Klage darüber geführt, daß ihre Mitglieder — sehr zum Schaden des Staates — nur auf dem Wege über einen unlauteren Zwischenhandel an die Heeresverwaltung zu liefern vermochten.

In einem für die Allgemeinheit noch weit empfindlicheren Maße äußerten sich jedoch die Mängel der wirtschaftlichen Organisation auf dem hochwichtigen Gebiete der Volksernährung. Obwohl es auf der Hand lag, daß im Falle eines Krieges mit England der Ausgang des ganzen Feldzuges von der glücklichen Lösung gerade dieser Frage unmittelbar abhängig war, hatte die Regierung auch hier keinerlei Veranlassung genommen, beizeiten einer Prüfung des bedeutsamen Gegenstandes näher zu treten. Erfreulicherweise hatte jedoch die Landwirtschaft politisch weiter gesehen und in rechtzeitiger Klärung der ganzen Ernährungsfragen alle durch einen Aushungerungskrieg aufgeworfenen Notwendigkeiten berücksichtigt. Ihre führenden Körperschaften waren daher in der Lage, noch im ersten Monat des Krieges der Regierung eine eingehend begründete Denkschrift zu unterbreiten, in welcher zwar die Knappheit der vorhandenen Vorräte betont, andererseits aber der festen Überzeugung Ausdruck ge-

geben wurde, daß es gelingen werde, das deutsche Volk auch ohne nennenswerte Zufuhren ausreichend zu ernähren, — sofern die Regierung imstande sei, die Bevölkerung zur sparsamsten Verwendung der vorhandenen Vorräte zu erziehen. Als bestes Mittel für eine umfassende und alle Verhältnisse, einschließlich der Preisgestaltung, berücksichtigende Regelung von Angebot und Nachfrage wurde dabei die Beschlagnahme der Mehrzahl aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse — natürlich auch der landwirtschaftlichen Bedarfsstoffe an Futter- und Düngemitteln — in Vorschlag gebracht, und es unterliegt keinem Zweifel, daß die rechtzeitige Verwirklichung dieser Anregungen zu einer befriedigenden Lösung der Ernährungsfrage für die ganze Kriegsdauer geführt haben würde.

Aber das Reichsamt des Innern bekundete für die von landwirtschaftlicher Seite kommenden Vorschläge nicht das geringste Interesse. Wie Graf von Schwerin-Löwitz seinerzeit zu berichten wußte, war die vorgeschlagene Maßnahme in Handelskreisen lebhaftem Widerspruche begegnet, und angesichts der engen persönlichen Beziehungen maßgebender Stellen zu führenden Männern der Handelswelt war es schließlich kein Wunder, daß die dankenswerten Vorschläge der Landwirtschaft ebenso zurückgewiesen wurden, wie ihr Anerbieten, bei der Regelung der ganzen Frage mit entsprechend gebildeten Organisationen der Regierung hilfreich zur Seite zu stehen. Allen Warnungen zum Trotz wurde das ganze Gebiet der Ernährungsfragen zunächst dem vielgepriesenen „freien Spiel der Kräfte" überlassen und damit selbst in dieser Lebensfrage des Volkes das Gesamtheitsinteresse hinter die Sonderwünsche bestimmter Kreise zurückgestellt.

Es würde im Rahmen dieser Schrift natürlich zu weit führen, das Kapitel der Volksernährung, in welches auch unsere Valuta-Politik bedeutsam hineinspielt, eingehender zu behandeln. Wie bekannt, sah die Regierung sich schon nach Verlauf der ersten Monate des Krieges gezwungen, ihr bisher versuchtes System in Bankerott zu erklären und die von landwirtschaftlicher Seite vorgeschlagenen Maßnahmen, eine nach der anderen, zur Durchführung zu bringen. Aber auch jetzt noch hielt man sich den Rat und die Mitwirkung der hier in erster Reihe zuständigen erfahrenen Praktiker ängstlich vom Leibe und suchte sich auf eine Volkswirtschaftslehre zu stützen, welche beherzt die Gelegenheit ergriff, ihre vermeintliche Richtigkeit durch geradezu abenteuerliche Experimente zu erweisen. Hatten die Vorschläge der Landwirtschaft klug zwischen Möglichem und Unmöglichem unterschieden, hatten sie eine Rationierung der Erzeugnisse nur insoweit empfohlen, als die Ware die damit verbundenen Mängel der Behandlung vertrug, und hatten sie vor allem die größtmögliche

Unterstützung der Produktionssteigerung gefordert, so beschritt die Regierung auf Anregung ihrer volkswirtschaftlichen Berater gerade die entgegengesetzte Bahn. Um die Massen bei Laune zu erhalten, erhob sie als Zeichen ihrer Liberalität den Staatssozialismus zum herrschenden Prinzip, und die planmäßige Rationierung aller Bedarfsmittel nahm unbekümmert um deren Empfindlichkeit und Hand in Hand mit einem systematischen Feldzug gegen die Produktionsfreudigkeit ihren vielversprechenden Anfang. Gleich Pilzen schossen die Kriegsgesellschaften aller Art aus dem Boden; und das sofortige Verschwinden der Ware vom Markt, das maßlos aufreizende „Schlange-stehen", sowie ein wucherischer Schleichhandel von kaum geahntem Umfange waren die regelmäßige unausbleibliche Folge.

Es ist überflüssig, näher auf diese Zustände einzugehen, die wir alle am eigenen Leibe verspüren, und über deren schädliche Einwirkung auf die körperliche und sittliche Gesundheit unseres Volkes kein Wort verloren zu werden braucht. Und ebensowenig bedarf es der Betonung, daß gerade die Mißstände unseres Ernährungswesens auch ihrerseits nicht unwesentlich zur Verlängerung des Krieges beitragen mußten. Wie oft die Gegner auch im Felde geschlagen oder wie nahe sie auch zuzeiten daran sein mochten, das Spiel verloren zu geben, — immer wieder vermochte ihre Hoffnung sich an dem Teuerungsgeschrei oder an den Teuerungskrawallen zu beleben, wie sie die ersten Kriegsjahre sahen. So hat denn schließlich auch das Versagen der amtlichen Stellen in der Ernährungsfrage eine schwere Blutschuld auf sich geladen, und Tausende deutscher Männer haben mit ihrem Blute die Fehler dieses Systems gebüßt.

Innere Kämpfe.

Zum ersten Male seit langer, kaum noch erdenklicher Zeit fühlte sich durch den Ausbruch des Krieges das deutsche Volk in allen seinen Gliedern zu einer restlosen Einheit verbunden. Die Wogen der nationalen Begeisterung, die ausnahmslos alle Bevölkerungsschichten ergriffen, hatten das kleinliche Parteigezänk mit einem Schlage hinweggeschwemmt, von dem unser öffentliches Leben je länger, je mehr vergiftet zu werden drohte. Hätten deshalb die Parteien nicht von sich selbst aus den Burgfrieden verkündet, — er würde durch den Druck der Wählermassen fraglos und kurzerhand erzwungen worden sein. Die Stunde, in welcher die ganze Zukunft des deutschen Volkes zur Entscheidung stand, hatte keinen Platz für Klassenkampf und Wahlkreisstrategie gelassen. Wer jene

Tage einer kaum in den Freiheitskriegen gesehenen Erhebung der Geister offenen Sinnes erlebt hat, wird niemals die gewaltigen Eindrücke vergessen, in denen sich ihm damals die deutsche Volksseele in ihrer ganzen Größe und Tiefe offenbart hat. Ausgelöscht der Unterschied zwischen Reich und Arm, geschwunden die Kluft zwischen Hoch und Niedrig, überbrückt der Riß zwischen Stadt und Land, zum ersten Male in ihrer Geschichte die Deutschen restlos geeint in allen ihren Stämmen: fürwahr, damit konnte die Welt aus ihren Angeln gehoben werden!

So hatte sich denn, unter dem Zwange dieser elementaren Erhebung, selbst die sozialdemokratische Führerschaft in ein Unabänderliches gefügt, nachdem sie in ihren mißglückten Friedensdemonstrationen erkannt hatte (was übrigens keinem tiefer Blickenden zweifelhaft erschienen war), daß weder die Verelendungstheorie, noch der Traum einer internationalen Weltverbrüderung vermocht hatten, die angeborene Vaterlandsliebe und die nicht minder angeborenen kriegerischen Tugenden in den von ihr mißleiteten Massen zu ertöten. Man durfte deshalb in vornherein versichert sein, daß allen Drohungen zum Trotz die Mobilmachung und der Aufmarsch sich ohne Störung vollziehen, und daß kein Generalstreik oder irgendeine andere Dummheit das wundervolle Gesamtbild beeinträchtigen würden, das sich in der Mobilmachungswoche vor unseren Augen entrollt hat.

Dennoch gab es hinsichtlich der Haltung der sozialdemokratischen Führerschaft eine kleine Überraschung, als in der ersten Reichstagssitzung die sozialdemokratische Fraktion in Gemeinschaft mit allen bürgerlichen Parteien sich für die debattelose Annahme der Kriegskredite erklärte. Was war geschehen, und gab es noch Zeichen und Wunder? Hatte die Stimmung der Massen, die an Kriegsbegeisterung den bürgerlichen Kreisen nichts nachgab, so stark gewirkt, daß man eine Ablehnung der Kredite nicht wagte, oder war hier der Regierung, wie eilfertige Trabanten sofort zu versichern wußten, allen Ernstes ein großer Wurf gelungen?

Die Wahrheit lag, wie so oft, in der Mitte. In der Tat war die sozialdemokratische Führerschaft durch die Haltung der Massen so vollkommen überrumpelt und in so starkem Maße beeinflußt, daß sie schon aus diesem Grunde nicht gewagt haben würde, dem Reiche die Mittel zur Kriegführung zu versagen und sich dadurch in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu ihrer Gefolgschaft zu bringen. Zum anderen aber war sie auch taktisch viel zu gut erzogen, um nicht im Augenblick die Trümpfe zu erkennen, welche für die Partei im Spiele lagen, sobald sie sich dazu entschloß, in dieser Schicksals-

stunde des Reiches ohne äußeren Vorbehalt auf den Boden des Staatsgedankens zu treten. Niemals hat denn auch die Sozialdemokratie richtiger gerechnet, als in diesem letzten Punkte; denn noch war ihren Erwägungen die Tat vom 4. August nicht gefolgt, als sie bereits die bestimmte Zusicherung des Kanzlers besaß, eine „Neuorientierung der inneren Politik" nach dem Kriege werde die logische Folge eines sozialdemokratischen Frontwechsels sein.

Es ist einer der im Kampfe gegen das Bethmann'sche System am meisten gehörten und am hartnäckigsten festgehaltenen Irrtümer, daß der frühere Kanzler, möge er im übrigen gefehlt haben, was er wolle, das „überragende Verdienst" für sich in Anspruch nehmen könne, „die Sozialdemokratie dem Staatsgedanken gewonnen" und dadurch dem deutschen Volke erst eine „wirkliche Einheit" errungen zu haben. Nun, wie es um diese „Einheit" tatsächlich bestellt ist, haben die beiden Kriegsjahre wohl zur Genüge bewiesen. Aber auch hinsichtlich des vermeintlichen Gesinnungswechsels der Sozialdemokratie enthält der Satz einen nicht minder groben und auf gänzlich falsche Voraussetzungen gegründeten Irrtum. Nichts ist verhängnisvoller, als die Annahme, die sozialdemokratische Führerschaft habe sich mit der Bewilligung der Kriegskredite, also mit diesem — vom Abgeordneten Borchardt und anderen Genossen rund heraus zugegebenen — taktischen Nützlichkeitsmanöver auf den Boden des bürgerlichen Rechtsstaates gestellt, und nichts wäre folgenschwerer, als der Wahn, die Sozialdemokratie, bzw. ihre Leitung (von der hier allein die Rede ist) durch schwächliche Nachgiebigkeit auf der von ihr am 4. August 1914 vorübergehend betretenen Bahn erhalten bzw. weiterführen zu können. In hundert Erklärungen haben die maßgebendsten Führer und Organe der Partei unumwunden zum Ausdruck gebracht, daß sich an dem „Wesen der Sozialdemokratie während des Krieges nichts, aber auch gar nichts geändert" hat, daß sie „grundsätzlich nichts aufgegeben" haben, sondern „geblieben sind, was sie waren und bleiben: Demokraten und Sozialisten".

Demgegenüber will es nicht das geringste besagen, daß die sozialdemokratische Partei unter dem früheren Kanzler mehr und mehr zu einer Schutztruppe der Regierung und damit bis zu einem gewissen Grade zum positiven Mitarbeiter in manchen Fragen staatlicher Notwendigkeit geworden ist. Denn der bestimmende Grund für diese Haltung war nicht das Interesse am Staat, sondern allein der Wunsch, Herrn von Bethmann Hollweg im Amte zu erhalten, wie es denn auch Genosse Landsberg geradezu für ein „Unglück" bezeichnete, „wenn dieser Mann einem anderen Platz machen müßte". Ohne Zweifel: Herr von Bethmann Hollweg galt der Sozialdemo-

kratie als der Bannerträger demokratischer Ideale, um einen Ausdruck aus der genössischen Parteiliteratur zu gebrauchen, und lediglich die Rücksicht auf einen so überaus wertvollen Verbündeten konnte nach dem Überwinden des Mobilmachungsschrecks die Parteileitung in ihrer Bewilligungsfreudigkeit erhalten.

Erst eine spätere Zukunft wird vielleicht die restlose Klärung der Frage erbringen, ob Herr von Bethmann Hollweg in seinem staatsmännischen Geistesflug nur auf Grund verloren gegangener Orientierung in der Nähe der Genossen, als in einem Nothafen, gelandet, oder ob er dabei einem dunklen Drange des eigenen Wesens gefolgt ist. Wie dem aber auch sei, — das Eine läßt sich heute bereits mit aller Sicherheit sagen: daß er es verstanden hat, den günstigsten Augenblick für die Lösung der sozialdemokratischen Frage mit einem geradezu meisterlichen Geschick zu verpassen. Damals, als in den Tagen vor der Mobilmachung die Massen zusehends der Hand ihrer Führer entglitten, und als diese auf ihren Doktrinen in einer nichts weniger, als glänzenden Isolierung sitzen zu bleiben drohten, — damals war der Zeitpunkt gegeben, die Parteipäpste zu entthronen und ihre mißleitete Gefolgschaft in das nationale Lager hinüberzuführen.

Immerhin, für den Augenblick war der innere Frieden gesichert, schien die treuga Dei in der Tat kein leerer Wahn. Doch nur zu bald zeigte es sich, daß die Regierung mit dem Begriffe des Burgfriedens ihre ganz besonderen Vorstellungen verband und daß sie unter seinem Schutze für sich und die ihr nahestehenden Kreise auf eine Schonung Anspruch erhob, die sie den Vertretern einer anders gerichteten Anschauung nicht im entferntesten einzuräumen gedachte. Und gleichzeitig damit wurde nun auch offenbar, daß Herr von Bethmann Hollweg seinen bereits während des Friedens in die Wege geleiteten Frontwechsel vollkommen gemacht, bzw. daß er sich entschlossen hatte, ihn künftighin ungescheut zum Ausdruck zu bringen. Denn konnte bis zum Ausbruch des Krieges immerhin noch die Auffassung geltend gemacht werden, daß es sich bei den gelegentlichen demokratischen Anwandlungen der Regierung nur um harmlose Extratouren handle, wegen deren man, nach einem bekannten Worte Bülows, nicht gleich einen roten Kopf zu kriegen brauche, so wurde es jetzt offensichtlich, daß das Verhältnis zwischen den maßgebenden Stellen und der Linken auf eine so nachsichtige Beurteilung fürderhin keinen Anspruch erheben dürfe. Herr von Bethmann Hollweg hatte zweifellos seinen emphatisch verkündeten Grundsatz, sich „über" den Parteien zu halten, geopfert und war entschlossen, seine parlamentarischen und außerparlamentarischen Stüt-

zen künftighin dort zu suchen, wo das „Ferment der Dekomposition“ um seine politische Vorherrschaft rang.

Es liegt auf der Hand, daß ein so grundlegender Wandel in der Haltung der Regierung, selbst wenn er sich der breiteren Öffentlichkeit gegenüber zunächst unter dem verschleiernden Vorhang des Burgfriedens vollzog, auf die Stellungnahme der übrigen Parteien nicht ohne Folgewirkung zu bleiben vermochte. Denn in dem zwischen der Regierung und der Linken geschlossenen Bündnis war zweifellos, und zwar spätestens für die Zeit nach dem Kriege, ein Programm zu erblicken, dessen Durchführung vom Standpunkte der staatserhaltenden Parteien aus nur mit äußerstem Mißtrauen betrachtet werden konnte. Zum anderen aber vollzog sich auch der Abmarsch der Regierung in das Lager der Linken unter den Formen, die einer offenen Fehdeansage an die staatserhaltenden Parteien gleichkamen und die in einer Reihe verstimmender und erbitternder Maßnahmen einen beredten Ausdruck erhielten. Während z. B. die Linke in ihrer politischen Arbeit kaum irgendwelchen Einschränkungen unterworfen ward und in Versammlungen und Presse die weitestgehende Redefreiheit genoß, sahen sich Konservative, Nationalliberale und Zentrum in ihrer Bewegungsfreiheit der empfindlichsten Einschränkung unterworfen. Ihre in den leitenden Körperschaften gefaßten Entschließungen wurden kurzerhand unterdrückt oder verstümmelt, ihre Versammlungen verboten oder unter polizeiliche Überwachung gestellt, und ihre Preßorgane auch bei geringfügigem Anlaß mit tagelangen Verboten belegt. Alle diese Maßnahmen waren natürlich schon von sich aus geeignet, in den Kreisen dieser Parteien eine Gereiztheit zu schaffen, die längst einen kraftvollen Ausdruck gesucht und gefunden hätte, wenn durch die Führer nicht immer von neuem ein mäßigender Einfluß geübt worden wäre. Zu höchster Verbitterung aber steigerte sich die Stimmung, als im Jahre 1915 unter der anfänglichen Duldung, später jedoch offenen Begünstigung der Regierung eine zeitweise geradezu maßlose Hetze gegen die Landwirtschaft begann, um für die durch das Teuerungsgeschrei verursachte Erregung der Massen ein bequemes und billiges Ventil zu schaffen.

Damals, im Jahre 1915 wurde nicht nur der unselige Gegensatz zwischen Stadt und Land von neuem aufgerissen, sondern wurde auch dem Burgfrieden und mit ihm dem inneren Frieden des Volkes das Sterbeglöcklein geläutet. Denn seit dieser Zeit ist der alte Parteihader in einem ungleich verstärktem Maße wieder aufgelebt, und das rigoros gehandhabte Mittel der Zensur hat es lediglich zuwege gebracht, die schwelende Glut sich nur um so weiter und tiefer fressen zu lassen.

Mit unabweisbarer Folgerichtigkeit hat sich seitdem die Entwicklung im Innern vollzogen. Je stärker im ganzen Lande die mit Naturnotwendigkeit einsetzende und von nationalen Gesichtspunkten getragene Opposition sich erhob, um so enger wurde das Verhältnis zwischen dem Kanzler und der ihm verbündeten Linken. Was Wunder, daß schließlich überhaupt kaum mehr eine Frage zu denken war, in welcher nicht von vornherein Regierung und Demokratie geschlossen dem nationalen Gedanken gegenübergestanden hätten. Mochte es sich nun um den U-Bootkrieg oder um die Entlassung des Großadmirals von Tirpitz, mochte es sich um Kriegszielfragen oder um die Stellung zu diesem und jenem Gegner handeln, — immer zeigt sich uns dasselbe Bild einer hoffnungslos in den Fesseln der Linken verstrickten Regierung, die ihren Feind nicht im gegnerischen Auslande, sondern in den nationalen Kreisen des eigenen Volkes erblickte. Umgekehrt jedoch entwickelte sich die Linke, selbst auf ihrem äußersten Flügel, mehr und mehr zu einer rein gouvernementalen Partei, die in ihren Organen — „Berliner Tageblatt", „Frankfurter Zeitung" und „Vorwärts" — unermüdlich bestrebt war, ihre mehr als einmal ins Gedränge geratenen „Chauffeur" — wer kennt nicht Conrad Haußmanns bildkräftige Wendung — fest auf seinem Chauffeursitz zu halten.

Natürlich wäre es gefehlt, wollte man annehmen, die Linke habe Herrn von Bethmann Hollweg etwa um seiner selbst willen oder nur aus dem Grunde gestützt, um mit seiner Hilfe den Verzichtfrieden zu verwirklichen, den sie aus teilweise durchsichtigen Gründen für erstrebenswert und nützlich erachtet. Gewiß, dieses Ziel hat bei ihrer Haltung gegen Herrn von Bethmann Hollweg eine gewichtige Rolle gespielt; aber als allein ausschlaggebend darf man es nicht bezeichnen. Ein wesentlich mitbestimmender Grund war hier vielmehr die Aussicht auf die zugesagte Neuorientierung, die sich infolge der Kriegsdauer allzulange hinausschob, und die man deshalb mit Hilfe des willen- und wehrlosen Kanzlers noch während des Feldzuges durchzuführen gedachte. Und in der Tat, auch hier erwies sich die Rechnung als schlüssig, ließ sich Herr von Bethmann Hollweg nur allzu leicht auf den abschüssigen Boden eines verhängnisvollen Entgegenkommens drängen. Mit kleinen Konzessionen, wie der Aufhebung des Jugendlichen-Paragraphen, fing es an, und mit einem geschlossenen Ansturm auf die Grundlagen der Verfassung — vorab natürlich auf das preußische Wahlrecht — nahm das Spiel seinen bitteren, in den Folgen nicht abzusehenden Fortgang. Als ein erstes Opfer wurde dabei der ohnehin zum Schatten seiner selbst gewordene Burgfrieden mit Blattschuß zur Strecke gebracht, so daß der Kampf

Sommer 1918

Kommandogewalt! Parlamentarisches System! etc!

zwischen den demokratischen und staatserhaltenden Parteien nunmehr in vollster Schärfe seinen Anfang nehmen konnte. Aber auch in diese letzteren Parteien selber, wenigstens soweit Nationalliberale und Zentrum in Frage kommen, wurde die Brandfackel der Zwietracht geschleudert. In beiden Parteien wurden auf dem linken Flügel alte und durch den Krieg nur vorübergehend unterdrückte demokratische Regungen wach, die mit dem Ungestüm, das radikalen Strömungen eigen ist, trotz aller Proteste der Wähler den Anschluß nach links zu bewerkstelligen suchten.

Daß bei einer solchen Sachlage der Zusammenbruch der politischen Hochstimmung, wie die Augusttage 1914 sie gesehen hatten, die natürliche Folge war, liegt auf der Hand. Sie mußte sich im Gegenteil um so sicherer ergeben, als die Regierung nicht im entferntesten daran dachte, das auf dem Altar des Vaterlandes entzündete heilige Feuer brennend zu erhalten. In all den langen Monaten des Krieges und ungeachtet der vom Volke gebrachten Opfer ist seitens der Regierung nicht ein einziges zündendes Wort gefallen, das geeignet gewesen wäre, die allmählich und nach natürlichen Gesetzen verflackernde Glut von neuem zu entfachen und zur lodernden Flamme zu schüren. Man sah zu, wie sie sich langsam verzehrte, hoffend, daß damit auch der nationale Wille und eine ihres Deutschtums bewußt gewordene Kraft verflackern werde, welche ebensosehr drohte, die engen politischen Zirkel der Regierung, wie die magischen Kreise der internationalen Geister zu sprengen.

Wieder einmal darf deshalb von uns gelten, was als Motto über so manchem Kapital deutscher Geschichte prangt: ein großer Aufwand schmählich ward vertan! Denn was sich in den Augusttagen 1914 der deutschen Volksseele entrang, war lauterstes Gold, und ein Staatsmann von schöpferischer Gestaltungskraft hätte es in der Hand gehabt, daraus Schätze von unvergänglichem Werte zu formen. Selbst die mancherlei Schlacken, die noch an Bismarcks großem Werke haften, und die mannigfachen Schäden, die sich im Verlaufe der Jahrzehnte eingestellt haben, — sie wären damals in den lodernden Flammen der Begeisterung mühelos auszuglühen gewesen. Aber Herr von Bethmann Hollweg hat die Zeichen der Zeit nicht verstanden, konnte sie aus seiner Natur heraus nicht verstehen und war deshalb blind für die schicksalsgestaltende Stunde, in welcher der Krieg, der große Arzt der Völker, sich anbot, ihm hilfreich zur Seite zu treten.

Die Zensur.

Daß Herr von Bethmann Hollweg keineswegs nur ein Mann schwächlicher Nachgiebigkeit war, und daß es verfehlt wäre, ihm jede Zielstrebigkeit und Willensstärke abzusprechen, erhellt, wenn man den Eifer betrachtet, mit dem er bemüht war, den Karlsbader Beschlüssen unseligen Angedenkens zugunsten seiner eigenen Person fröhliche Urstände zu sichern. In diesem Bemühen kämpfte er mit dem Mute der Verzweiflung, entfaltete er Fähigkeiten und Kräfte, die ihn zweifellos zu einem bedeutenden Staatsmanne gemacht hätten, wenn sie nach der schöpferisch-aufbauenden und nicht nach der entgegengesetzten Seite hin wirksam gewesen wären.

Der Zusammenbruch der Bethmann'schen Politik, den der Kanzler nach Ausbruch des Krieges gegenüber dem englischen Botschafter in so beweglichen Worten festgestellt hatte, war natürlich auch in der breiteren Öffentlichkeit keineswegs ein Geheimnis geblieben. Mochte die Presse auch vorerst unter dem gewaltigen Eindrucke der Ereignisse von einer kritischen Haltung Abstand genommen haben, so schienen doch für die Zukunft gerade nach dieser Richtung hin peinliche Erörterungen mit Sicherheit zu erwarten. Die Gefahr lag für den Kanzler sogar um so näher, als dank der Mängel der militärischen Rüstung immerhin mit Rückschlägen auf dem einen oder dem anderen Kriegsschauplatze zu rechnen war. Zweifellos aber würde man dann bei freier Meinungsäußerung nach dem Schuldigen oder Verantwortlichen fragen, und wo sollte man ihn anders suchen als in jenem Manne, dessen Verantwortlichkeit nicht nur durch die Verfassung, sondern auch durch zahllose politische Fehler auf innerem und äußerem Gebiete klar genug zutage lag. Es galt demnach für Herrn von Bethmann Hollweg, nach dieser Richtung hin beizeiten vorzubauen, wenn anders er sich eines Tages nicht durch den allgemeinen Unwillen von einem Platze gefegt sehen wollte, an dem er nun einmal mit allen Fasern seines Herzens hing.

Leider haben die stellvertretenden Kommandierenden Generale, in deren Hand die Wahrnehmung der Zensurgeschäfte lag, in ihrer großen Mehrheit nicht von vornherein die Partie durchschaut, die Herr von Bethmann Hollweg im Vertrauen auf ihre politische Kurzsicht und soldatische Geradheit mit ihnen zu spielen gedachte. Obwohl von 1870 her eine ausreichende Erfahrung hinsichtlich der Anwendung des Kriegszustandes vorlag, und obwohl Volk und Presse sich geradezu vorbildlich benahmen, wurden sie vom Kanzler aus ihrer vom Gesetzgeber in erster Reihe militärisch gedachten Rolle

als Hüter des öffentlichen Wohles vollkommen auf das politische Gebiet gedrängt, wo sie dank ihrer mangelnden Vertrautheit mit den einschlägigen Fragen und mit den Arbeitsmethoden Bethmann'scher Politik mehr und mehr zu bloßen politischen Polizeiorganen des Kanzlers herabgedrückt wurden.

Namentlich und zunächst kam es Herrn von Bethmann Hollweg natürlich darauf an, die eigene Person samt der von ihm bis zum Ausbruche des Krieges vertretenen Politik aus der Schußlinie der öffentlichen Kritik zu bringen. Deshalb wurde, nach dem bereits bekannten Rezept, der Träger der Krone als Deckung benutzt, indem man die vom Kanzler verantwortlich gezeichnete Politik kurzerhand als Ausfluß der kaiserlichen Willensmeinung frisierte und sie damit der öffentlichen Behandlung entzog. Aber selbst die nach der Verfassung noch um vieles weniger verantwortlichen militärischen Stellen wurden je nach Bedarf als Schutzschild herangezogen, um irgendwelche rein politischen Vorgänge, die mit militärischen Interessen auch nicht das mindeste zu tun hatten, aus der öffentlichen Erörterung zu halten. Wie sich ein solches Verfahren charakterisiert, das in Dutzenden von Fällen zu beobachten war und das vom Reichstage wiederholt in aller Deutlichkeit festgestellt wurde, bedarf wohl keiner Betonung.

Neben diesem Bestreben, die Zensur zum Besten der eigenen Person zu verwenden, war es dann vor allem der Wunsch, eine Aussprache über die Kriegsziele zu verhindern, welche die Mehrzahl aller Zensurbestimmungen ins Leben rief. Daß das Volk Hunderttausende seiner Söhne und Milliarden an Werten opferte, und daß es deshalb ein unmittelbares und unbestreitbares Recht besaß, zu wissen, wofür die Ströme von Blut eigentlich flossen, — eine solche Erwägung fiel für die Regierung anscheinend nicht ins Gewicht. Sie ließ in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" erklären, daß hinsichtlich der Kriegszielfrage erst in einer späteren Zeit „dem freien Volke das freie Wort" verstattet werden könne, und leider wußten weder der Reichstag, noch die nationalgesinnte Presse dieses elementarste Recht des Volkes gegen den behördlichen Eingriff zu sichern. Wenigstens in diesem Punkte hatte Herr von Bethmann Hollweg also richtig gerechnet; der militärische Druck hielt jeden etwa versuchten Widerspruch nieder, und mit seiner Hilfe erzwang sich der Kanzler für seine weitere Amtsführung einen Blankoscheck, der ihm freiwillig nun und nimmer gegeben worden wäre.

Es würde hier zu weit führen, eine Blütenlese der Mißstände und der manchmal nur schwer glaublichen Vorkommnisse zu geben,

welche der viel zu weit gespannte Rahmen der Zensur im einzelnen gezeitigt hat und in manchen Fällen aus natürlichen Ursachen geradezu zeitigen mußte. Die wiederholten Verhandlungen des Reichstages haben zudem in dieser Richtung bereits eine Fülle von Stoff ans Tageslicht gebracht, und weitere Sammlungen werden zweifellos nach beendetem Kriege der Öffentlichkeit zugänglich werden. Daß wir tatsächlich in ernstlicher Gefahr waren, in echt russische Zustände zu geraten, erhellt wohl am besten aus der Willkür, mit welcher das Bethmann'sche System gegen die im Sinne einer nationalen Politik tätigen Personen vorzugehen beliebte. Verfassungsrechtlich gewährleistete Sicherheiten wurden nicht etwa außer Kraft gesetzt, sondern überhaupt gar nicht erst beachtet; heimliche Öffnung der Briefe, nicht minder heimliche Haussuchungen, Beschlagnahmungen ohne rechtlichen Ausweis, Drohungen mit dem Standrecht usw. blieben keineswegs vereinzelte Fälle. Mit einem Wort, als sich das erste Kriegsjahr zu Ende neigte, hatten die berüchtigten Karlsbader Beschlüsse fröhliche Urstände gefeiert.

Immerhin, so unerträglich die von oben herab befohlene Erdrosselung des öffentlichen Lebens auch sein mochte, die Erbitterung darüber wäre gemildert worden, wenn alle Parteien und politischen Richtungen durch diese Knebelung gleichmäßig betroffen worden wären. Wie wenig das jedoch in Wirklichkeit der Fall war, beweist am besten der Ausspruch eines mit der Wahrnehmung von Zensurgeschäften betrauten höheren Militärs: „Solange wir die drei großen Juden (Ullstein, Scherl und Mosse) haben, pfeifen wir auf die ganze öffentliche Meinung." Der durch diese drei Namen verkörperten Massenpresse, zu welcher zwar nicht der Auflageziffer, wohl aber dem Geiste nach auch die „Frankfurter Zeitung" gehört, wurde in der Tat während der ersten zwei Kriegsjahre ein Maß von Bewegungsfreiheit gestattet, das aller Beschreibung spottet und das seine Erklärung allein in der völligen politischen Übereinstimmung findet, die sich zwischen der Regierung und den durch jene Blätter vertretenen Kreisen herausgebildet hatte.

Neben dieser Massenpresse und neben einigen aus irgendwelchen modernen „Reptilienfonds" gespeisten Korrespondenzen waren es sodann vor allem die als „Flaumacher" bekannt gewordenen Publizisten, sowie einige „junge Leute" des Auswärtigen Amtes, die sich einer uneingeschränkten politischen Bewegungsfreiheit erfreuten. Namen wie Delbrück, Jäckh und Rohrbach, auch Harnack, Fendrich und Valentin bedeuten in dieser Hinsicht ein ganzes Programm, für das ein eigens gegründeter, sogenannter Nationalausschuß vergeblich zu werben bemüht war. Mit sicherem Instinkt hatte Herr von

Bethmann Hollweg in ihnen kongeniale Naturen gewittert, doktrinär belastete oder willensschwache Elemente, die sich in ihren politischen Zielen ebenso haltlos gaben, wie er selbst, und die vielleicht nicht sonderlich gefährlich gewesen wären, wenn nicht eben auch ihnen eine unbegrenzte Redefreiheit zur Verfügung gestanden hätte. So durften sie das Volk mit einer Hochflut von Druckschriften überschwemmen, die zum Teil heute verwarfen, was sie morgen als Lebensnotwendigkeit priesen, und welche auf diese Weise im Sinne des herrschenden Systems bemüht waren, das sichere instinktmäßige Urteil des Volkes nach Kräften irrezuführen.

Weniger geräuschvoll, aber in vaterländischer Hinsicht nicht minder bedenklich, vollzog sich das Wirken einer Reihe von Politikern ochlokratischer Richtung, die zur tätigen Mitarbeit an den großen Aufgaben des Krieges und vor allem zur Vorbereitung des Friedens herangezogen wurden. Wiederholt wurden sozialdemokratische Abgeordnete in wichtiger Mission ins Ausland geschickt, und mehr als einmal nahm der Kanzler Veranlassung, sie bei Frontreisen in persönliche Berührung mit dem Träger der Krone zu bringen. Dagegen wäre natürlich an und für sich und vom politischen Standpunkt aus nicht das mindeste zu sagen, wenn Herr von Bethmann Hollweg sich in dieser Hinsicht zu einer gewissen Parität verstanden haben würde. Bedenklich wurde die Übung vielmehr erst dadurch, daß er auf der anderen Seite — leider nur allzu erfolgreich — bestrebt war, die Vertreter einer nationalen Politik geflissentlich vom Hauptquartier fernzuhalten, um auf diese Weise die Anschauungen des Kaisers in vollkommen einseitiger Richtung zu bestimmen. Man käme in große Verlegenheit, wollte man auch nur einen einzigen Politiker nationaler Richtung benennen, dem im Verlaufe der beiden Kriegsjahre Gelegenheit geworden wäre, sich freimütig zu seinem Kaiser zu äußern, — ja, die Mittel entbehren nicht einmal des Humors, mit welchen selbst Personen fürstlichen Standes der Zutritt zum Kaiser unmöglich gemacht wurde, sobald nur von ferne der Verdacht bestand, sie könnten national infiziert sein. Wer davon auf die Dauer des Schaden haben wird, die Krone oder die Verfechter einer nationalen Politik, — das ist eine heute noch offene Zukunftsfrage, deren Beantwortung aber wohl keinem Kenner der Geschichte von Monarchien als zweifelhaft erscheinen dürfte.

Es hieße die Pflicht des gewissenhaften Chronisten verletzen, in diesem Zusammenhange nicht zweier Männer zu gedenken — Matthias Erzbergers und Philipp Scheidemanns —, die glücklicherweise nicht die Macht, wohl aber alle Anlage hatten, zu Totengräbern des Reiches zu werden. Dabei war Herr Scheidemann von Haus

aus eine herzlich unbedeutende Größe, den nicht einmal die russischen Delegierten in Stockholm der Mühe des Verhandelns für wert hielten und deshalb auf halbem Wege zu peinlicher Umkehr bewogen. Nur in Deutschland gedieh unter der Gnadensonne des Kanzlers sein Weizen zu üppiger Blüte, wurde er von der Wilhelmstraße zu einer maßgebenden Stellung emporgeschraubt, welche ihm selbst die sicherlich rege Phantasie der Genossen niemals prophezeit haben würde. War er wirklich nur der heimliche Chef der Reichskanzlei, oder gar der heimliche Kanzler selber? Niemand vermag es zu sagen. Aber wie dem auch sei, — das Eine steht außer Zweifel: daß es nicht nur um unsere Einschätzung im feindlichen Auslande, sondern auch um unser „Durchhalten" erheblich günstiger stünde, wenn die Tätigkeit Herrn Scheidemanns in denjenigen engen Grenzen belassen worden wäre, die ihm durch Verdienst und politische Einsicht gesetzt sind.

Ganz ähnlich steht es um Herrn Erzbergers überraschende Laufbahn, nur daß dieser durch eine maßlose Eitelkeit zu äußerstem Ehrgeiz gespornte Politiker um ein gut Teil gefährlicher ist, als sein ihm in manchen Dingen nach Art und Gesinnung verwandter Kollege. Leider hat sich seine Tätigkeit, soweit wir sie nicht im Parlament mit Scham und Entrüstung erlebt haben, vorwiegend auf geheime diplomatische Sendungen erstreckt, über die heute noch nicht öffentlich zu sprechen. Wohl aber ist schon jetzt die Feststellung möglich — und Fürst Bülow oder Herr von dem Bussche werden sie sicherlich gern bestätigen —, daß die diplomatischen Erfolge Herrn Erzbergers in Rom, wie in Bukarest im umgekehrten Verhältnis zu seiner Geschäftigkeit standen, denn nur in der Hofburg, bzw. im Vatikan haben seine Bemühungen um die Sache Habsburgs und des Hl. Stuhles gnädige Anerkennung gefunden. Was Herr Erzberger sodann innerpolitisch bedeutet, — was wäre heute noch darüber zu sagen, nachdem er sich selber als den erklärten Verneiner jeder größeren deutschen Zukunft enthüllt hat! Wäre unsere Zeit nicht so kurz von Gedächtnis, und wäre ihr der Fall „Wistuba" nicht so bald aus der Erinnerung geschwunden, so wären wir heute zwar im politischen Leben um eine als psychologisches Objekt interessante Persönlichkeit ärmer, hätten dafür aber zweifellos ein Mehr an innerer Widerstandskraft zu verbuchen. —

Nirgends und nach keiner anderen Richtung haben sich also die verneinenden und zerstörenden Fähigkeiten des Bethmann'schen Systems in so starkem Maße betätigt, als in den gesamten Fragen unseres innerpolitischen Lebens. Mochte es in der auswärtigen Politik noch so sehr versagt haben, — immer konnte es dort die Entschul-

digung in Anspruch nehmen, daß es durch die diplomatische Betriebsamkeit der Gegenpartei allzu stark in Atem gehalten und dadurch an der Betätigung des eigenen Schaffensdranges allzu sehr behindert worden sei. Für das Gebiet der inneren Politik jedoch traf ein solcher Einwand nicht zu, denn hier war das Feld für Herrn von Bethmann Hollweg frei, und konnte er, namentlich während des Krieges, schalten und gestalten, wie er vermochte. Was aber bietet sich dem Auge auch hier als das Ergebnis seiner Tätigkeit dar? Eine Trümmerstätte, unter deren Schutt wenn nicht mehr, so doch der innere Frieden des deutschen Volkes begraben liegt!

Ceterum censeo.

Durch eine sechsjährige Amtsführung sind wir der Kanzlerschaft Herrn von Bethmann Hollwegs gefolgt. Wir sahen das trostlose Erbe, das er im Jahre 1909 bei seinem Amtsantritt vorfand, und wir sahen, wie er es verstanden hat, die letzten Reste zu vergeuden, die von dem durch Bismarck aufgespeicherten Vermögen übrig geblieben waren. In bedeutsamer Stunde und zur Vorbereitung weltpolitischer Ereignisse war er auf seinen Posten berufen worden, — wie er seine Aufgabe verstanden, wie er Reich und Volk in einer Zeit geführt hat, da das Schicksal der halben Welt sich neu gestalten wollte, das haben die einzelnen Abschnitte dieses Buches erwiesen. Man darf es nicht ausdenken, was ein Staatsmann großen Wurfes aus einer solchen Zeit und gestützt auf ein solches Volk geschaffen haben würde.

Was soll nun werden? Wird Herr von Bethmann Hollweg wenigstens dann seine verhängnisvolle Tätigkeit beschließen, wenn es ihm glücklich gelungen sein wird, dem Volke den Preis seiner ungeheueren Opfer an Gut und Blut zu verkümmern? Das ist, wie die Dinge liegen, leider nicht anzunehmen; denn freiwillig geht dieser Kanzler niemals, nachdem er bei Kriegsausbruch gezeigt hat, welche Bürde von Mißerfolg und Schuld er leichten Herzens zu tragen vermag.

Bleibt mithin die Frage, ob das Volk sich ein längeres Verweilen dieses in seiner ganzen Gefährlichkeit wohl nur von sehr wenigen erkannten Mannes an Bismarcks Platze gefallen lassen soll. Gewiß, es ist das verfassungsmäßig verbürgte Recht der Krone, ihre Ratgeber nach eigenem Ermessen zu wählen und zu entfernen; daran ist bisher nicht gerüttelt worden und daran soll auch in Zukunft nicht

gerüttelt werden. Ebensowenig aber ist dem Volke das heilige Recht zu bestreiten, in einer Zeit höchster Not den Träger der Krone um die Entfernung eines Staatsmannes zu bitten, dessen Politik von so furchtbaren Erfolgen begleitet gewesen ist, und die bei längerem Verweilen im Amte sicherlich noch von weitaus verhängnisvolleren Folgen gekrönt werden würde. Denn was sollen wir für die Zukunft, für die Zeit nach dem Kriege von einem Manne erwarten, der in diesen Schicksalsjahren so überzeugend dargetan hat, daß er auch unter der Einwirkung weltgeschichtlicher Erfahrungen nicht umzulernen vermag? So sprunghaft und innerlich widerspruchsvoll die Politik namentlich seines letzten Vorgängers im Kanzleramte gewesen sein mag, — die Führung der Reichsgeschäfte durch Herrn von Bethmann Hollweg bewegt sich, vom ersten bis zum heutigen Tage, in einer so geraden Linie, zeichnet sich durch eine so überraschende innere Geschlossenheit aus, daß jeder politisch nicht gerade mit Blindheit geschlagene ohne weiteres die Bahnen erkennen kann, in denen sich seine Politik für die Zeit nach dem Kriege bewegen würde.

Was hier zunächst das Gebiet der inneren Politik anbetrifft, so haben die Schatten, welche die versprochene „Neuorientierung“ schon während des Krieges vorausgeworfen hat, wohl für alle vaterländisch Gesinnten die letzten Zweifel an der Aussicht behoben, daß sich uns die Schleusen einer ochlokratischen Hochflut öffnen werden, die — unter allerschwersten inneren Kämpfen — die Grundlagen des preußischen Staates ebenso unterspülen muß, wie sie die Fundamente erschüttern wird, auf denen die einzelnen Throne und der Kaiserstuhl ruhen. Das ist, wenn Herr von Bethmann Hollweg am Ruder bleibt, so sicher, wie das Amen in der Kirche. Freilich braucht eine solche Entwicklung sich bis zu ihren letzten Folgen nicht innerhalb eines Jahres zu vollziehen, ja, diese Folgen werden vielleicht von Herrn von Bethmann Hollweg selber gar nicht einmal mehr erlebt werden, — ausbleiben werden jedoch die Wirkungen der Ursachen keinesfalls, die er zu schaffen entschlossen und die er nach seiner ganzen Vergangenheit und Natur zu schaffen auch gezwungen ist. Ähnlich aber, wie diese ochlokratische Hochflut die staatspolitischen Grundlagen des Reiches zernagen muß, wird sie auch die wirtschaftlichen Pfeiler zertrümmern, die bisher den Wohlstand des Reiches und Volkes trugen. Schon jetzt, noch mitten im Kriege, hat der Sturmlauf wider den Schutzzoll begonnen, und die Überbürdung der Industrie mit immer höheren Steuerlasten wird ein übriges tun, uns im wirtschaftlichen Wettbewerb der Völker mehr und mehr in die Hinterhand zu drängen. Das innere Leben jedoch wird den durch die nationale Erhebung zu Anfang des Krieges

unterbrochenen Niedergang unbeirrt fortsetzen, denn schon während des Feldzuges haben wir ja gesehen, wie sich der Gönnerschaft Herrn von Bethmann Hollwegs in immer stärkeren Maße gerade diejenigen „geistigen Führer" des Volkes erfreuen, die in Weltanschauung, Literatur, Schrifttum und Kunst die Keime der Fäulnis in seine Seele zu senken verstanden. Ist es nötig, die Folgen auszumalen? Sie dürften mit Händen zu greifen sein, wenn man die Entwicklung der letzten Jahre vor Kriegsausbruch in gerader Richtung verlängert.

Mögen nun solche Zukunftsbilder diesem oder jenem Leser auch zu schwarz gemalt sein, — wer von ihnen, wer unter den ehrlichen und um das Deutschtum sorgenden Politikern hat auf Grund der bisher mit Herrn von Bethmann Hollweg gemachten Erfahrungen den Mut, schlechthin ihre Möglichkeit zu bestreiten? Darauf allein jedoch kommt es an, und es ergibt sich dann von selbst die Frage, ob es ruhig der Zukunft überlassen bleiben soll, inwieweit die Wirklichkeit die hier geäußerten Befürchtungen widerlegen oder bestätigen wird. Sollten sich deshalb unter den mit dem Ruhme unvergeßlicher Verdienste für das Volksganze bedeckten Führern der Industrie und der Landwirtschaft, unter der Blüte des hohen Beamtentums und der sich außer Dienst befindenden Offiziere des Heeres und der Flotte, unter den Dienern der Wissenschaft und den Angehörigen aller freien Berufe — kurz unter all denen, die Pflicht und Recht haben, Führer unseres öffentlichen Lebens zu sein, — sollten sich unter ihnen nicht diejenigen Männer finden, die ehrerbietig, aber offen zur Kenntnis des kaiserlichen Herrn bringen, was sie und alle Unabhängigen im Lande von der bisherigen Geschäftsführung des fünften deutschen Kanzlers halten und was sie von der nächsten Zukunft befürchten, wenn Herr von Bethmann Hollweg Gelegenheit gelassen wird, auch weiterhin den umgekehrten Befähigungsnachweis für seine politische Begabung zu führen?

Es ist klar, — heute geht es auf's Ganze: für unser Volk, für unser Reich, aber letzten Endes auch für die Krone. Ist es da nicht die Pflicht deutscher Männer, offen und ehrlich, unter Beiseitelassung der sog. taktischen Rücksichten, ihre Überzeugung auszusprechen, um dem Vaterlande einen Dienst zu leisten, ohne den es in Gefahren geraten muß, gegen die der Ernst des Weltkrieges ein Kinderspiel gewesen sein könnte?

Männer haben das Wort — sollten es haben!

Nov. 1918!